

Sächsisches Archivblatt

Heft 1 / 2021

Landtag 1901/1902 eingetreten:



Ehret - Glauchau.
1902 - 1909.
nat.-lib.



Pacius - Lugau.
1901 - 1909.
kons.



Held - Echarlsberg.
1901 - 1906.
kons.



Knobloch - Radeberg.
1901 - 1913.
kons.



Merkel - Rabenstein.
1901 - 1906.
kons.

Inhalt

Seite

1	Jahresbericht Sächsisches Staatsarchiv 2020 Andrea Wettmann
9	Aus den Beständen Wo sind die Rainsteine geblieben? Ein neuer Fund im Sächsischen Staatsarchiv zeigt, wie eine Karte Teil des frühneuzeitlichen Verwaltungshandelns wurde Ute Essegern
12	Die Urkunden der Deutschordensballei Thüringen im Sächsischen Staatsarchiv – Eine lückenlose Überlieferungsgeschichte? Robert Harlaß
14	Die Königlich-Sächsischen (Geheimen) Kommerzienräte im Spiegel der Bestände Norman Grimm
16	Ich bin dann mal weg – Abschiedsbriefe geflohener Festungsgefangener Andrea Tonert
18	Meldungen/Berichte Was lange währt, wird gut! Firmenarchiv der Abraham Dürninger & Co. GmbH Herrnhut erschlossen und für die Forschung nutzbar Karsten Sichel
21	Das Universitätsarchiv Chemnitz am neuen Standort in der „Alten Aktienspinnerei“ Stephan Luther
24	Ein Archiv geht online – Die Lebenswelten der Grafen von Lehndorff-Steinort als digitale Edition Gaby Huch/Frederike Neuber
28	Die Überlieferung der Staatlichen Fachstelle für Büchereiwesen Bautzen im Staatsfilialarchiv Bautzen Anja Moschke
31	Warnsignal und Öffentlichkeitsersatz – Die Geheimberichte der Staatssicherheit an die SED im Bezirk Karl-Marx-Stadt Mark Schiefer
34	Ausbildungsoffensive in Permanenz – 20 Jahre FaMI-Ausbildung im Sächsischen Staatsarchiv Birgit Giese/Thekla Kluttig
36	Ein Bewertungsmodell Liegenschaftsunterlagen Frank Lehmann

Jahresbericht Sächsisches Staatsarchiv 2020



Aushang zur Schließung der Lesesäle
(Foto Birgit Richter)

Das Staatsarchiv ist trotz aller Einschränkungen vergleichsweise gut durch das Krisenjahr 2020 gekommen. Durch frühzeitiges und besonnenes Handeln auf allen Ebenen konnten der Dienst- und Lesesaalbetrieb an die sich immer wieder verändernde Situation angepasst und alle wesentlichen Vorhaben fortgeführt werden. Alle Bediensteten haben sich mit einem hohen Maß an Eigenverantwortung und Kreativität in diesen Prozess eingebracht. Insofern hat die Krise auch positive Impulse gegeben und Entwicklungen insbesondere im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik erheblich beschleunigt. Nicht zuletzt durch die verstärkte Nutzung von Telefon- und Videokonferenzen hat sich die Kommunikation zwischen den Standorten und Abteilungen intensiviert, und das gegenseitige Verständnis und Vertrauen sind gewachsen. Neue Perspektiven der Zusammenarbeit hat vor allem die Einführung der mobilen Arbeit eröffnet, von der allerdings nicht alle Bediensteten profitieren können. Zudem zeigen die Reduzierung des Präsenzdienstes und die Verlagerung der Arbeit in das Homeoffice auch im Staatsarchiv die bekannten negativen Be-

gleiterscheinungen. Persönliche Begegnungen und gemeinsame Erlebnisse nehmen ab, und der Zusammenhalt im Staatsarchiv droht langfristig verloren zu gehen. Dieser Entwicklung gilt es in Zukunft gezielt entgegenzuwirken.

Erhebliche Einschränkungen mussten jedoch die Benutzerinnen und Benutzer des Staatsarchivs hinnehmen. Vom 16. März bis 4. Mai und ab dem 14. Dezember 2020 waren die Lesesäle des Staatsarchivs aus Gründen des Gesundheitsschutzes geschlossen, in den dazwischen liegenden Monaten nur für eine beschränkte Anzahl von Benutzerinnen und Benutzern nach vorheriger Terminanmeldung zugänglich. Während des gesamten Berichtsjahres war das Staatsarchiv an fünf Tagen in der Woche erreichbar, und Interessierte konnten online in elektronischen Erschließungsinformationen recherchieren, im Internet bereitgestellte Digitalisate kostenfrei nutzen, schriftliche Anfragen stellen, die von Fachar-

chivarrinnen und Facharchivaren beantwortet wurden, und gegen Gebühr Reprographien von Archivgut bestellen. Trotz des inzwischen breiten digitalen Angebots war dieser Service jedoch kein vollständiger Ersatz für die Präsenzangebote in den Lesesälen. Die Pandemie hat wie in so vielen gesellschaftlichen Bereichen deutlich gemacht, dass finanzielle Mittel nicht nur für die Erstellung der Digitalisate bereitgestellt werden dürfen, sondern dass der Freistaat auch langfristig in den Aufbau und den nachhaltigen Betrieb der technischen Infrastruktur (einschließlich des dafür erforderlichen Personals) investieren muss. Dennoch werden die Bestände des Staatsarchivs auch mittel- und langfristig nicht vollständig digital verfügbar sein und der Lesesaal komplett in den virtuellen Raum verlagert werden können.

Die Personalsituation des Staatsarchivs hat sich im Berichtsjahr insofern verschlechtert, als frei gewordene Stellen meist erst nach



Am 1. Oktober 2020 übergibt Dr. Volker Jäger, Leiter der Abteilung 3 Staatsarchiv Leipzig, die Amtsgeschäfte an Dr. Thekla Kluttig (Foto Regine Bartholdt)

Einnahmen und Ausgaben	2019	2020
Isteinnahme (T€) (ohne Fördermittel)		
insgesamt	83,80	58,4
Istausgabe (T€)		
insgesamt	7.827,70	8.108,70
Personal	6.479,40	6.682,50
Benutzung	265,10	406,00
Verwahrung und Erhaltung von Archivgut	567,70	509,50
Datenverarbeitung	354,60	358,60
Druck von Publikationen	4,50	9,30
Sicherungsverfilmung (Bundemittel)	156,40	142,80

Personal	2006	2016**	2020*
insgesamt	127,88	106,12	101,45
Archiv	70,56	55,44	56,08
Bibliothek	1,50	1,50	1,38
Verwaltung	14,63	15,36	12,00
Magazin	20,44	13,80	12,38
technische Werkstätten	15,75	15,03	13,63
Sonstige (IuK u. AVM)	5,00	5,00	6,00

* Personal-Ist am 31.12.2020 (Stellen im Personalsoll A, ohne Auszubildende, Anwärter und Referendare)
** Personalbedarf laut Personalkommission

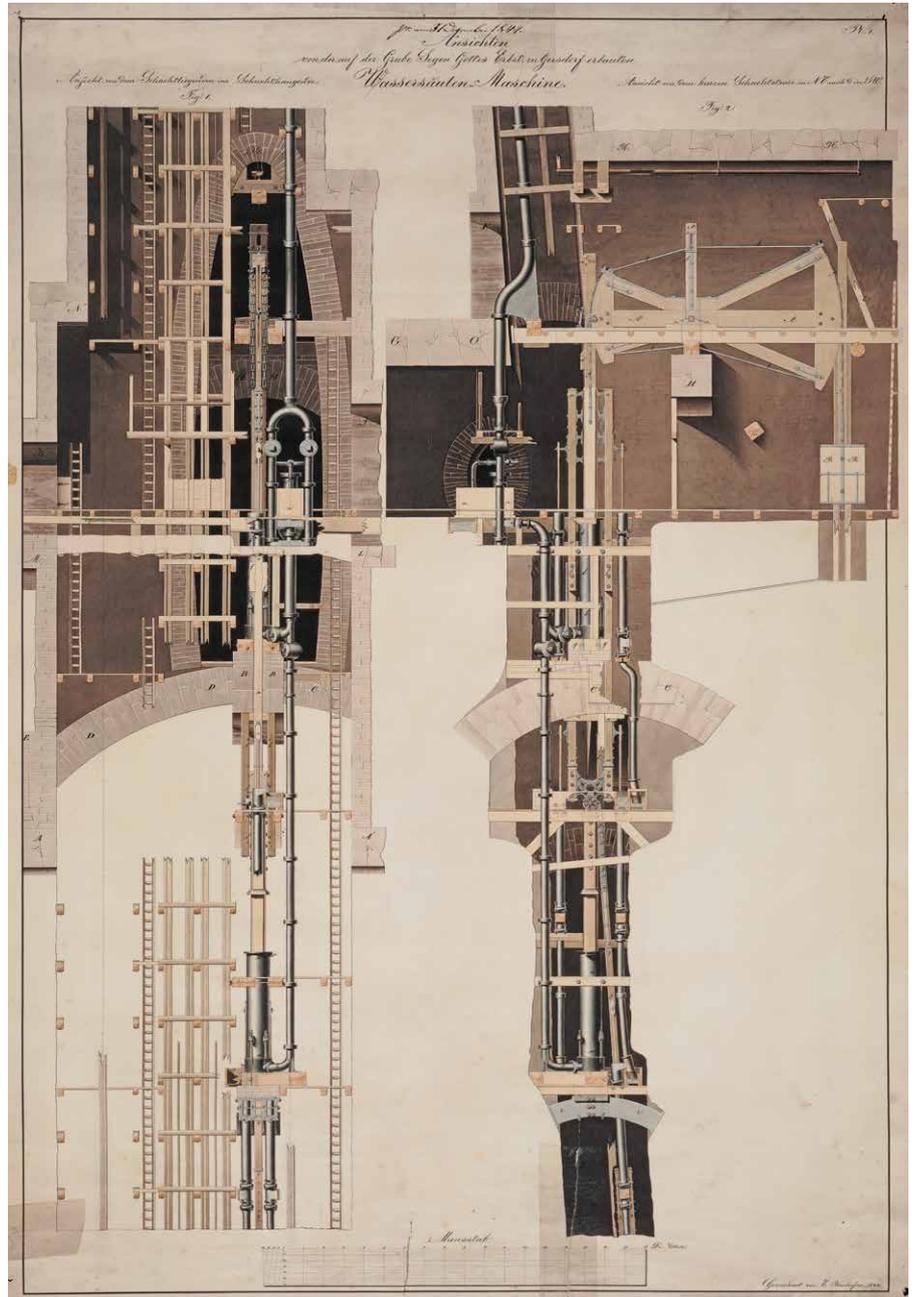
monatelangen Vakanzen wieder besetzt werden konnten. Rechnerisch standen vier Vollzeitstellen weniger zur Verfügung, als die „Kommission zur umfassenden Evaluation der Aufgaben, Personal- und Sachausstattung“ des Freistaates zur Aufrechterhaltung des Betriebs 2016 für notwendig erachtet hatte. Dabei sind krankheitsbedingte Ausfälle ebenso wenig berücksichtigt, wie die pandemiebedingten Abordnungen bzw. Zuweisungen von Bediensteten zur Unterstützung der Gesundheitsämter in den Landkreisen und kreisfreien Städten.

Der fachlichen Orientierung und strategischen Ausrichtung dienten auch während der Pandemie die strategischen Ziele, die im Folgenden aufgegriffen und mit dem erreichten Sachstand untersetzt werden.

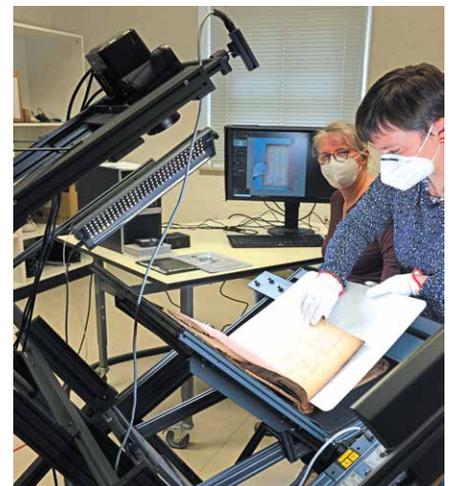
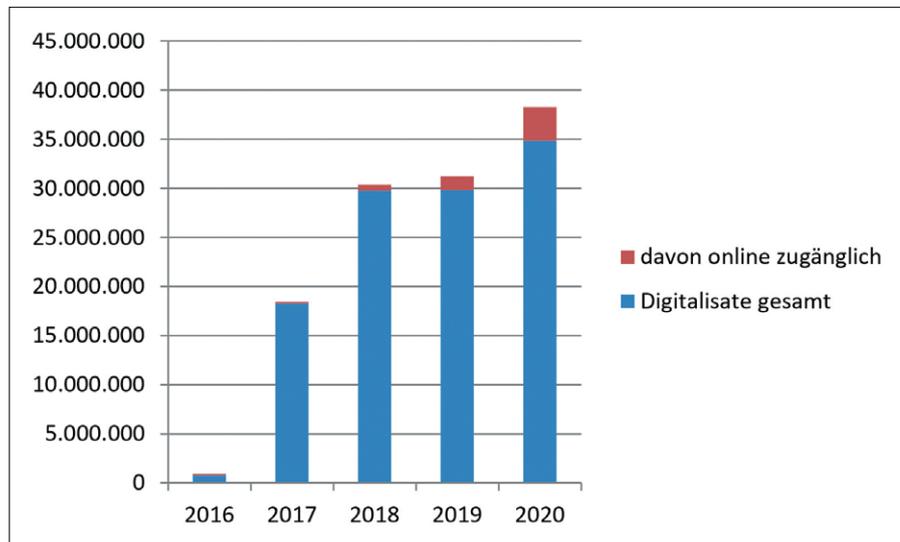
Wir erhöhen kontinuierlich die Zahl der Digitalisate

Für die Digitalisierung von Archivgut hat das Staatsarchiv im Berichtsjahr rund 158.000 € aufgewendet. Mit Hilfe externer Dienstleister konnten mehr als 5 Mio. Digitalisate von Mikrofilm und fast 65.000 vom Original angefertigt werden. Mehr als 16.000 € wurden außerdem für die Digitalisierung von audiovisuellen Medien – 3 Stunden kinematografischer Film, 880 Stunden Videomaterial und 31 Stunden Audiomaterial – eingesetzt. Der Anteil des digitalisierten Archivguts beläuft sich damit inzwischen auf ca. 6 Prozent des Gesamtbestandes.

Die Digitalisierung des Archivgutes macht einen stetigen Ausbau der technischen Infrastruktur zur Speicherung und Onlinestellung der Digitalisate erforderlich. Da der Markt keine Lösung anbietet, die mit der Archivsoftware



Wassersäulenmaschine der Grube Segen Gottes Erbstolln (Sächsisches Staatsarchiv, Bergarchiv Freiberg (SächsStA-F), 40044 Generalrisse, Nr. 1-K20034)



Neu beschaffter „Grazer Buchtisch“ zur schonenden Digitalisierung von Archivgut (Foto Diana Böhmer)

des Staatsarchivs auf der einen und dem Publikationswerkzeug SAX.Archiv zur Online-Stellung der Digitalisate auf der anderen Seite zusammenarbeitet, wurde ein Dienstleister mit der Programmierung einer Software zur Verwaltung der Digitalisate beauftragt. Diese Dienstleistung kann jedoch voraussichtlich erst 2021 abgenommen werden. Obwohl an einem effizienten Workflow zur langfristigen Sicherung und Verwaltung der großen Datenmengen in der archivinternen Datenbank und zur Online-Stellung der Digitalisate noch gearbeitet wird, konnte die Zahl der online zugänglichen Digitalisate im Berichtsjahr mehr als verdoppelt werden. Für Benutzerinnen und Benutzer standen am Ende des Jahres fast 3,4 Mio. Digitalisate kostenlos im Internet bereit. Einem schnelleren Fortschritt bei der Digitalisierung von Archivgut und der Online-Stellung der Digitalisate stehen auch weiterhin Kapazitätsprobleme bei den externen Dienstleistern und rechtliche Hürden entgegen. Sofern sich im Rahmen der Anpassung des Urheberrechts an die Erfordernisse des digitalen Binnenmarktes keine Verbesserungen ergeben, können Archive nur bei Archivgut, das vor 1850 entstanden ist, zweifelsfrei von einer Gemeinfreiheit ausgehen.

Bei der Online-Veröffentlichung der Digitalisate wurde ein thematischer Schwerpunkt auf die Präsentation der Geschichte der sächsischen Industriekultur sowie der Welt-erbergregion Erzgebirge/Krušnohoří gelegt. Fast 9.000 Karten der Bestände „Deponierte und Fiskalische Risse zum Erzbergbau“, deren Digitalisierung aufgrund ihrer herausragenden Bedeutung für den Erzbergbau Sachsens von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert worden war, dokumentieren die Entwicklung des Montanwesens und den damit verbundenen Aufstieg Sachsens zu einem der bedeutenden europäischen Territorien des 16. bis 18. Jahrhunderts.

Um eine langfristige, künftig auch für Benutzerinnen und Benutzer transparente Digitalisierungsplanung aufstellen zu können, wurden Priorisierungskriterien für die Digitalisierung von Archivgut erarbeitet, die bereits in den Vorjahren verwendet, aber nach den gemachten Erfahrungen weiter verfeinert worden sind. Eine wesentliche Rolle spielen dabei die nationale bzw. internationale Bedeutung des Bestandes, die Benutzungsfrequenz sowie der Erschließungs- und Erhaltungszustand des Archivguts. Einbezogen werden aber unter anderem auch Fragen der Eignung für Projekte mit Dritten oder der Weiterverarbeitungsmöglichkeiten z.B. für die Texterkennung, die Georeferenzierung oder die Verwendung von Normdaten.



Panoramatour Staatsarchiv Leipzig, Screenshot „Treffpunkt“ (Produzent pixacon-360 Grad)

Bei der Bereitstellung des Archivgutes setzen wir verstärkt auf moderne Technologien

Im Mittelpunkt bei der Erreichung dieses strategischen Ziels stehen der kontinuierliche Ausbau des Online-Angebots des Staatsarchivs und die Optimierung seiner Benutzerfreundlichkeit. Im Berichtsjahr wurde der Webauftritt barrierefrei gestaltet, um ihn auch Menschen mit Behinderung grundsätzlich zugänglich zu machen. Die neu bereitgestellte Panoramatour durch das Staatsarchiv Leipzig steht sinnbildlich für den Anspruch, archivische Dienstleistungen an allen fünf Standorten modern und benutzerfreundlich zu präsentieren. Darüber hinaus sind erste konzeptionelle Vorbereitungen getroffen worden, um den geplanten Webrelaunch an einen Dienstleister vergeben und realisieren zu können.

Die ansteigende Zahl an Zugriffen auf die Website zeigt, dass dieses Angebot auf stetig wachsendes Interesse stößt. Während 2019 noch 1,2 Mio. Klicks gezählt wurden, waren es 2020 bereits 1,4 Mio. Die Erschließungs- und Digitalisate des Staatsarchivs wurden von Besucherinnen und Besuchern der Website besonders nachgefragt. Zu dieser wachsenden Benutzungsfrequenz trägt zum einen die Präsentation der Daten in Portalen wie dem Archivportal-D oder dem Archivportal Europa bei. Der Zugriff steigt zum anderen aber auch durch die zunehmende Vernetzung der Daten des Staatsarchivs mit denen seiner Partner. Beispielhaft ist hier die Website des Instituts für Sächsische Geschichte und Volkskunde (ISGV) zu den sächsischen Gerichtsbüchern zu nennen, die 2020 um die erforderlichen Hyperlinks ergänzt wurde, so dass Forscherinnen und Forscher nach einer Orts- oder Gerichtsrecherche nun direkt zu den Digitalisaten der Gerichtsbücher im

Online-Informationssystem des Staatsarchivs gelangen. Damit haben Benutzerinnen und Benutzer einen komfortablen, direkten Zugriff nicht nur auf die Erschließungsinformationen, sondern auch auf die Quellen selbst, die in besonders hoher Dichte Rechtsgeschäfte vom ausgehenden Mittelalter bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts für nahezu alle Orte Sachsens dokumentieren.

Obwohl sich das digitale Angebot fortlaufend verbessert, wird die Benutzung des originalen Archivgutes auch weiterhin zu einem großen Teil in den Lesesälen stattfinden. Auch hier steht den Benutzerinnen und Benutzern modernste Technik zur Verfügung, um an Film- und Archivgutscannern selbst Reprografien anzufertigen. Um dieses Serviceangebot weiter zu verbessern, wurde im Berichtsjahr die Möglichkeit geschaffen, Kopien von dafür geeignetem Archivgut auch mit eigenem Gerät, also z. B. mit einem Handy, anzufertigen. Dieses Angebot wird rege genutzt. Es hat aber auch zu einer Verringerung der Einnahmen geführt, die wiederum nicht für weitere Digitalisierungsmaßnahmen zur Verfügung stehen. Zur Reduktion der Einnahmen trägt außerdem die pandemiebedingte Schließung der Lesesäle bzw. die verminderte Anzahl



Selbstfotografie (Foto Sylvia Reinhardt)

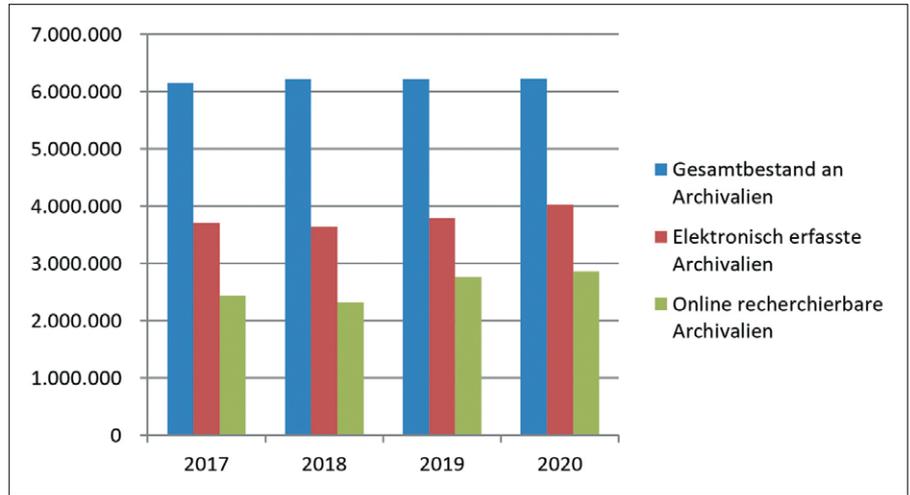
an Benutzerplätzen bei. Statt an 175 Tagen wie im Vorjahr war das Staatsarchiv 2020 nur an 149 Tagen geöffnet. Die Anzahl der Benutzertage reduzierte sich in dieser Zeit um rund 35% und sank auf 6.334.

Die Digitalisierung nahezu aller Arbeitsabläufe in der Verwaltung führt dazu, dass auch im Staatsarchiv immer mehr Daten erstellt, verarbeitet und online bereitgestellt werden. Um der gewachsenen Bedeutung der Informationssicherheit Rechnung zu tragen, wurde im Staatsarchiv erstmals die Funktion eines Beauftragten für die Informationssicherheit geschaffen, der gemeinsam mit der Behördenleitung für die Umsetzung des Sächsischen Informationssicherheitsgesetzes verantwortlich ist. Er baut in Abstimmung mit dem Beauftragten des Landes ein systematisches Informationssicherheitsmanagement auf, unterstützt das Sachgebiet Informations- und Kommunikationstechnik bei der Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen und ist Ansprechpartner für alle Bediensteten. Erstmals absolvierten 2020 alle Bediensteten des Staatsarchivs ein E-Learning-Selbstlernmodul zur Informationssicherheit am Arbeitsplatz.

Alle Findmittel werden elektronisch erfasst

Moderne Technologien können nur dann zur Bereitstellung des Archivgutes eingesetzt werden, wenn das Archivgut selbst oder zumindest die das Archivgut beschreibenden Daten in digitaler Form vorliegen. Bei elektronischen Akten oder Daten aus Fachverfahren, die das Staatsarchiv übernimmt, ist beides der Fall. Allerdings legt die Verwaltung diese elektronischen Unterlagen – ebenso wie ihre papierbasierten Vorläufer – zur internen Nachweisführung und Prozesssteuerung an. Sie können daher in der Regel nicht unbearbeitet als Findmittel verwendet werden, sondern müssen von Archivarinnen und Archivaren so aufbereitet werden, dass sie auch für Zwecke der Archivbenutzerinnen und -benutzer verwendbar sind.

Anders sieht dies bei den Unterlagen in Papierform aus, von denen sich noch hunderte von Kilometern in den Registraturen der Behörden und Gerichte befinden. Sofern sie bereits in Registraturprogrammen erfasst sind, werden beschreibende Daten in digitaler Form mit den Unterlagen in das Staatsarchiv übernommen. Andernfalls sind sie von den abgehenden Stellen nach den Vorgaben des Archivs so zu erfassen, dass die Daten zumindest als Grundgerüst für eine archivische Erschließung dienen können.



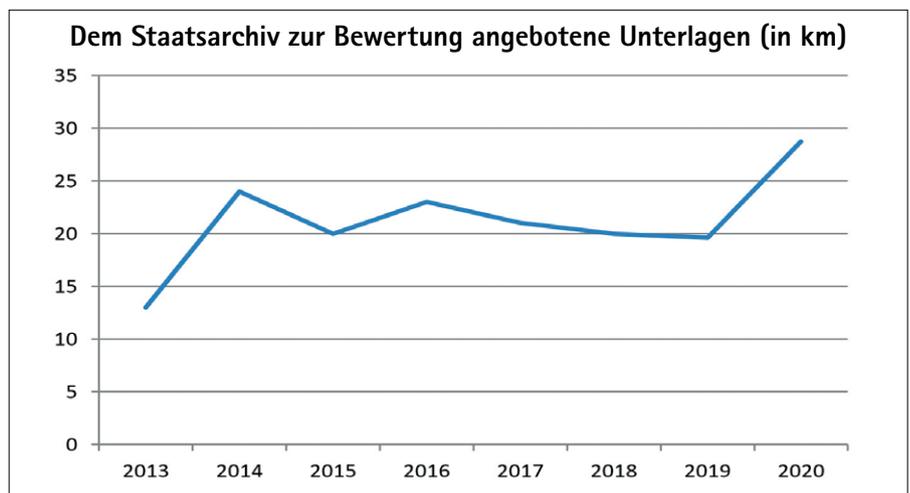
Aber auch in den Magazinen des Staatsarchivs befinden sich noch große Mengen von Archivgut, zu denen kein elektronisches Findmittel vorliegt. Die Retrokonversion der Findmittel – also die Umwandlung von Karteien und Findbüchern in eine maschinenlesbare Form – wird daher seit über zwanzig Jahren mit hoher Priorität vorangetrieben. Für die Beauftragung externer Dienstleister standen dem Staatsarchiv im Berichtsjahr erneut 100.000€ an Eigenmitteln und ein fast gleicher Betrag an Fördermitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft zur Verfügung. Darüber hinaus trugen in diesem Jahr auch die Bediensteten des Staatsarchivs in besonderem Maße zur Digitalisierung der Findmittel bei. Insbesondere während des ersten Lockdowns, aber auch in den darauffolgenden Monaten, wurde die Zeit im Homeoffice intensiv genutzt, um die Zugänglichkeit des Archivgutes zu verbessern. Während der Umfang der elektronisch erfassten Archivalien 2019 bereits um 4% gesteigert werden konnte, waren es 2020 mehr als 6%. Im Ergebnis sind inzwischen rund 65% des Archivgutes elektronisch erfasst.

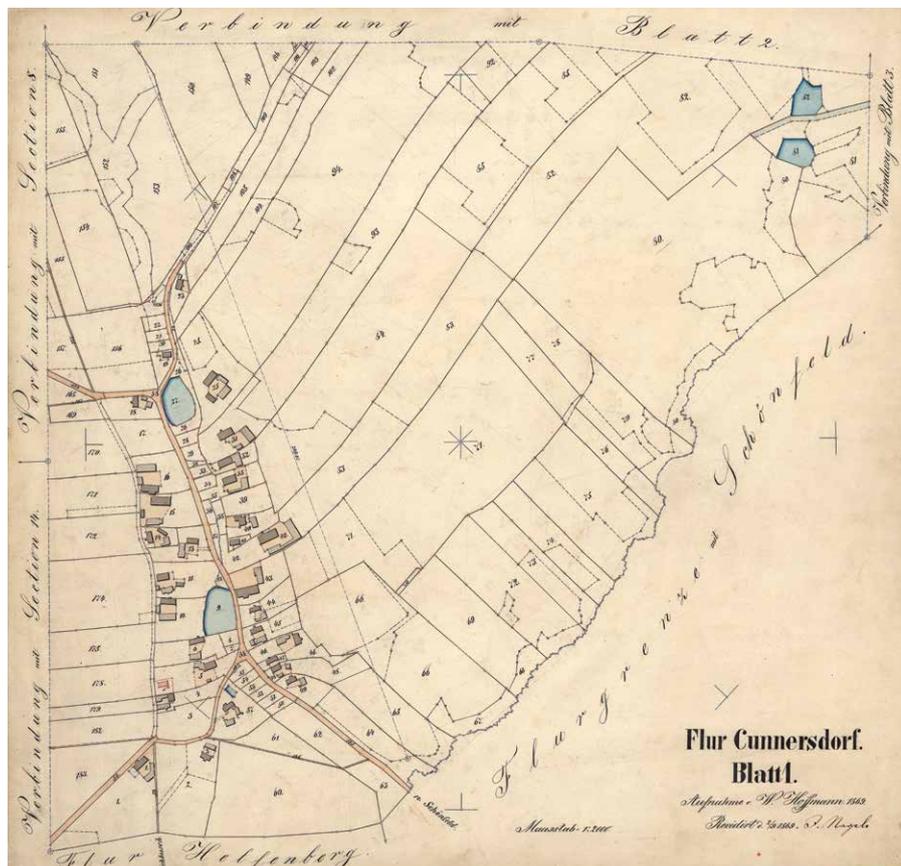
Einer vollständigen Online-Stellung der Erschließungsinformationen stehen vor allem die geltenden archivgesetzlichen Schutzfristen

entgegen. Erst wenn ein „virtueller Lesesaal“ eingerichtet ist, in dem Anträge auf Schutzfristenverkürzung elektronisch bearbeitet und personenbezogene Daten in einem geschützten virtuellen Raum bereitgestellt werden können, wird eine Online-Bereitstellung auch dieser Daten möglich sein. Derzeit verfügt in Deutschland jedoch noch kein Archiv über eine solche Möglichkeit. Das Staatsarchiv stellte 2020 über 70% seiner elektronischen Erschließungsdaten zu fast 50% seines Gesamtbestandes online. Im Vergleich zu den übrigen deutschen Landesarchiven belegt es damit einen der vorderen Plätze.

Wir konzentrieren uns auf die Überlieferung der wichtigsten anbieterpflichtigen Stellen

Alle Behörden, Gerichte und sonstigen öffentlichen Stellen des Freistaates – insgesamt 204 an der Zahl – sind nach dem Sächsischen Archivgesetz verpflichtet, dem Staatsarchiv alle Unterlagen spätestens nach 30 Jahren zur Übernahme anzubieten. Hinzu kommen 23 Stellen des Bundes, deren örtliche Zuständigkeit sich auf Sachsen erstreckt. Das Staatsarchiv ent-





Katasterneuaufnahme [Dresden-]Cunnersdorf, 1869 (Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden (SächsStA-D), 13657 Katasterkarten, Nr. B 142)

scheidet innerhalb von sechs Monaten über den bleibenden Wert dieser Unterlagen und übernimmt den archivwürdigen Teil.

Im Berichtsjahr sind der Anbieterspflicht 122 Stellen nachgekommen. Während sich diese Zahl im Vergleich zu 2019 kaum verändert hat, legen die sprunghafte Zunahme an Anbietungen und an angebotenen Unterlagen die Vermutung nahe, dass viele Registraturen die Corona-Pandemie genutzt haben, um ihre Altakten auszusondern. Die Zahl der Anbietungen ist um 30% gestiegen, der Umfang der angebotenen Unterlagen sogar um mehr als 45%. Insgesamt hat das Staatsarchiv fast 30 km Unterlagen bewertet, von denen nur etwa 1% archiviert wurden. Die nicht archivwürdigen Unterlagen werden von den anbieterpflichtigen Stellen nach Abschluss des Verfahrens datenschutzgerecht vernichtet.

Diese seit Jahren sehr niedrige Übernahmequote bedeutet jedoch nicht, dass von jeder Anbieterspflicht grundsätzlich nur 1% der Unterlagen archiviert wird. Vielmehr werden archivarische Kriterien angewendet und nachvollziehbar dokumentiert, um den bleibenden Wert dieser Unterlagen – wie es im Archivgesetz heißt – „für Gesetzgebung, Rechtsprechung, Regierung und Verwaltung, für Wissenschaft und Forschung oder für die Sicherung be-

rechtigter Belange betroffener Personen und Institutionen oder Dritter“ zu bestimmen. Dies kann im Einzelfall dazu führen, dass ein erheblich größerer Teil oder sogar sämtliche angebotenen Unterlagen übernommen werden. Im Berichtsjahr war dies z.B. bei der noch nicht abgeschlossenen Bewertung von Gefangenenakten der Justizvollzugsanstalten aus der Zeit vor 1990 der Fall, ebenso wie bei den Unterlagen, die die Untersuchungsausschüsse des Sächsischen Landtages von den Staatsanwaltschaften oder der Polizei herangezogen hatten, um mögliche Versäumnisse der Behörden im

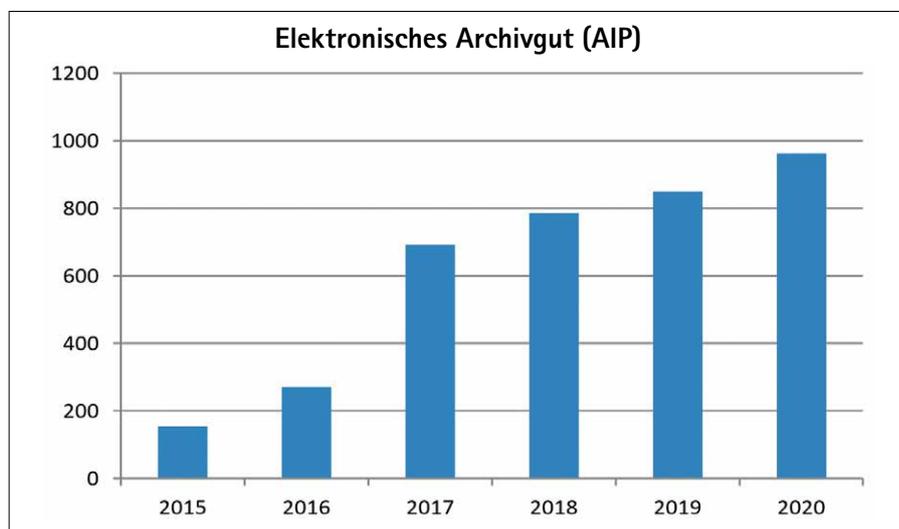
Umgang mit der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)“ aufzuklären.

Ein probates Mittel, um den Prozess der Bewertung sowohl für die Behörden und Gerichte als auch für das Staatsarchiv planbar und effizient zu gestalten, sind sogenannte Bewertungsmodelle. Nach aufwändiger Analyse der Aufgaben und des daraus entstehenden Schriftgutes einer anbieterpflichtigen Stelle werden die Entscheidungen über die Archivwürdigkeit prospektiv getroffen und auch für die späteren Benutzerinnen und Benutzer transparent dokumentiert. Im Berichtsjahr wurde ein solches Modell nach jahrelanger Vorarbeit gemeinsam mit dem Staatsbetrieb Geobasisinformation und Vermessung Sachsen (GeoSN) für das staatliche Liegenschaftskataster in Kraft gesetzt und im Internet veröffentlicht. Damit ist sichergestellt, dass das amtliche Verzeichnis aller Grundstücke im Freistaat Sachsen künftigen Generationen auch dann noch zur Verfügung steht, wenn es für die tägliche Arbeit der Vermessungsbehörden im Original nicht mehr benötigt wird.

Die Überlieferung elektronischer Unterlagen wird aktiv ausgeweitet

Der Bestand an elektronischen Archivalien (sogenannte Archivinformationspakete, AIP) ist 2020 um 13% von 849 auf 962 angestiegen. Der Gesamtumfang an elektronischem Archivgut von ca. 2,6 Terabyte bleibt noch immer relativ gering, da bisher vor allem Daten aus älteren Fachverfahren archiviert wurden, die vergleichsweise wenig Speicherplatz benötigen. Außerdem kann die für 2020 angekündigte Übernahme von Orthofotos voraussichtlich erst 2021 erfolgen.

Das Sachgebiet Elektronische Archivierung tritt jedoch nicht erst in Aktion, wenn die elektronischen Unterlagen von den Facharchiva-

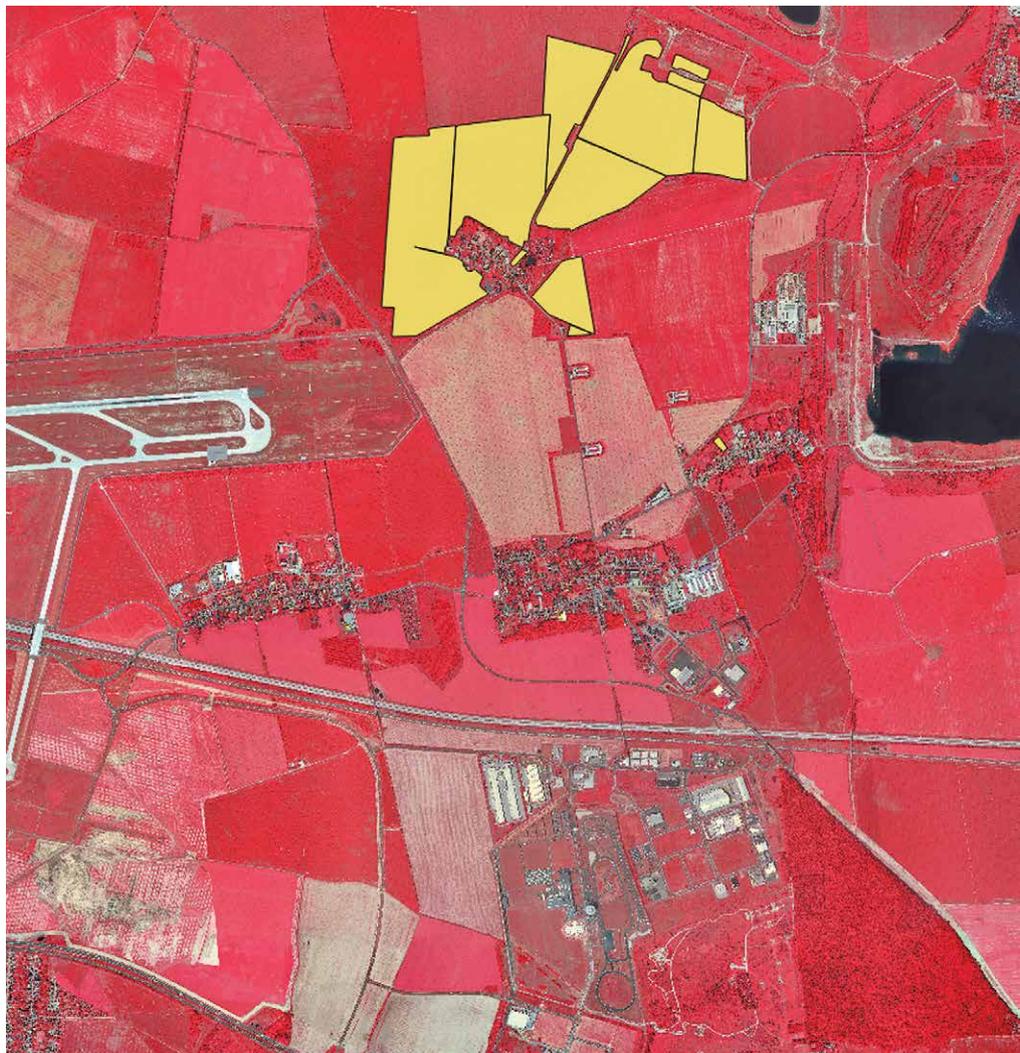


rinnen und -archivaren bewertet wurden und zur Übernahme anstehen. Es bringt sich schon im Vorfeld in den Prozess der Archivierung ein, um die Entstehung künftig benutzbarer Archivinformationspakete und ihre reibungslose Übernahme in das elektronische Staatsarchiv sicherzustellen. Von weitreichender Bedeutung für die gesamte sächsische Landesverwaltung ist der Pilot zur Aussonderung von elektronischen Akten, der 2020 unter der Federführung des bei der Staatskanzlei installierten „Kompetenzzentrums Vorgangsbearbeitung“ mit ausgewählten Behörden vorangetrieben wurde. Das Staatsarchiv ist außerdem eng eingebunden in das Vorhaben des Justizministeriums, mit dem bis 2025 in allen sächsischen Gerichten die elektronische Verfahrensakte eingeführt werden soll. Völliges Neuland wurde mit der ersten Übernahme von Nachrichten aus dem vom Innenministerium betriebenen Twitter-Kanal betreten. Hierbei galt und gilt es nicht nur die Frage des bleibenden Werts, sondern auch rechtliche und technische Fragen der Archivierbarkeit zu klären. Um die Nutzung dieses Mikrobloggingdienstes für die Information und die Kommunikation des Innenministeriums mit der Bevölkerung zu dokumentieren, sind alle seit 2014 entstandenen Tweets archiviert worden.

Das Archivgut wird komplett fachgerecht verpackt

Die fachgerechte Verpackung von Archivgut stellt eine der effizientesten Maßnahmen der Bestandserhaltung dar. Für die zentrale Beschaffung des dabei verwendeten speziellen Verpackungsmaterials standen dem Staatsarchiv auch 2020 rund 100.000 € zur Verfügung. Damit konnte der Anteil des verpackten Archivgutes inzwischen auf über 99% gesteigert werden. Die in der Vergangenheit verwendeten Verpackungsmaterialien entsprechen jedoch nur teilweise den heutigen fachlichen Anforderungen. Insbesondere die Kartons aus der Zeit vor 1990 enthalten saure oder andere papierzerstörende Materialien und müssen schrittweise ausgetauscht werden. Das Staatsarchiv wird für diese Aufgabe daher auch künftig erhebliche Mittel einsetzen müssen.

Die technische Bearbeitung des Archivgutes, also die Reinigung und Entmetallisierung der Bestände, erledigen unter der Anleitung des eigenen Fachpersonals zahlreiche Hilfskräfte. Da die eingesetzten Menschen mit Behinderung und die geringfügig Beschäftigten während des Lockdowns und auch in den Folgemonaten aus Gründen des Gesundheitsschutzes nur mit Einschränkungen in den Werkstätten des



Orthofoto in Infrarot mit Geodaten (Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig (SächsStA-L), 22077 Staatliches Amt für Landwirtschaft Mockrehna)

Staatsarchivs arbeiten konnten, hat sich die erbrachte Leistung im Berichtsjahr rückläufig entwickelt. Im Ergebnis konnten 1.187 Meter Archivgut und 4.162 Einzelarchivalien technisch bearbeitet werden.

Wir konzentrieren die Bestandserhaltung auf die Bestände mit hoher Priorität

Das Staatsarchiv hat bereits 2014 ein Verfahren zur Priorisierung der zu behandelnden Bestände eingeführt, das nicht nur einfach anwendbar ist, sondern auch eine langfristige Maßnahmenplanung und einen kontinuierlichen Abfluss der Haushaltsmittel gewährleistet. Auf dieser Grundlage können die im Verhältnis zum geschädigten Archivgut geringen personellen und finanziellen Ressourcen am effektivsten eingesetzt werden. Da der Betrieb der Werkstätten nach dem ersten Lockdown unter strengen Hygienemaßnahmen wieder aufgenommen werden konnte, ist in diesem Bereich kein gravierender, pandemiebedingter Rückgang zu verzeichnen. Im Archivzentrum

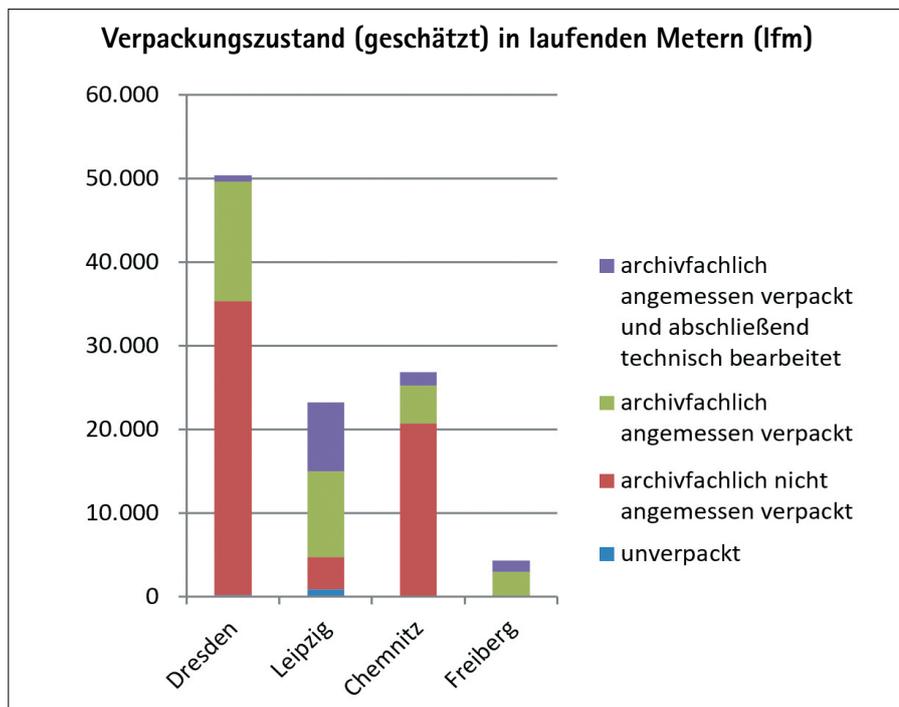
Hubertusburg wurden 2020 ca. 85 Meter Akten und über 6.000 Einzelblätter behandelt. An Fremdfirmen wurden Aufträge für die Bearbeitung von fast 125 Metern sowie fast 900 audiovisuellen Medien vergeben und über 11.300 Fotos für die Vergabe vor- und nachbereitet. Im Rahmen der landeseigenen Schutz- und der aus Bundesmitteln finanzierten Sicherungsverfilmung konnten mit rund 670.000 Aufnahmen mehr als 150 Meter Archivgut verfilmt werden. Diese Filme werden vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) zur Sicherung des Kulturguts im Katastrophenfall zentral in einem Stollen in der Nähe von Freiburg im Breisgau gelagert, dem sogenannten Zentralen Bergungsort für Kulturgutschutz (ZBO).

Im Berichtsjahr wurde auch die Zusammenarbeit mit anderen Kulturgut verwahrenden Einrichtungen im Rahmen der Notfallprävention fortgesetzt. Während in Dresden, Leipzig und Freiberg bereits Notfallverbünde zur gegenseitigen personellen und materiellen Hilfestellung im Ernstfall bestehen, befindet sich der Notfall-

Wir etablieren die Marke Staatsarchiv

In diesem von der Corona-Pandemie dominierten Jahr mussten nicht nur die Pläne zur Entwicklung einer Marke zurückgestellt, sondern auch fast alle Veranstaltungen abgesagt oder verschoben werden. Nur der Tag der Archive am 7. und 8. März, als die Pandemie bereits grassierte, die Gefahren und Auswirkungen aber noch nicht allgemein bekannt waren, hat noch stattgefunden. Mehr als 800 Besucherinnen und Besucher nutzten die Gelegenheit, im Rahmen dieser bundesweiten Veranstaltung unter dem Titel „Kommunikation. Von der Depesche bis zum Tweet“, ein vielfältiges Programm aus Führungen, Filmpräsentationen, Mitmachprojekten oder Informationen zu Aufgaben und Beständen zu besuchen.

Mehrere Veranstaltungen und Online-Präsentationen des Staatsarchivs waren 2020 auf die 4. Sächsische Landesausstellung „Boom. 500 Jahre Industriekultur in Sachsen“ ausgerichtet, die pandemiebedingt und mit Einschränkungen erst am 11. Juli eröffnet werden konnte. Dort wurden nicht nur Leihgaben im Original und Reproduktionen von Archivgut aus den Beständen des Staatsarchivs präsentiert. Vielmehr bot die Landesausstellung auch eine Gelegenheit, auf die 26 Kilometer Wirtschaftsarchivgut des Staatsarchivs und deren Nutzungsmöglichkeiten aufmerksam zu machen. Geblieben sind die mehr als 1,5 Mio. Digitali-



verbund Chemnitz nach wie vor in Gründung. Der Notfallverbund Freiberg konnte im Februar noch einen zweitägigen Notfallworkshop in Präsenz durchführen, welcher von der Kustodie der Bergakademie Freiberg ausgerichtet wurde. Die Teilnehmenden gewannen wichtige Erkenntnisse über die Ablauforganisation, den Umgang mit Kulturgut und die Unterschiede bei der Notfallbehandlung von Archiv- und

Bibliotheksgut. Ein erfolgreiches Ende fand nach zehn Jahren die Kooperation mit dem Historischen Archiv der Stadt Köln. Nach dem Einsturz des Archivs 2009 waren in Räumen und z.T. mit der Technik des Archivzentrums Hubertusburg beschädigte Archivalien vakuumgetrocknet und trockengereinigt worden. Sie sind heute sowohl im Original als auch in digitaler Form wieder benutzbar.



Tag der Archive im Hauptstaatsarchiv Dresden, Roland Pffirschke mit Besuchergruppe (Foto Sylvia Reinhardt)

sate und fast 2,8 Mio. Erschließungsdatensätze zum Thema „Industriekultur“, die auch weiterhin online genutzt werden können. Sie bieten eine erste Grundlage, um sich u. a. mit den Themen Bergbau, Maschinenbau, Fahrzeugbau, Handel und Banken, Textilwirtschaft oder Verlagswesen in Sachsen zu befassen. Die durch die Absage von Veranstaltungen gewonnene Zeit wurde u. a. dafür genutzt, zwei Online- Ausstellungen zu veröffentlichen. Die Ausstellung des Staatsarchivs Leipzig „Maximilian Speck von Sternburg und seine Erben“ präsentiert Archivalien zum bedeutenden Leipziger Wollhändler, international geschätzten

Fachmann für Schafzucht, renommierten Kunstsammler und seiner weit verzweigten Familie. Die Schau des Bergarchivs „Erbe Dokumente. Zeugnisse der Montanregion aus dem Bergarchiv Freiberg“ zeigt ausgewählte Stücke zum UNESCO-Welterbe Montanregion Erzgebirge/Krušnohoří.

Ausblick

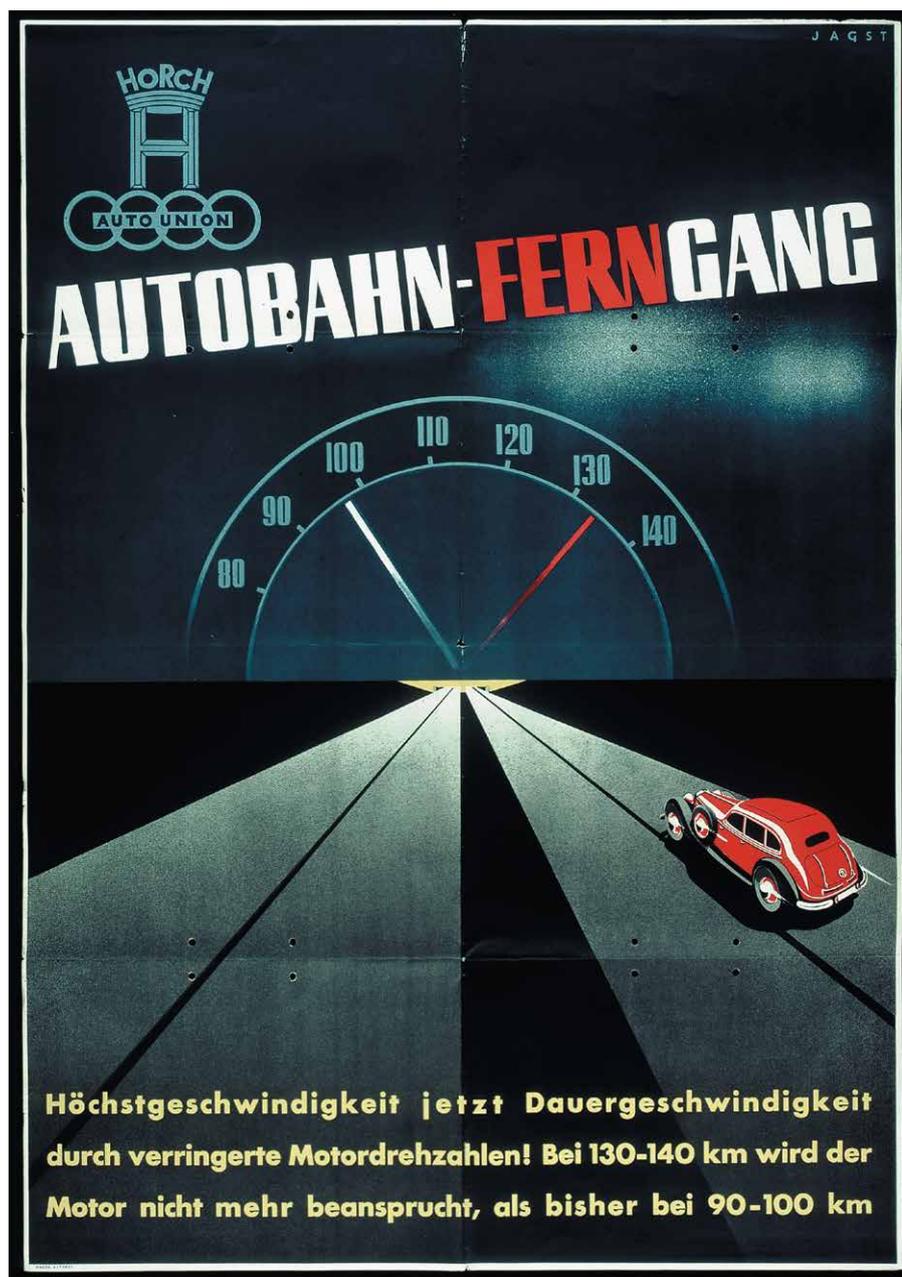
Zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Archivblatts scheint die dritte Welle der Pandemie gebrochen zu sein. Die Lesesäle des Staats-

archivs sind an den Standorten, an denen die Inzidenz stabil unter 100 liegt, nach langer Schließung wieder geöffnet. Ein großer Teil der Bediensteten arbeitet noch im Homeoffice, und an den Standorten gelten nach wie vor strenge Hygienemaßnahmen.

In den nächsten Wochen und Monaten wird es vor allem darauf ankommen, die Infektionszahlen weiterhin gering zu halten, damit die Lesesäle geöffnet bleiben und die wichtigsten der für 2021 geplanten Arbeitsvorhaben umgesetzt werden können. Im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung sind in den zurückliegenden sechs Monaten nur unaufschiebbare Ausgaben getätigt worden. Sobald die Haushaltsmittel zugewiesen sind, die der Sächsische Landtag für den Doppelhaushalt 2021/22 beschlossen hat, können die für 2021 geplanten Vergabeverfahren eröffnet und erforderliche Beschaffungsmaßnahmen durchgeführt werden. Nicht zuletzt wegen der begrenzten Kapazitäten der zu beauftragenden Dienstleister werden jedoch voraussichtlich nicht alle Vorhaben realisiert werden können.

Wann eine Rückkehr zu einem normalen Dienstbetrieb möglich sein wird, ist indes noch nicht absehbar. In jedem Fall wird sich der Betrieb von dem der Vorjahre deutlich unterscheiden. Das mobile Arbeiten und die Video-Konferenzen sind nicht mehr wegzudenken, Besprechungen werden vermutlich häufiger, Dienstreisen hingegen seltener stattfinden. Auch das Angebot für Benutzerinnen und Benutzer wird sich künftig noch stärker in den virtuellen Raum verlagern. Ebenso wie für die Veranstaltungen des Staatsarchivs sind hierfür bestehende Konzepte zu überdenken und neue Formate zu entwickeln. Dennoch wird auch in Zukunft die Arbeit am und mit dem originalen Archivgut für Archivarinnen und Archivare ebenso wie für Benutzerinnen und Benutzer unverzichtbar bleiben. Um die Arbeit im Präsenzdienst und die Benutzung im Lesesaal gewährleisten zu können, wird auch das Staatsarchiv angemessene Regeln und präventive Konzepte zur Vermeidung bzw. zum besseren Umgang mit künftigen Pandemien dauerhaft etablieren.

Andrea Wettmann
(Sächsisches Staatsarchiv,
Direktorin)



Werbeplakat „Autobahn-Ferngang“ der Auto Union AG von 1938 (Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Chemnitz SächsStA-C), 31050 Auto Union AG, Chemnitz, Nr. P 30)

Wo sind die Rainsteine geblieben? Ein neuer Fund im Sächsischen Staatsarchiv zeigt, wie eine Karte Teil des frühneuzeitlichen Verwaltungshandelns wurde.

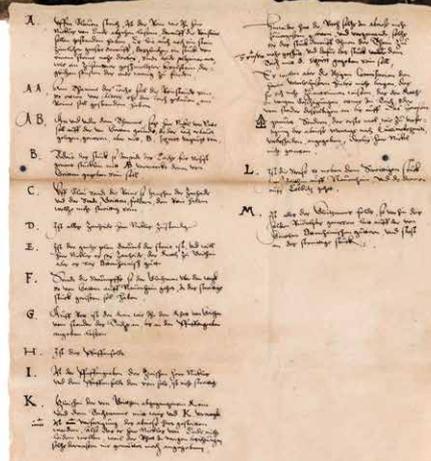
Im Herbst des Jahres 1556 ist bei dem Königsfelder Gutsbesitzer Nicol (Niklas) von Ende das Maß voll. Er duldet nicht länger die „Anmaßungen“ der Geithainer Bürger, wenn es um die Rechte an seinem zwischen Geithain und Rochlitz liegenden Grundstück geht, die Zahnheide genannt. Immer wieder würden die Geithainer die bestehenden Ackergrenzen missachten, sogar offensichtliche Wege überpflügen, so seine Klage, die er an das Oberhofgericht nach Leipzig schickt. Im November 1556 beginnt ein aufwändiges Verfahren zwischen ihm und dem Rat von Geithain, welches sich bis 1562 hinzieht und vier dicke Aktenkonvolute mit Zeugenbefragungen und

Gutachten füllt. Es geht dabei um die Frage der Grenzziehung, des Nachweises der Rechtmäßigkeit dieser Grenzen und der ursprünglichen Verortung der grenzbestimmenden Rainsteine. Neben dem Rat von Geithain werden auch der Geithainer Ratsherr Matthes Große und der Geithainer Geleitsmann Franz Schmidt verklagt.

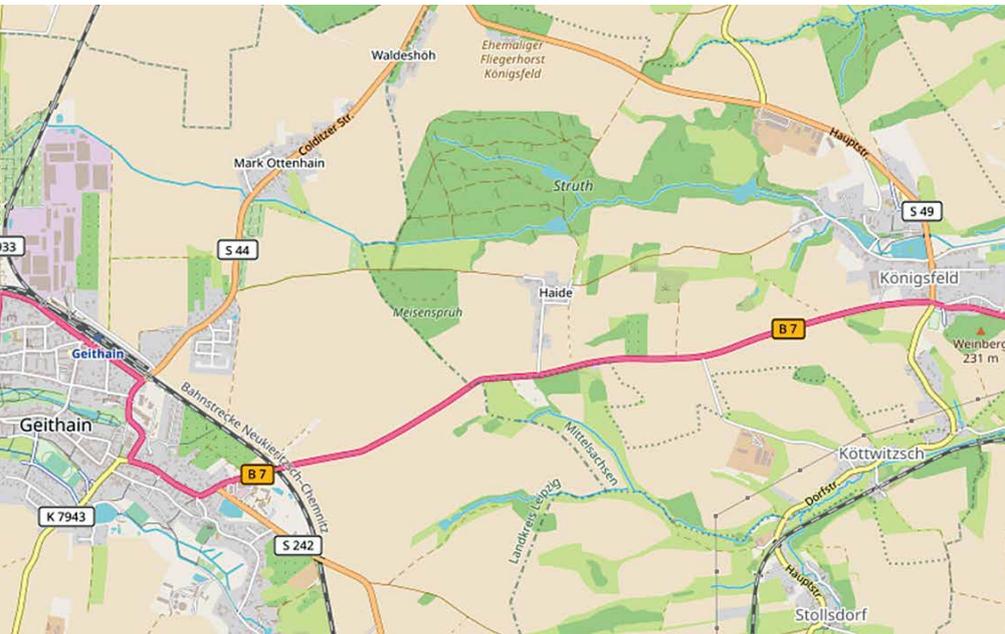
Die archivische Überlieferung

Der Gerichtsprozess ist im Sächsischen Staatsarchiv im Bestand 10082 Oberhofgericht Leipzig in den drei Akten Loc. 12439/03, Loc.

12439/04 und Loc. 12439/05 überliefert sowie im Bestand 20443 Rittergut Königsfeld in der Akte Nr. 1444. Anfangs ist der Oberhofrichter Dr. Melchior von Osse (1506/07–1557) mit dem Fall betraut. Wer nach seinem Tod den Fall übernahm, kann heute leider nicht mehr eindeutig ermittelt werden. Melchior von Osse bestellt die Amtsleute (Schösser) von Colditz und Rochlitz zu Commissarien, um vor Ort die strittige Stätte zu commissariieren, um Ermittlungen und Zeugenbefragungen durchzuführen. Zeugen beider Seiten berichten ihnen von Wegen, Teichen und Feldern, von alten Rainsteinen, führen die Besitzer benachbarter Grundstücke als Zeugen ins Feld, geben detail-



Streitkarte (SächsStA-D, 10082 Oberhofgericht Leipzig, Loc. 12439/04, Bl. 102)



<https://www.openstreetmap.de/karte.html?zoom=14&lat=51.05954&lon=12.71888&layers=B000TF>
(Aufgerufen 23.03.2021)



Gegenüberstellung von aktueller Karte (links) und historischer Karte (rechts) mit ungefährender Einnordnung.
Bild links: <https://www.openstreetmap.de/karte.html?zoom=16&lat=51.06465&lon=12.71963&layers=B000TF>

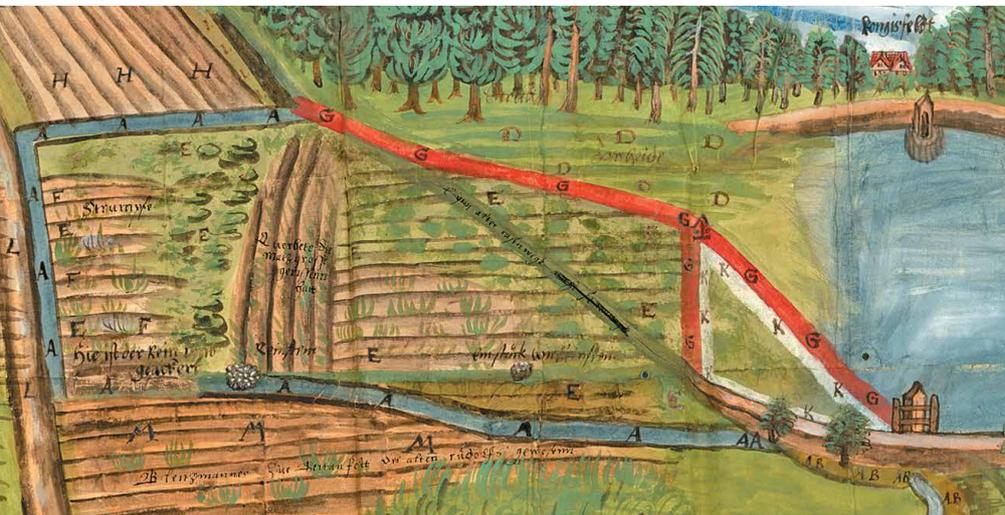
lierte Beschreibungen der Gegebenheiten vor Ort ab. Eine Begehung findet am 26. April 1557 in Gegenwart der Beklagten statt. Im Ergebnis lassen die Amtsschösser zur Visualisierung der von ihnen aufgenommenen Aussagen eine Zeichnung anfertigen, die sich heute in dem Archival Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden (SächsStA-D), 10082 Oberhofgericht Leipzig, Loc. 12439/04, auf Blatt 102 befindet. Bisher unbekannt, wurde die Karte im Rahmen der archivischen Erschließung entdeckt.

Dargestellter Raum

Bei der 55x90,5 cm großen Karte handelt es sich um eine aufwändig farbig gestaltete, sogenannte „Augenscheinkarte“ bzw. „Streitkarte“. Auch wenn bei der Besichtigung vor Ort der Kläger fehlte, wie der Kartenlegende zu entnehmen ist, visualisiert sie dennoch die Position beider Seiten. Auf der Rückseite der Karte sind die Streitparteien noch einmal genannt: der Kläger „Her Nicklas von Ende“ und der Beklagte „Rat zue Geitann“.

Die mit Wasserfarben kolorierte Bildkarte, deren Urheber leider weder auf der Karte, noch in den Akten erwähnt wird, ist einer mittelalterlichen Tradition folgend nach Osten ausgerichtet. Am oberen Bildrand – in Richtung Osten („Aufgang“) – ist Königsfeld („Kongisfeld“) erkennbar, rechts daneben, also südlich, der Rochlitzer Berg („Rachlitzer Bergk“). Links auf der Karte im Norden führt eine mit „L“ gekennzeichnete Straße von Geithain nach Nauenhain und weiter nach Colditz. Die Straße ist von Feldern umgeben (M), welche als „Ottenhainische Güter“ bezeichnet werden. Im Mittelpunkt der Zeichnung liegt ein Teich, aus dem ein Bach in westlicher Richtung ausläuft. In der zur Karte korrespondierenden Akte wird zudem ein „Holtze die Struete genannt“ erwähnt. Soweit die sichtbaren räumlichen Gegebenheiten.

Ausgehend von den heute zwischen Geithain und Königsfeld liegenden zwei Ortschaften „Haide“ und „Mark Ottenhain“ sowie dem dazwischen liegenden Waldgebiet „Struth“ ist hier die historische Karte zu verorten. Der Ursprung der heutigen Siedlung Haide ist in einem erst 1618 gegründeten Vorwerk Heydenhaus zu suchen, das zum Rittergut Königsfeld gehörte. Auf der von Geithain nach Nauenhain führenden „Colditzer Straße“ (S 44) liegt heute der zur Stadt Geithain zählende Ortsteil „Mark Ottenhain“. Ottenhain selbst ist 1551 als eine zum Rittergut Gndstein zählende Wüstung belegt. Um 1791 gehörten Flurstücke aber auch anteilig der Stadt Geithain. In dem an-



Die Zugehörigkeit der mit E und F gekennzeichneten Gebiete ist strittig. „G“ ist die Grenze aus Geithainer Sicht, „A“ aus Sicht des Nicol von Ende.

grenzenden Waldgebiet „Struth“ gibt es heute noch zwei Teiche: den nördlicher gelegenen Kunzenteich sowie den südlicheren vom Kalkbach gespeisten Schwemnteich. Vergleicht man die nicht maßstabsgerechte historische Zeichnung mit heutigem Kartenmaterial, so lassen sich übereinstimmende Merkmale am westlichen Ende des Waldgebietes erkennen: Noch heute verläuft hier die Grenze zwischen den beiden Landkreisen Leipzig und Mittelsachsen entlang des Kalkbachs und biegt am Waldrand nördlich in Richtung „Colditzer Straße“ ab. Dem alten und heutigen Grenzverlauf folgend, befindet sich hier das strittige Gebiet. Der alte Teich ist heute nicht mehr vorhanden (siehe Gegenüberstellung S. 10).

Dargestellter Streitfall

Der in der Karte abgebildete Teich ist in weiten Teilen von der „Zahnheide“ (auch „Zanner Heide“ oder „Zanheide“ genannt) umgeben und zählt zum Königsfelder Besitz. Den Teich und den Teichdamm habe vor Jahren Götz von Ende (1449–1527) teilweise auch auf Ottenhainischem Boden anlegen lassen, so die Geithainer. Dafür habe der von Ende den Geithainern andere Feldstücke übergeben, führen die Beklagten an. Die ursprünglich vorhandenen Rainsteine seien verbaut und beseitigt worden, so dass jetzt eine klare Grenzziehung nicht mehr möglich sei, so die Beklagten weiter. Der Kläger hingegen verweist auf noch sichtbare Steine, auf alte Markierungen und auf die Aussagen seiner Zeugen. Während der Kläger davon ausgeht, dass die Geithainer als Kompensation ein mit „B“ gekennzeichnetes Feld erhalten haben, behaupten die Geithainer, dass die in der Karte mit „E“ gekennzeichnete und bis zur Straße reichende Flur als Teil des Ottenhainer Guts (in den roten mit „G“ be-

schrifteten Grenzen) ihnen gehöre. Nicol von Ende beansprucht dieses Gebiet aber als Teil der Zahnheide (in den blauen mit „A“ beschrifteten Grenzen) für sich. Mittlerweile hatte der Geithainer Geleitsmann Franz Schmidt bereits Tatsachen geschaffen und auf dem mit „F“ bezeichneten Gebiet Bäume schlagen sowie den Boden umackern lassen. Ein zweiter strittiger Punkt ist mit weiß und „K“ eingezeichnet. Darüber sei „in Vorfertigung des abriess hart gestritten worden“, kann in der Kartenlegende nachgelesen werden.

Im Laufe des Prozesses beharren beide Seiten auf ihren Positionen. Auch umfangreiche Zeugenbefragungen führen zu keinem Ergebnis. Einen (vorläufigen?) Abschluss bildet der am 21. Februar 1562 gerichtlich angeordnete Versuch einer nochmaligen außergerichtlichen Einigung, zu der als Vermittler die Adligen Haugold/Hauboldt von Einsiedel (1521–1592), Bernhard von Creutz (?–1612) und Abraham von Bock (1531–1601) gerichtlich hinzugezogen werden. Die Kontrahenten werden aufgefordert, „allen möglichen Fleiß“ aufzuwenden, damit sich die Parteien „in Güte“ vergleichen. Leider enden damit die Verfahrensakte. Ein möglicherweise gesprochenes Urteil ist nicht überliefert. Die korrespondierende Urteilsammlung des Leipziger Oberhofgerichts für die Jahre 1554 bis 1582 fehlt heute. Es ist jedoch sehr wahrscheinlich, dass sich die Kontrahenten tatsächlich außergerichtlich einigen konnten.

Augenscheinkarten im Archiv

Der steigende Wunsch nach mehr Rechtssicherheit und Verbindlichkeit führt zu Beginn der Neuzeit nicht nur zu einer zunehmenden Schriftlichkeit. Auch Visualisierungen in Form

von Zeichnungen und erste Karten finden in jener Zeit ihren Einzug in die amtliche Überlieferung und damit in die Bestände des Sächsischen Staatsarchivs. Die ältesten hier überlieferten amtlichen Karten lassen sich in das frühe 16. Jahrhundert datieren. Es sind sogenannte Augenscheinkarten, Bildkarten oder Streitkarten, wie das vorgestellte Objekt. Der Name verweist bereits auf den Entstehungskontext: Vor Ort werden Gegebenheiten in Augenschein genommen, Grenzen und Herrschaftsbereiche aufgezeichnet, visualisiert, dokumentiert. Dies konnte vorausschauend geschehen, um im Streitfall die damit verbundenen Rechte besser nachweisen zu können, oder wie im vorliegenden Fall als Streitkarte zur Visualisierung der verschiedenen Ansichten von Kläger und Beklagten im Rahmen eines vor Gericht anhängigen Prozesses. Hier veranschaulichen sie den Streitgegenstand in seiner räumlichen Umgebung.

Natürlich muss man immer quellenkritisch die Echtheit oder Fiktion solcher Zeichnungen hinterfragen und weitere Vergleichsquellen heranziehen, wie beispielsweise aktuelles topografisches Material. Bei der hier beschriebenen Karte kam es nicht auf die maßstabsgerechte Darstellung der Entfernungen nach Rochlitz oder Königsfeld an, sondern vielmehr auf die Visualisierung der von dem Kläger, den Beklagten und den Zeugen beschriebenen räumlichen Gegebenheiten vor Ort.

Mitte des 16. Jahrhunderts, der Entstehungszeit der vorliegenden Karte, beginnen sich Karten auch in Kursachsen als Besitzstandsdocumentation langsam durchzusetzen – nicht zuletzt auch durch das Interesse des Kurfürsten August (1526–1586) an Kartografie. Die bildliche Dokumentation von Grenzverläufen zwischen Herrschaften, Ämtern, Dörfern, Städten, zwischen Wäldern und Feldern, von Nutzungsgerechtigkeiten, grundherrlichen Einkünften und Erträgen wird zunehmend zu einem festen Bestandteil des frühneuzeitlichen Verwaltungshandelns. Sie sind bis in das 20. Jahrhundert hinein noch in Akten zu finden und werden vielfach durch weitere schriftliche Informationen ergänzt. Gleichwohl sind sie in den Archiven oft nicht auf den ersten Blick sichtbar – das gilt insbesondere für Karten in fest formierten Akten. So ist davon auszugehen, dass sicherlich noch so mancher kartografische Schatz in den Beständen schlummert, der darauf wartet, gehoben zu werden.

Ute Essegern
 (Sächsisches Staatsarchiv,
 Hauptstaatsarchiv Dresden)

Die Urkunden der Deutschordensballei Thüringen im Sächsischen Staatsarchiv – Eine lückenlose Überlieferungsgeschichte?

Nicht immer ist der genaue Weg von Schriftgütern in ein Archiv und dessen Nachfolgeinstitutionen klar. In vielen Fällen muss die Geschichte der Dokumente lange nach der Übernahme des Archivgutes aufwendig erforscht und nachgezeichnet werden: Der Entstehungskontext und die Geschichte des Archivals können dabei wichtige Erkenntnisse über die Entstehung von Beständen und Archiven, aber natürlich auch für andere Bereiche wie den der Geschichtsforschung oder der Sprachwissenschaften liefern. In diesem kurzen Beitrag soll die Überlieferungsgeschichte der Urkunden der Deutschordensballei Thüringen vorgestellt und diskutiert werden.

Die Ballei Thüringen umfasste als Verwaltungsprovinz zeitweise bis zu 18 Ordenshäuser zwischen Zschillen (heute Wechselburg) im Osten, Mühlhausen im Westen, Eger (Cheb) im Süden und Halle an der Saale im Norden und ging damit deutlich über das Gebiet des heutigen Landes Thüringen hinaus. Heute liegen die Urkunden der einzelnen Niederlassungen des Deutschen Ordens der Ballei Thüringen weitgehend geschlossen im Hauptstaatsarchiv Dresden, was insofern auf den ersten Blick überrascht, da man eine Verteilung der Ur-

kunden hauptsächlich auf mehrere Archive im mitteldeutschen Raum erwarten würde. Bevor allerdings genauer auf die Überlieferungsgeschichte der Urkunden des Deutschen Ordens in Thüringen eingegangen werden kann, soll das Problem des Provenienz-Begriffes in diplomatischem Kontext knapp diskutiert werden.

Das Sächsische Staatsarchiv sichert im Bestand 10001 Ältere Urkunden viele Urkunden weltlicher und geistlicher Provenienzen. Dabei kann der Provenienzbegriff im Wesentlichen auf zwei verschiedene Arten gefasst werden. Zum einen kann vor allem in Bezug auf geistliche Institutionen mit Provenienz die historische Institution gemeint sein, die die betreffende Urkunde als Rechtsquelle nutzte und aufbewahrte, bevor sie im Zuge der Säkularisation und Sequestration in eine landesherrliche Registratur überging. Dieser Provenienzbegriff vermittelt jedoch nicht für alle im Staatsarchiv lagernden Urkunden eine vollständige überlieferungsgeschichtliche Information. Spricht man über die Provenienz von Urkunden, die den Besitzer gewechselt haben, ohne ihren ursprünglich angedachten Zweck als Rechtsdokument zu verlieren, so wird schnell deutlich, dass dieses Verständnis

von Provenienz nicht immer passt bzw. nicht weitreichend genug ist, um die Geschichte des Archivals nachzeichnen zu können. Die Berücksichtigung aller die Urkunden nutzenden Institutionen erscheint angesichts dessen sehr sinnvoll. Diese Art der Provenienz wird als gleitende Provenienz bezeichnet. Bezogen auf unser Beispiel liegt die Provenienz der Urkunden der Ordenshäuser nicht nur in den einzelnen Niederlassungen des Ordens in der Ballei Thüringen, sondern auch bei den sächsischen Landesfürsten, die als letzte Institution die Urkunden in ihrem ursprünglichen Nutzen als Rechtsquellen weiterverwendeten. Damit wären die Urkunden im Sinne der gleitenden Provenienz auch dem frühen sächsischen Territorialstaat zuzuordnen. Aus praktischen Gründen wird heute die Provenienz der Urkunden des Deutschen Ordens im Sächsischen Staatsarchiv vor allem im Sinne der wesentlichen nutzenden Institution vor der Übernahme durch die landesherrliche Registratur im Zuge der Säkularisation weiterverwendet. Der Nachweis gleitender Provenienzen erfolgt noch nicht durchgängig.

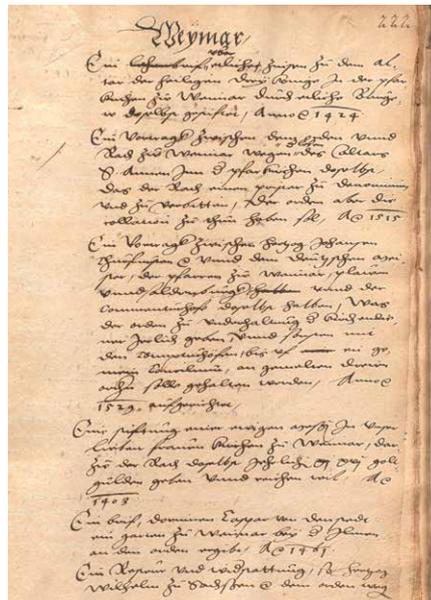
Der eben beschriebene Umstand liegt nicht nur am Weg der Urkunden bis zum heutigen Lagerort, sondern auch an der Übernahme und Erschließung der Balleiurkunden. Sowohl anhand des überlieferten sächsischen Inventars, als auch an den Übernahmeverzeichnissen und den älteren Findmitteln aus dem 19. Jahrhundert ist der Weg der Urkunden der Deutschordensballei Thüringen recht klar nachvollziehbar.

Ein genauerer Blick in die Überlieferungsgeschichte klärt neben dem Provenienzproblem auch die Frage, weshalb die Deutschordensurkunden heute in Dresden liegen. Zur Beantwortung ist der historische Kontext des 16. Jahrhunderts heranzuziehen: Viele Niederlassungen und vor allem die Landkomtorei des Deutschen Ordens in Zwätzen, heute ein Stadtteil von Jena, lagen innerhalb der kursächsischen Einflussphäre. Mit der Reformation verstärkte sich der Zugriff der jeweiligen sächsischen Landesherren auf die Besitzungen geistlicher Institutionen bis hin zur Säkularisation der Ordensniederlassungen. Die einzelnen Ordenshäuser verwalteten ihre Urkundeneingänge zunächst selbst, sodass sich häufig zu den Urkunden im Sächsischen Staatsarchiv

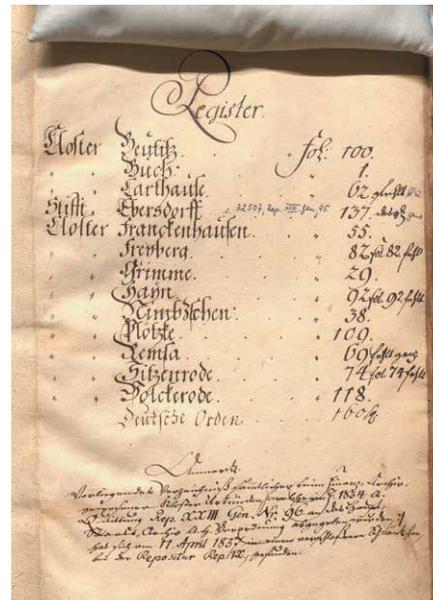


Es handelt sich weitgehend um Urkundeneingänge des Deutschen Ordens, wie in diesem Fall vom Zisterziensinnenkloster an die Ordensniederlassung in Weimar vom 5. Oktober 1414 (SächsSta-D, 10001 Ältere Urkunden, Nr. 05648)

auch eine zeitgenössische Parallelüberlieferung zum Beispiel in Form von Kopialbüchern in anderen Archiven (z. B. im Hauptstaatsarchiv Weimar) erhalten hat. Nicht bis ins Letzte geklärt, aber sehr wahrscheinlich ist, dass in Zwätzen ein Zentralarchiv der Ballei Thüringen bestand, wo die Urkunden vor der Übernahme durch die sächsischen Landesfürsten lagerten. Die sich während des 16. Jahrhunderts verfestigenden kursächsischen Behörden übernahmen im Zuge der Säkularisation das Schriftgut der geistlichen Orden in der kursächsischen Einflussphäre. So fanden auch die als Rechtsdokumente wichtigen Urkunden aus dem früheren Besitz des Deutschen Ordens Eingang in die kursächsische Verwaltung, während einzelne Ordenshäuser der Ballei Thüringen unter dem Einfluss der sächsischen Landesfürsten bis ins 19. Jahrhundert hinein existierten.



Sächsisches Inventar zu den 1563 übernommenen Urkunden (SächsStA-D, 10036 Finanzarchiv, Loc. 32508 Rep. 23 Gen. Nr. 0107, Bl. 222a)



Vermerk mit dem Verweis auf die Quittungen zur Übernahme der Urkunden geistlicher Institutionen aus dem Finanzarchiv ins Hauptstaatsarchiv (SächsStA-D, 10036 Finanzarchiv, Loc. 32508 Rep. 23 Gen. Nr. 0107)

Konkret lässt sich der Vorgang der Urkundenübernahme an der frühneuzeitlichen Aktenüberlieferung im Sächsischen Staatsarchiv aufzeigen. Heute befindet sich das „Verzeichnis der Urkunden der Klöster“ (SächsStA-D, 10036 Finanzarchiv, Loc. 32508, Rep. 23, Gen. Nr. 0107) mit dem Inventar der Urkunden des Deutschen Ordens in der Ballei Thüringen im Bestand Finanzarchiv. Dieses Inventar entstand nach 1563 und verzeichnet nach dem Provenienzprinzip die übernommenen Urkunden mit Ausstellungsdatum und Kurzregist. Im 18. oder 19. Jahrhundert wurde das Inventar mit anderen Inventaren geistlicher Institutionen (wie zum Beispiel zu den Urkunden der Zisterzienserinnenabtei Nimbschen, der Zisterzienser in Buch oder der Kartause Martinstal bei Crimmitschau) zusammengeführt und zu der heute überlieferten Akte gebunden. Über die weitere Geschichte der Urkunden und auch des „Verzeichnisses der Urkunden und Klöster“ gibt ein kurzer Vermerk auf dem Registerblatt des Verzeichnisses Auskunft. Neben dem Umstand, dass das Urkundenverzeichnis wohl verlegt und dann „1857 in einem verschlossenen Schränkchen“ wieder aufgefunden wurde, wird auch auf eine Quittung zur Übernahme der Urkunden verwiesen.

Diese Akte mit eigentlich „Drei Quittungen über die im Jahre 1834 von dem K. S. Finanzan das K.S. Haupt-Staats-Archiv abgegebenen Kloster-Urkunden“ (SächsStA-D, 10036 Finanzarchiv, Loc. 32507, Rep. 23, Gen. Nr. 0096) ist erhalten. Die Quittungen enthalten, geordnet nach den einzelnen Ordenshäusern, neben einer alten Registratursignatur des Finanzarchivs auch die Ausstellungsdaten der Urkunden. Die alten Signaturen des Finanzarchivs finden sich im Übrigen zum Teil auch auf den entsprechenden Originalurkunden und im oben angesprochenen frühneuzeitlichen

Inventar. Insgesamt spricht dies nicht nur für eine stetige Perzeption und Rezeption der Urkunden in Zusammenhang mit der Provenienz in den einzelnen Ordensniederlassungen, sondern auch für eine nach der jeweiligen Niederlassung geordnete Ablage der Urkunden über die Jahrhunderte seit der Säkularisation.

Zu den 1834 und auch 1835 etwa 2.600 aus dem Finanzarchiv in die I. Abteilung des Hauptstaatsarchivs übernommenen Urkunden geistlicher Institutionen zählen auch die 962 Urkunden aus der Ballei Thüringen. Zunächst wurden nach der Übernahme zwei sachbezogen sortierte Findbücher zu den Urkunden erstellt und zusätzlich auch die Zettelregesten zu den Urkunden des Hauptstaatsarchivs um die neu hinzugekommenen Urkunden ergänzt. Auch heute sind die chronologisch sortierten Zettelregesten zum Teil noch ein wichtiges Hilfsmittel zur Recherche von Urkunden der Zeit bis 1806. Seit dem Jahr 1837 basieren die fortlaufende Signaturvergabe und die Ablage der Urkunden des Bestandes 10001 auf chronologischen Kriterien. Somit erhielten auch die Balleiurkunden eine fortlaufende Nummerierung und wurden unabhängig von ihrer Provenienz abgelegt. Erst in den 1950er Jahren gab es neue Bemühungen um eine Rekonstruktion der Provenienz der Urkunden des Sächsischen Staatsarchivs, die zur Erstellung von Provenienzverzeichnissen führten. Darin sind die aktuellen Signaturen der Urkunden und deren Ausstellungsjahr geordnet nach den jeweiligen Institutionen, die vor der Säkularisation und Sequestration die Urkunden in ihrer Funktion als Rechtsquelle nutzten. Somit wurden die chronologisch abgelegten Zettel-

regesten und sachbezogenen Findbücher des 19. Jahrhunderts um ein provenienzbezogenes Findmittel ergänzt.

Heute werden die herkömmlichen älteren Findmittel im Interesse der Nutzer nach und nach durch die Möglichkeiten der Onlinerecherche, die etwa Zugang nach chronologischen oder sachbezogenen Kriterien, Provenienz oder auch allgemein nach Stichworten bietet, ersetzt. Hinzu kommt die dauerhafte Bereitstellung von Urkundendigitalisaten, die im Zuge großer Digitalisierungsprojekte zugänglich gemacht werden sollen: eine Chance, die Provenienzzusammenhänge und die Überlieferungsgeschichte von Archivalien nutzerfreundlich darzustellen. Die Überlieferungsgeschichte der Urkunden der Ballei Thüringen kann insgesamt relativ gut verfolgt werden und lässt nicht nur die Rekonstruktion von Übernahmeprozessen zu, sondern bietet auch die Chance, die Umfänge der einstigen diplomatischen Überlieferung zu ermitteln. Bei der Diskussion um die Provenienzfrage wird vor dem Hintergrund der überlieferten Verzeichnisse klar, dass den Bearbeitern dieses vergleichsweise umfassenden Urkundenfundus über die Jahrhunderte hinweg dessen Zusammenhang mit dem Deutschen Orden und dessen Niederlassungen in Thüringen stets bewusst war. Die Verbindung zwischen den Urkunden und der Ballei Thüringen als deren ursprünglichem Inhaber blieb gewahrt und deren Überlieferungsgeschichte somit gut nachvollziehbar.

Robert Harlaß
(Kiel)

Die Königlich-Sächsischen (Geheimen) Kommerzienräte im Spiegel der Bestände

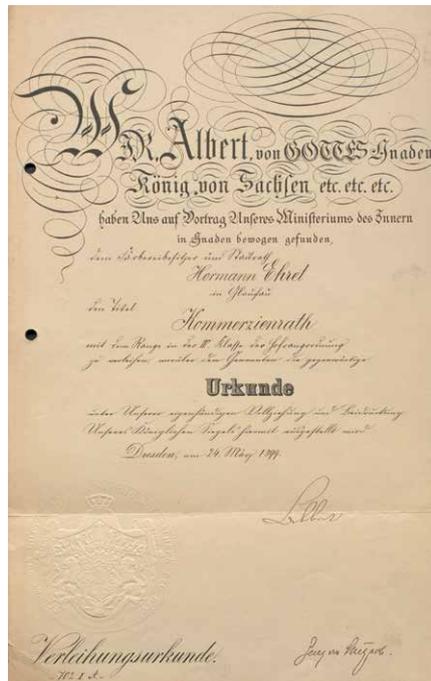
Der Königlich-Sächsische Kommerzienrat war ein staatlich verliehener Ehrentitel für verdiente Unternehmer und Kaufleute. Der Titel wurde in Form eines einfachen Kommerzienrates (IV. oder V. Klasse der Hofrangordnung) oder Geheimen Kommerzienrates verliehen. Das Königreich Sachsen vergab den Titel an schätzungsweise 300 bis 350 Persönlichkeiten in den verschiedenen Klassen der Hofrangordnung.

Die Kommerzienräte bestimmten durch ihr wirtschaftliches, politisches, soziales und kulturelles Handeln die Entwicklung des Königreichs Sachsen mit. Entsprechend umfangreich ist die Überlieferung zu einzelnen Kommerzienräten innerhalb der Bestände des Sächsischen Staatsarchivs.

An ausgewählten Beispielen soll aufgezeigt werden, welche Bestände im Sächsischen Staatsarchiv für die Ermittlung zu Kommerzienräten in Frage kommen, wobei dies auch immer von deren Wirkungsfeld abhängig ist.

Die federführende Stelle hinsichtlich der Verleihung des Titels war das Ministerium des Innern. Dieses prüfte meist auf Vorschlag von Bürgermeistern, Amts- und Kreishauptmännern, Verbänden oder Privatpersonen die Würdigkeit der Benannten. Sofern diese Prüfung positiv ausfiel, empfahl das Ministerium des Innern dem König die Mitzeichnung. Entsprechend findet sich im Bestand 10736 Ministerium des Innern (Klassifikationspunkt 3.4 Orden, Auszeichnungen und Titel) das Verleihungsprozedere. Ordensverleihungen sind in dem vorgenannten bzw. im Bestand 10712 Ordenskanzlei überliefert. Diese kommen insbesondere in Betracht, da eine Titelverleihung meist mit einer vorlaufenden Ordensauszeichnung, wie z. B. mit dem Albrechtsorden, einherging.

Beispielhaft vorgestellt sei der Färbereibesitzer und Stadtrat Hermann Ehret (geb. 27. Januar 1844 in Reichenbach/V., gest. 27. Dezember 1913 in Glauchau). Dieser gründete am 17. Februar 1868 mit Adolph Carl Friedrich Fiernkrantz die Firma A. Fiernkrantz & Ehret (SächsStA-C, 30111 Amtsgericht Glauchau, Nr. 92, Handelsregister Blatt 0339) in Glauchau. Der Letztgenannte gründete die Vorgängergesellschaft bereits am 2. Januar 1833. Adolph Carl Friedrich Fiernkrantz schied zum 11. Januar 1878 aus der Firma aus. Der Färbereibesitzer



SächsStA-C, 31229 VEB Textilwerke Palla Glauchau und Vorgänger, Nr. 80059

und Stadtrat Ehret erhielt am 5. April 1892 das Ritterkreuz I. Klasse des Albrechtsordens (SächsStA-C, 31229 VEB Textilwerke Palla Glauchau und Vorgänger, Nr. 80059).

Im Zuge des Geburtstages von König Albert von Sachsen (1828–1902) wurde Hermann Ehret sowie neun weiteren Persönlichkeiten am 24. März 1899 der Titel eines „Königlich-Sächsischen Kommerzienrates“ verliehen.

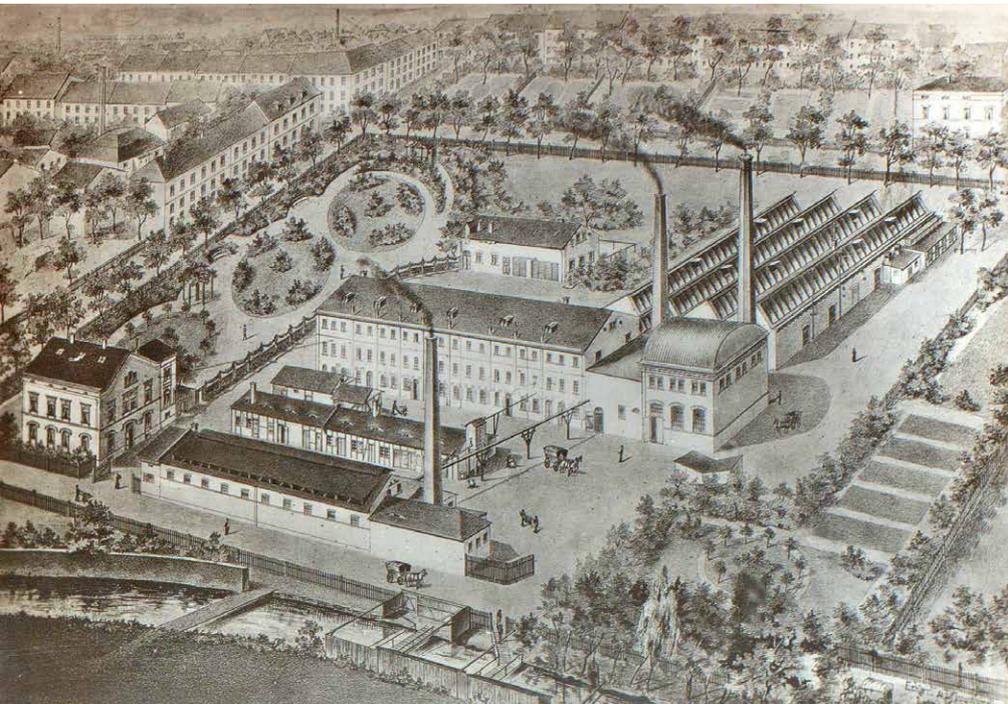
Ehret erhielt diesen im Range der IV. Klasse der Hofrangordnung. Die Verleihung an Ehret wurde wie folgt begründet: „Inhaber einer renommierten Färberei und Appreturanstalt, fürsorglich für seine Arbeiter, ehrbar und sehr angesehen, 1878 bis 1885 Stadtverordneter, seit 1892 Stadtrat, seit 1880 in der Bezirksversammlung, Führer der Nationalliberalen und auch dieser Eigenschaft wohlverdienend und auch dieser Eigenschaft wohlverdienend 1892 mit dem A. O. I. [Ritterkreuz 1. Klasse des Albrechtsordens] ausgezeichnet“. (SächsStA-D, 10736 Ministerium des Innern, Nr. 04977). In Anerkennung seiner Verdienste um die Errichtung des Bezirksgenesungsheims in Glauchau wurde Ehret am 16. Juni 1905 mit der Krone zum Ritterkreuz I. Klasse des Albrechtsordens ausgezeichnet. Bei der vorliegenden Verleihungsurkunde handelt es sich um das an Hermann Ehret ausgehändigte Original. Die Verleihungsurkunden sind normalerweise in Privathand überliefert. In diesem Fall befindet sie sich im Wirtschaftsbestand des Nachfolgebetriebes von A. Fiernkrantz & Ehret, Glauchau, dem Bestand 31229 VEB Textilwerke Palla Glauchau und Vorgänger im Staatsarchiv Chemnitz (ebd. Nr. 80059).

Anlässlich des Besuches der Stadt Glauchau am 31. Mai und 1. Juni 1906 besichtigte König Friedrich August III. von Sachsen (1865–1932) den Betrieb A. Fiernkrantz & Ehret.

Aufschluss über die Vermögensverhältnisse bieten die zum Teil überlieferten Testaments- und Nachlassunterlagen im entsprechenden Unternehmensbestand (eventuell auch in den



Besuch König Friedrich Augusts III. 1906 (SächsStA-C, 31377 A. Fiernkrantz & Ehret, Glauchau, Nr. 6)



SächsStA-C, 31377 A. Fiernkrantz & Ehret, Glauchau, Nr. 05/1 (undatiert)

Beständen der Rechtsnachfolger) oder in den Amtsgerichtsbeständen (Nachlassgericht).

Als zweites Beispiel soll der Inhaber der Firma C. E. Schwalbe, Spinnereimaschinenfabrik in Werdau Carl Richard Schwalbe (geb. 20. Februar 1852 in Werdau, gest. 22. September 1928 in Werdau) vorgestellt werden. Zu ihm sind umfangreiche Archivalien zu Erb- und Nachlassangelegenheiten im Firmenbestand überliefert. In diesen befinden sich etwa Testamente, Gesellschaftsverträge, eine Vermögensaufstellung, die Aufteilung der Hinterlassenschaft des Verstorbenen auf die Verwandten und Festsetzung der Erbschaftssteuer (SächsStA-C, 31049 Fa. C. E. Schwalbe, Werdau). Daraus geht zum Beispiel hervor, dass das Gesamtvermögen abzüglich Schulden des Carl Richard Schwalbe 2.030.694,00 RM (1928/1929) betragen hat (SächsStA-C, 31049 Fa. C. E. Schwalbe, Werdau, Nr. 11). Nach heutiger Schätzung der Kaufkraftäquivalente der Bundesbank entspricht dies

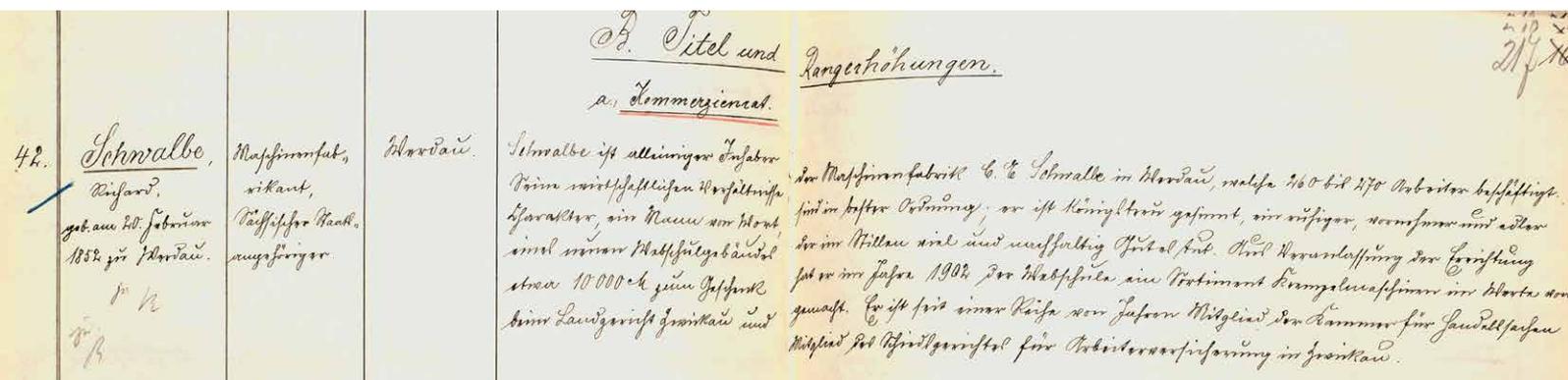
etwa 7,31 Mio. €. Es geht auch hervor, wie Carl Richard Schwalbe sein Vermögen unter seiner Familie anteilig vererbte. Die Verleihung des Königlich-Sächsischen Kommerzienratstitels in der V. Klasse der Hofrangordnung an Schwalbe erfolgte am 19. Juli 1903. Die Verleihung wurde wie folgt begründet: „Schwalbe ist alleiniger Inhaber der Maschinenfabrik C. E. Schwalbe in Werdau, welche 260 bis 270 Arbeiter beschäftigt. Seine wirtschaftlichen Verhältnisse sind in bester Ordnung; er ist königstreu gesinnt, ein ruhiger, vornehmer und edler Charakter, ein Mann von Wort, der im Stillen viel und nachhaltig Gutes tut. Aus Veranlassung der Errichtung eines neuen Webschulgebäudes hat er im Jahre 1902 der Webschule ein Sortiment Krepelmaschinen im Werte von etwa 10.000 M zum Geschenk gemacht. Er ist seit einer Reihe von Jahren Mitglied der Kammer für Handelssachen beim Landgericht Zwickau und Mitglied des Schiedsgerichtes für Arbeiterversicherung in Zwickau.“

Weitere Recherchemöglichkeiten bieten Firmen- und Unternehmensbestände, falls der Kommerzienrat einer Tätigkeit in Aufsichtsgremien von Aktiengesellschaften nachging, oder Bestände der Handelskammern, in denen der Kommerzienrat als Vorsitzender oder stellvertretender Vorsitzender bzw. als deren Mitglied oder Ehrenmitglied tätig war, sowie Bestände der Amts- und Kreishauptmannschaften zu wohlthätigen Stiftungen der Kommerzienräte. Die Bestände des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten und des Ministeriums des Innern geben u. a. Auskunft über die Bestellung von Kommerzienräten zum Konsul des Königreiches Sachsen oder von anderen Staaten. Königlich-Sächsische Kommerzienräte waren ebenso in der ersten oder zweiten Kammer des Sächsischen Landtages und im Reichstag vertreten. Hermann Ehret vertrat z. B. von 1902 bis 1909 den städtischen Wahlkreis 15 in der zweiten Kammer des Sächsischen Landtages (SächsStA-D, 10736 Ministerium des Innern, Nr. 04981).

Daneben spielt natürlich die Überlieferung in kommunalen Archiven eine wichtige Rolle bei der Forschung nach Kommerzienräten, waren diese doch vielfach in Gremien der Gemeinden und Städte tätig und begünstigten diese durch ihre Stiftungen bzw. Schenkungen.

Die zur normalen staatlichen Überlieferung hinzutretende umfangreiche und vielfältige Wirtschaftsüberlieferung in den östlichen Bundesländern, so auch im Sächsischen Staatsarchiv, ermöglicht es in einzigartiger Weise, ein umfassendes und aussagekräftiges Bild der wirtschaftlichen Entwicklung der jeweiligen Region und seiner wichtigsten Unternehmen und damit u. a. auch des wirtschaftlichen Handelns der Kommerzienräte zu zeichnen.

Norman Grimm
(Sächsisches Staatsarchiv,
Staatsarchiv Chemnitz)



SächsStA-D, 10736 Ministerium des Innern, Nr. 04981

Ich bin dann mal weg – Abschiedsbriefe geflohener Festungsgefangener

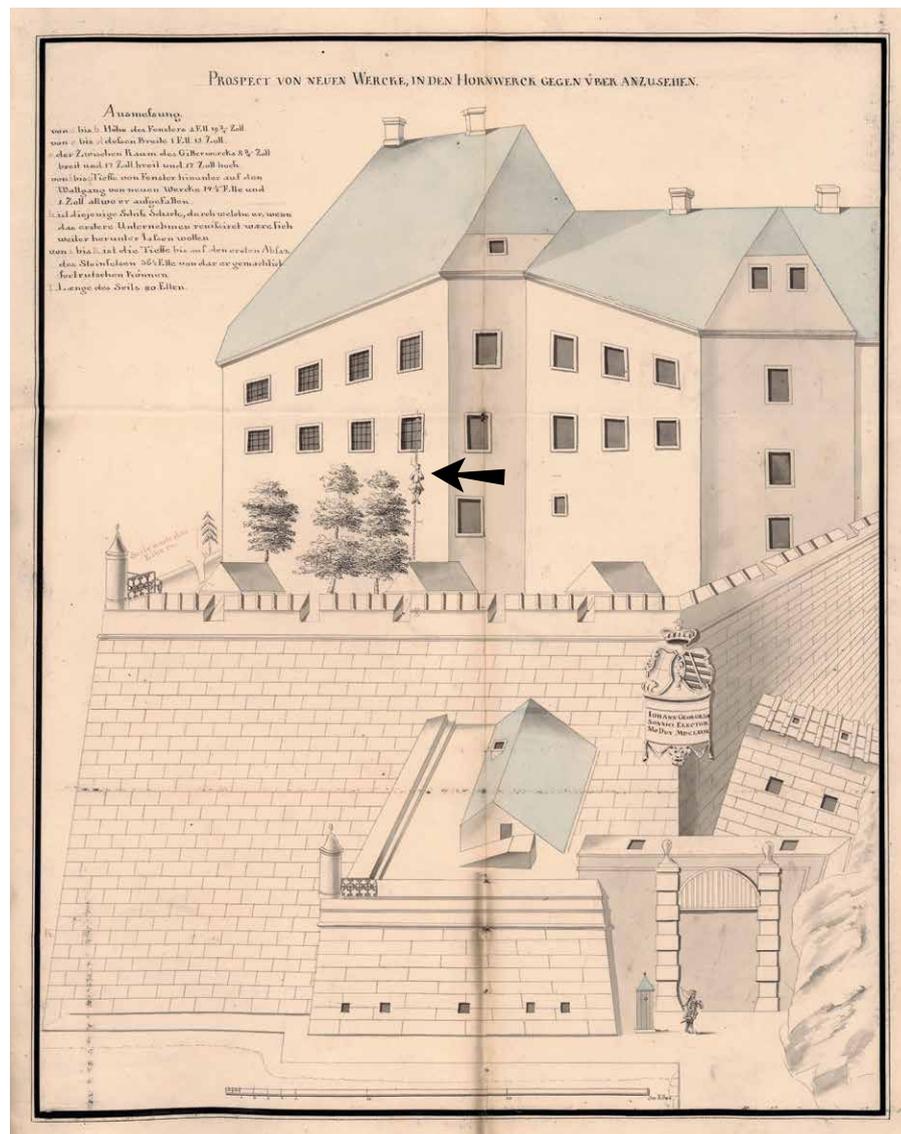
Die Flucht aus der Haft hat schon immer die Phantasie angeregt, man denke nur an den Roman „Der Graf von Monte Christo“ mit der abenteuerlichen Flucht des Protagonisten vom Château d'If vor Marseille, aber auch an reale Vorbilder wie das Entkommen von Giacomo Casanova aus den Bleikammern im Dogenpalast, dem Staatsgefängnis von Venedig. Um solche Beispiele zu finden, muss man sich jedoch nicht ans Mittelmeer begeben, vielmehr findet man sie auch bei den sächsischen Festungen Königstein und Sonnenstein.

Diese dienten, ebenso wie die Festung Stolpen, als Staatsgefängnisse, was durch die lagebedingte Abgeschlossenheit und die ständige Anwesenheit einer Wachmannschaft nahe lag. Verwahrt wurden dort zumeist keine gewöhnlichen Verbrecher, sondern ein ausgesuchter Personenkreis, der sich vor allem aus adeligen und nichtadeligen Standespersonen aus dem Umfeld von Verwaltung, Hof und Militär zusammensetzte, da Festungshaft nur bei bestimmten Deliktarten wie Duellen und politischen Straftaten verhängt wurde. Die Gefangenen unterlagen im Gegensatz zur gewöhnlichen Zuchthausstrafe keiner Arbeitspflicht und konnten abhängig von Rang und eigenem Vermögen verhältnismäßig komfortabel leben. Dieses hinderte einige von ihnen jedoch nicht daran, Fluchtpläne zu schmieden. Überliefert sind für das 18. Jahrhundert sechs Personen, die dauerhaft entkamen, zwei Fälle, in denen die Gefangenen zwar von der Festung gelangten, jedoch wieder aufgegriffen werden konnten, fünf Vorkommnisse, wo die Fluchtpläne bereits im Vorbereitungsstadium entdeckt wurden, und neun gescheiterte Anläufe. Für diese relativ geringe Anzahl gibt es mehrere Erklärungen. Zum einen handelte es sich bei den Festungsgefangenen in der Regel um einen hochgestellten Personenkreis. Dieser musste sich die Frage stellen, ob ein Leben auf der Flucht nicht vor allem unbequem und ohne Perspektive gewesen wäre. Hinzu kam, dass wegen der geographischen Lage und baulichen Gegebenheiten der Festungen die mögliche Gefahr für Leib und Leben abzuwägen war, und für das Gelingen zudem körperliche Kraft und Geschicklichkeit erforderlich waren.

Überraschen mag der Befund, dass vier Gefangene sich nicht großlos davonstahlen, sondern an die Festungsbesatzung oder den Kurfürsten gerichtete Schreiben hinterließen.

Die dahinterliegende Motivation war dabei höchst unterschiedlich. Ziel des auf der Festung Königstein inhaftierten Alchimisten und Hochstaplers Hektor von Klettenberg war offenbar die Fortsetzung seines Betrugs. Diese schillernde Figur hatte durch die Behauptung, Gold machen zu können, in hohem Ansehen gestanden, war jedoch tief gefallen und auf unbestimmte Dauer inhaftiert worden. Bei seiner Flucht hatte er sich in der Nacht vom 30. April auf den 1. Mai 1719 durch die Decke seines Zimmers in der Johannegeorgenburg gearbeitet, und sich dann mit einem selbstgefertigten Seil durch eine Schießscharte hinabgelassen. In seinem Zimmer fand die Besatzung einen Brief an den Kurfürsten sowie

einen an den Festungskommandanten von Kyau gerichteten Zettel. In beiden Schreiben beteuert er seine Unschuld und den Willen, das begonnene Werk, also das Goldmachen, zu vollenden, wenn der Kurfürst ihm freies Geleit zusichert, „damit ich nicht vor Leuthen, die von der Alchymi nichts verstehen, eines verbrochens möchte schuldig aus ihrer ignoranz detiniret und in ewiger Gefangenschaft dem anschein nach gerecht leiden.“ Klettenberg scheint damit den Versuch zu unternehmen, sich als unschuldig zu inszenieren, um seinen Betrug, der ihm beim sächsischen Kurfürsten bereits hohe Summen und ein komfortables Auskommen eingebracht hatte, fortsetzen zu können. Der Versuch scheiterte jedoch auf der



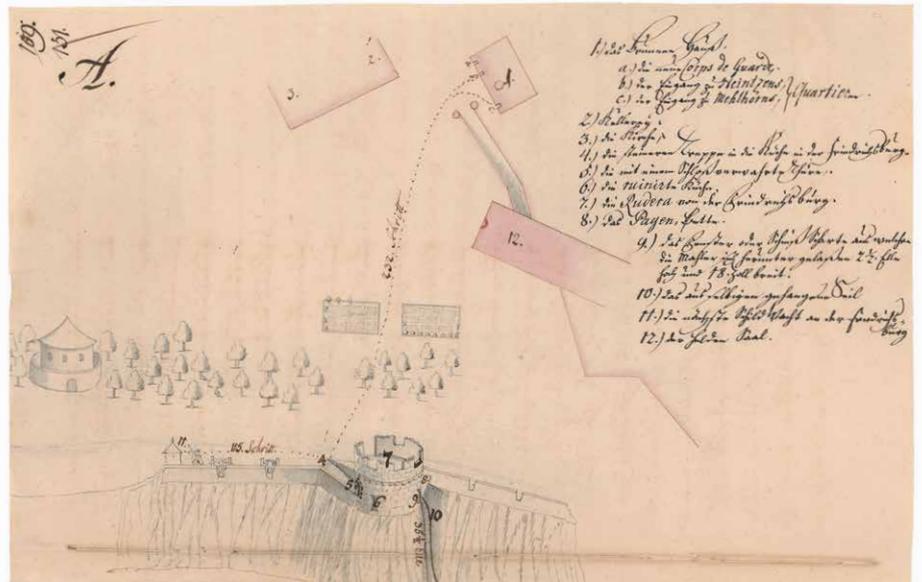
Fluchtversuch des Alexander Durand de Servigny von der Festung Königstein, 1753 (SächsSta-D, 11245 Gouvernement Dresden, Loc. 14604/6, Bl. 74)

ganzen Linie. Zum einen blieb der Kurfürst von den Unschuldsbeteuerungen gänzlich unbeeindruckt, zum anderen wurde der Flüchtige noch am selben Tag aufgegriffen und auf die Festung zurückgebracht. Ein weiterer Fluchtversuch im Januar 1720 scheiterte an einem gerissenen Seil (ein vergleichbarer Fluchtversuch ist links dargestellt). Zu einem weiteren Anlauf kam es nicht mehr, da sich die sächsischen Behörden auf Bitten des Stadtrats von Frankfurt bereiterklärten, das dort gegen Klettenberg bestehende Todesurteil wegen eines Duellvergehens zu vollstrecken, so dass er am 1. März 1720 unterhalb der Festung hingerichtet wurde.

War bei Klettenberg die Versicherung seiner Unschuld und die Wiedererlangung der kurfürstlichen Gunst der Grund für das Verfassen seiner Abschiedsbriefe, war die Motivlage bei dem auf der Festung Sonnenstein befindlichen Georg Ludwig Graf von Oeynhausens gänzlich anders gelagert. Dieser sah seine Haft als unrechtmäßig an und setzte alles daran, von der Festung zu entkommen. Beim ersten Fluchtversuch brannte er sich durch die Decke seines Zimmers und konnte erst in der Gewehrkommer, in der neben Flinten auch Schießpulver gelagert wurde, aufgegriffen werden. Als er deswegen in einen sichereren Raum verbracht worden war, begann er mit dem Ausgraben des Gewölbeschlusssteins. Bei einem weiteren Versuch verschaffte er sich einen Schlüssel zu seinem Zimmer und wollte sich von der Festung hinunterlassen, allerdings wurde dieser Plan rechtzeitig entdeckt. Schließlich kam es aber wie es kommen musste, im vierten Anlauf gelang ihm die Flucht, indem er sich, von den Wachen unbemerkt, durch eine Wand brach.

Sein Abschiedsbrief war an den Kommandanten gerichtet und enthielt die Ankündigung, ihm „persönlich aufzuwarten“, was als Duellforderung verstanden werden kann, da er sich von ihm während seiner Haft missachtet und in seiner Ehre gekränkt fühlte. Als Oeynhausens zwei Tage nach der Flucht im Posthaus in Peterswald aufgegriffen wurde, beschimpfte er den Kommandanten als „Hundsfettsche Canaille“, und äußerte „in Jahr und Tag müste einer von sie beyden kalt seyn, wenn er nach Dreßden kähme, würden sie einander schon zu sprechen kriegen.“ Zu einem Duell freilich ist es nie gekommen.

Handelte es sich bei den bisherigen Beispielen um gescheiterte Anläufe, gab es auch von Erfolg gekrönte Fluchtversuche, wie den der auf der Festung Königstein inhaftierten Porzellanmaler Johann Gottlieb Mehlhorn und Johann Georg Heinze. Mehlhorn war als Teilnehmer an der sogenannten Bayreuther Verschwörung



Rekonstruktion des Fluchtwegs der Porzellanmaler Johann Gottlieb Mehlhorn und Johann Georg Heinze von der Festung Königstein, 1750 (SächsStA-D, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 1078/1, Bl. 151)

einer von sechs Malern, die nach Bayreuth fliehen wollten, um dort eine Manufaktur zu errichten. Es war gängige Praxis, Porzellanmaler, die im Verdacht standen, sich in andere Dienste zu begeben und Betriebsgeheimnisse zu verraten, festzusetzen und sie für ihren Lebensunterhalt auch in Haft weiter Porzellan bemalen zu lassen. Allerdings gelang Mehlhorn und Heinze am 26. April 1750 die Flucht mittels eines an der Friedrichsburg heruntergelassenen Seils. Auch diese hatten dem Kommandanten einen Brief hinterlassen. Darin klagten sie, dass sie trotz ihrer Arbeit Hunger litten und nach Berlin wollten, um dort ihr Recht und ihre Freiheit zu erlangen, ohne dem sächsischen König dabei untreu zu werden. Beide flohen über Prag nach Breslau und erhielten tatsächlich ein kurfürstliches Pardon, um zur Porzellanmanufaktur Meißen zurückkehren zu können. Allerdings waren sie bereits in Berlin eingetroffen, bevor die Urkunde zugestellt werden konnte. Daher ist zu vermuten, dass beide mit der Ankündigung, sich zum Rivalen Preußen begeben zu wollen bei gleichzeitiger Versicherung ihrer Untertanentreue auf genau dieses Pardon abzielten, zumal ihnen bewusst war, dass der Kurfürst großes Interesse an ihrem Verbleib im Lande hatte. Dazu kam es jedoch nicht, Mehlhorn wurde schließlich Hofporzellanmaler in Kopenhagen.

Weniger glücklich endete die Flucht von Karl Gottlob Abels. Dessen Haftbedingungen waren wenig komfortabel, da er nicht nur zu lebenslangem Freiheitsentzug verurteilt worden war, sondern dazu noch Dienst als einfacher Soldat auf der Festung Königstein leisten musste. Diese Strafe war allerdings ein Gnadenakt, da er ursprünglich wegen Landesverrats, unter anderem wegen seiner Beteiligung an der

Beschießung Dresdens durch preußische Artillerie, zum Tode verurteilt worden war. Dennoch hatte er in der Nacht vom 12. auf den 13. März 1775 versucht, sich mit einem selbst gefertigten Fahrzeug von der Festung hinunterzulassen, war dabei jedoch abgestürzt. Die Flucht stellte damit eine Zurückweisung der ihm erwiesenen kurfürstlichen Gnade dar, so dass er sich veranlasst sah, sein Handeln zu begründen und zu rechtfertigen. Er führt in dem Schreiben an, dass sich seine Hoffnungen auf eine weitere Begnadigung in Gestalt einer Entlassung von der Festung zerschlagen hatten, und diese Erkenntnis habe ihn zu dem Entschluss veranlasst, „durch die Flucht meine dem Leben gleichschätzende Freyheit, unter der augenscheinlichsten Gefahr zu suchen.“ Dieser Entschluss sollte ihn schließlich tatsächlich sein Leben kosten. Bei dem Absturz hatte er sich einen komplizierten Beinbruch zugezogen, an dessen Folgen er etwa ein halbes Jahr später starb.

Ebenso unterschiedlich wie die fluchtwilligen Gefangenen, bei denen das Spektrum vom adeligen Goldmacher über den missratenen Grafensohn bis hin zu Porzellanmalern reichte, waren auch die Motivationen für das Verfassen von Abschiedsbriefen. Sie reichten von Erklärungen für die Flucht bis hin zu Beleidigungen der Festungsbesatzung. Im Guten wie im Schlechten aber suchten die Verfasser ein letztes Mal die Kommunikation mit ihren Richtern und Bewachern. Wie der Fluchtversuch selbst, lagen Erfolg und Scheitern aber auch hier nahe beieinander.

Andrea Tonert
 (Sächsisches Staatsarchiv,
 Hauptstaatsarchiv Dresden)

Was lange währt, wird gut! Firmenarchiv der Abraham Dürninger & Co. GmbH Herrnhut erschlossen und für die Forschung nutzbar

Mit der Rückführung der letzten Unterlagen von Leipzig nach Herrnhut wurde 2020 ein mehr als zwei Jahrzehnte dauerndes Bearbeitungs- und Erschließungsprojekt des Sächsischen Wirtschaftsarchivs e.V. (nachfolgend SWA) für das Firmenarchiv der Abraham Dürninger & Co. GmbH (nachfolgend ADC) in Herrnhut abgeschlossen. Damit ist ein wichtiger Forschungsbestand für die sächsische Wirtschaftsgeschichte erstmals seit 1945 wieder zugänglich. Die 105 Laufmeter aus dem Zeitraum 1747 (Gründung des Unternehmens) bis 2000 werden im Unitätsarchiv Herrnhut verwahrt und sind dort für Historiker, Studenten, Heimatforscher und andere Interessenten einseh- und nutzbar.



Lagerung des Bestandes im Unitätsarchiv Herrnhut
(© Claudia May, Unitätsarchiv Herrnhut)

Ausgangspunkt für das Projekt war das 250. Firmenjubiläum im Jahr 1997. Dazu hatte das Unternehmen das SWA 1996 mit der Erarbeitung einer Firmenfestschrift beauftragt, die auf der Basis der bereits vorhandenen Publikationen v. a. von Otto Uttendörfer, Hans Wagner und Herbert Hammer, aber auch der im Firmenarchiv vorhandenen Primärquellen entstehen sollte. Es stellte sich jedoch das Problem, dass das Archiv faktisch nicht nutzbar war. Die Unterlagen sowie die sogenannte „Dürninger-Bibliothek“ (mit rund 1.700 Bänden aus dem Zeitraum 1553 bis 1940) lagerten ohne jegliche Ordnung und Verzeichnung in zwei ungeeigneten Räumen, die in den 1970er Jahren als Archiv eingerichtet worden waren.

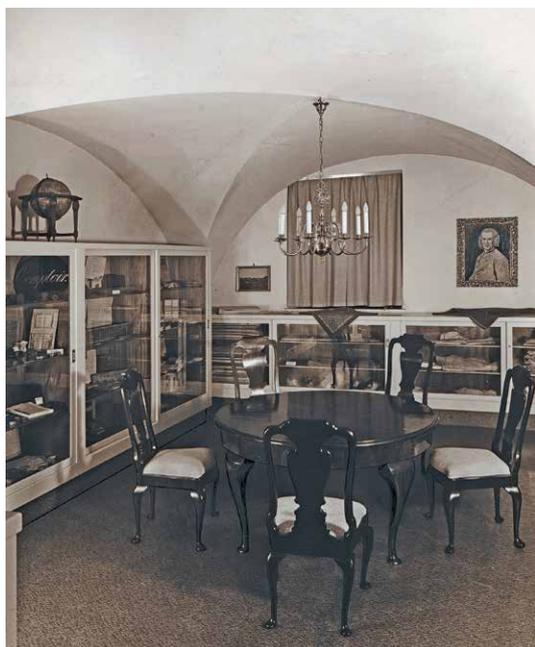
Wie es zu dieser Situation gekommen war, zeigt nachfolgend ein außergewöhnlicher Rückblick auf die Geschichte von Archiv und Bibliothek, der sich so aus den vorhandenen Unterlagen nachvollziehen lässt. Bis 1891 wurde die „Archivierung“ (Ablage) der nicht mehr benötigten Geschäftsunterlagen und von Büchern sowie Gegenständen auf dem Dachboden des „Dürninger-Stammbaus“ vorgenommen. Es erfolgte eine erste Sichtung und „Bewertung“ durch einen Mitarbeiter mit folgendem Ergebnis: Verkauf von 26 Zentnern (!) an Altpapierhändler (u. a. Meßstrazzen von der Leipziger Messe, Cassabücher bis ca. 1850, ausländische und hamburgische Lagerbücher bis ca. 1880, Zoll- und Accisebücher). Aufgehoben wurden „besonders historisch interessante Sachen oder durch hervorragend schöne Aufschriften u. dergl. beachtenswerte Bücher“. 1892 verkaufte man Atlanten, Bilder, Zeitungen und Bücher, „die nicht zum eigentlichen Geschäftsbetrieb gehörig“, für 125 Mark an zwei Buchhandlungen. 1904/05 erfolgten eine weitere „Bewertung“ des Archivs und der Verkauf von 10,5 Zentnern an Altpapierhändler (z. B. Bücher der ehemaligen Kattunfabrik und der Grossohandlung, amerikanische Lagerbücher bis ca. 1860) sowie die Ordnung der verbliebenen Unterlagen (z. B. Hauptbücher, Journale, Briefe nach Jahren geordnet in Kisten). 1900 wurden Bücher an die Bibliothek der Bleichanstalt abgegeben und 1908 zwei große

Bücherschränke mit geschichtlicher und belletristischer Literatur, Reiseberichten, Memoiren etc. als „völlig veraltet und wertlos“ bewertet. Ob der Vorschlag zum Verkauf (Ausnahmen: Bücher mit Bezug auf Herrnhut und die Brüdergeschichte – diese sollten an das Unitätsarchiv abgegeben werden) realisiert wurde, ist nicht nachweisbar, aber möglich.

In den 1920er Jahren muss ein geordnetes Archiv bestanden haben (wahrscheinlich auch im Stammbaus, aber nun in Räumen im Erdgeschoss), da etliche Benutzungen und Auskünfte dokumentiert sind. 1926 erfolgte für 600 Mark der Ankauf einer altbrüdergeschichtlichen Bibliothek mit 263 Bänden. 1932/33 wurden ein neues Archiv mit Museum und Bibliothek im „Direktorenhaus“ eingerichtet und in den darauffolgenden Jahren gezielt Bücher mit Bezug auf ADC, Herrnhut und die Brüdergemeine zur Ergänzung der Bibliothek angekauft. Gleichzeitig erfolgte aber auch aus wirtschaftlichen Gründen wieder eine „Verwertung“ von Archivalien. 1932 bis 1934 wurden ca. 12.000 (!) v. a. vorphilatelistische Briefe an ein Auktionshaus in Hamburg mit dem Auftrag zur Versteigerung übersandt, 1934 ca. 8.000 davon wieder zurückgeschickt; ein Drittel scheint also verkauft worden zu sein. Tatsächlich werden heute noch immer wieder auf einschlägigen Internetplattformen Dürninger-Briefe zum Verkauf angeboten.



Das „Direktorenhaus“, in dem von 1933–1945 das Firmenarchiv und -museum untergebracht waren.



Innenaufnahmen des Dürninger-Museums um 1935 und des Archivs (Aufnahmejahr unbekannt)

Im Juli 1942 erfolgte die Verpackung der Bibliothek in Kisten und die Einlagerung an unbekanntem Ort. Im Mai 1945 brannte das „Direktorenhaus“ bei der Besetzung Herrnhuts durch die Rote Armee nieder und ein Großteil des Archivs wurde vernichtet. Glücklicherweise waren jedoch vorher Teile des Archivs und Museums ausgelagert und wohl teilweise vergraben und sind so (wie die Bibliothek) gerettet worden. 1945 ließ der neue Direktor „erhebliches Aktenmaterial“ (wahrscheinlich aus der NS-Zeit) verbrennen, die Bibliothek wurde nach dem Krieg im Unitätsarchiv untergebracht. 1963 erfolgte der Verkauf von 148 Bänden aus der Bibliothek (Länder- und Reisebeschreibungen aus dem 18./19. Jahrhundert) für 1.000 Mark an das Institut für Länderkunde Leipzig. In den

1970er/80er Jahre wurde dann schließlich das „Archiv“ eingerichtet, wie es 1996 noch existierte. Durch ehemalige Mitarbeiter der Firma bzw. einen ehemaligen Mitarbeiter des Unitätsarchivs erfolgte der Versuch einer Ordnung und Auflistung der Unterlagen. Leider wurden dabei bestehende Zusammenhänge zerstört, Akten aufgelöst und nach dem Pertinenzprinzip neu geordnet.

Im Sommer 1996 begann ein Mitarbeiter des SWA in einem ersten Schritt vor Ort mit einer groben Sichtung der Unterlagen und der Erstellung einer einfachen Findliste für die vorhandenen Akten/Aktenbündel. Dabei erfolgte aus Zeitgründen der Rückgriff auf die Beschriftungen und den Aktenbündeln

beigelegten Inhaltsverzeichnisse der oben genannten „Ehemaligen“, wobei schnell klar wurde, dass diese ungenau und teilweise sogar irreführend waren. Nicht mit in die Erschließung einbezogen wurden die Geschäftsbücher (u. a. Brief-Kopierbücher, Kassenbücher, Strazzen, Schuldbücher), da diese zwischenzeitlich durch eine Historikerin recht gut geordnet und erschlossen worden waren. Im Ergebnis dieser Bestandsaufnahme war es nun zumindest möglich, bei der folgenden Erarbeitung der Festschrift in Ergänzung bzw. zur Überprüfung der vorhandenen Sekundärliteratur auf die Originalquellen zuzugreifen und Archivalien und Fotos für die Abbildung in der Festschrift auswählen zu können. Gleichzeitig wurde klar, dass der Bestand unbedingt umfassend erschlossen und fachgerecht gelagert werden sollte, um ihn sowohl der Forschung zugänglich zu machen (Anfragen von Historikern zur Nutzung des Bestandes mussten seit langem mit Verweis auf den Zustand des Archivs abgelehnt werden) als auch vor einem Verfall zu bewahren (völlig ungeeignete, feuchte Räumlichkeiten). Um die Lagerbedingungen für die Unterlagen schnell zumindest etwas zu verbessern, wurde eine Entlüftung eingebaut, später auch Luftentfeuchter eingesetzt. Mit der Fertigstellung des Magazinneubaus des Unitätsarchivs Herrnhut 2002 ergab sich dann die Möglichkeit, den Bestand dort unter optimalen Bedingungen unterzubringen.



Bearbeitung des Bestandes in den 1970er/80er Jahren durch ehemalige Mitarbeiter

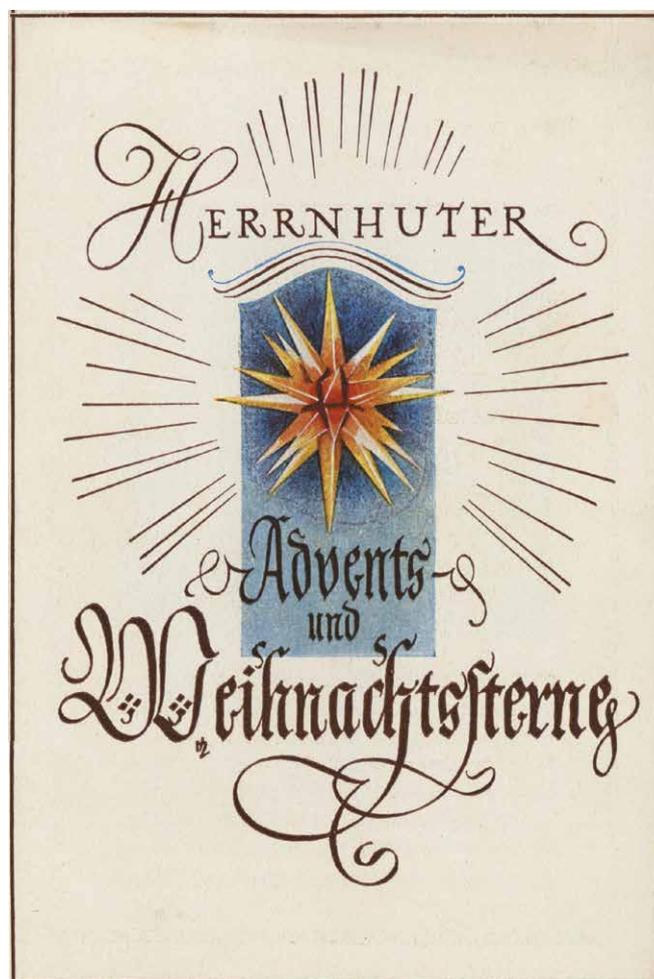
Ende 1998 erfolgte der Transport des ersten Teilbestandes nach Leipzig zur Bearbeitung und Erschließung, darunter rund 10.000 meist vorphilatelistische Briefe aus der Zeit bis ca. 1850. Da diese gefaltet waren, mussten sie, um Beschädigungen bei späteren Benutzungen

zu vermeiden, geglättet werden. Dieser Arbeitsschritt wurde durch den Restaurator des Stadtarchivs Leipzig sachkundig unterstützt. Ein Teil der Briefe war durch das oben geschilderte Vergraben von Teilen des Archivs 1945 so stark nässegeschädigt und miteinander verklebt, dass eine Restaurierung notwendig war. In den Folgejahren wurden auch weitere besonders wertvolle Archivalien begleitend restauriert, so zum Beispiel ein Notizbuch Abraham Dürningers aus der Zeit 1760–1766 und das „Geburtsdokument“ der Firma Abraham Dürninger & Co., das Inventarium des Gemein-Ladens vom 24. Oktober 1747, an dem Dürninger diesen übernahm und aus dem in den nächsten Jahrzehnten ein international agierendes und das um 1800 wahrscheinlich größte sächsische Unternehmen entstand.

Nach Abschluss der Bearbeitung und Erschließung im SWA erfolgte die Rückführung nach Herrnhut in das Unitätsarchiv. In gleicher Weise wurden in den nächsten Jahren Teil für Teil des Bestandes und die Bibliothek in Leipzig durch das SWA geordnet, technisch bearbeitet und erschlossen. Soweit möglich, wurde auch versucht, die oben geschilderte Neuordnung der Unterlagen rückgängig zu machen und die ursprünglichen Provenienzen wiederherzustellen. Besonders handelte es sich dabei um die Überlieferungen des Hauptkontors in Herrnhut und des Kontors des Zweigbetriebes E. Erxleben und Co. im schlesischen Gnadenfrei (heute Piława Górna in Polen), die teilweise vermischt worden waren. Wo dies nicht mehr möglich war, wurde das Pertinenzprinzip beibehalten.

Im Ergebnis des Projektes wurden rund 900 Verzeichnungseinheiten über das Archivprogramm FAUST erschlossen. Der Bestand umfasst schwerpunktmäßig Unterlagen aus den Bereichen Buchhaltung/Rechnungswesen, Grundbesitz, Unternehmensführung, Geschäftskorrespondenz, Stellung innerhalb/zur Brüder-Unität, Personal, Beteiligungen, Werbung und Musterbücher – sowohl des Gesamtunternehmens als auch der einzelnen Abteilungen (Webereien Schönbach und Weigelsdorf, Zigarren-Versand, Waren-Bleich- und Appreturanstalt/Veredlung, Kolonialwaren-Abteilung, Detailhandlung, Versandhandel, E. Erxleben & Co., Gnadenfrei, F. L. Nadge, Berlin, Verkaufszentrale Berlin). Hinzu kommen Überlieferungen der Stern GmbH (1925–1991), der Erwerbshilfe des Hilfswerks der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens (1949–1957) und der Beschaffungsstelle der Evangelischen Brüder-Unität (1949–1989).

Der Bestand wird im Beständeverzeichnis des SWA geführt und das Findmittel ist sowohl dort als auch im Unitätsarchiv Herrnhut ein-



Auf der Weltausstellung 1937 in Paris verliehenes Diplom und Werbung für Herrnhuter Sterne, um 1960

sehbar. Eine Benutzung ist nach Genehmigung durch die Abraham-Dürninger-Stiftung im Unitätsarchiv möglich und ausdrücklich erwünscht!

Kontakt:
Sächsisches Wirtschaftsarchiv e.V.
www.swa-leipzig.de
kontakt@swa-leipzig.de

Karsten Sichel
(Sächsisches Wirtschaftsarchiv e.V., Leipzig)

Unitätsarchiv Herrnhut
www.unitaetsarchiv.de
E-Mail: unitaetsarchiv@ebu.de

Das Universitätsarchiv Chemnitz am neuen Standort in der „Alten Aktienspinnerei“

Am 6. November 2020 war es soweit und der letzte LKW mit Unterlagen rollte vom alten Standort des Universitätsarchivs in der Reichenhainer Straße am neuen Standort an der „Alten Aktienspinnerei“ in der Straße der Nationen 33 ein. Damit fand ein Projekt seinen Abschluss, welches das Universitätsarchiv seit mehreren Jahren beschäftigt.

Das Universitätsarchiv Chemnitz war seit den 1970er Jahren in der Reichenhainer Straße 41 untergebracht. Seit Mitte der 1990er Jahre wurde intensiv über eine neue Unterbringungsmöglichkeit für das Universitätsarchiv nachgedacht.

Durch die zunehmend angespannte Situation im Magazinbereich wurde im Universitätsarchiv 2004 der Beschluss gefasst, eine Lagerungssystematik auf der Grundlage einer Excel-Tabelle aufzubauen. Hierfür wurden alle Magazinräume mit den darin enthaltenen Regalen erfasst und nach einem einheitlichen, maschinenlesbaren Schema gekennzeichnet. Ab 2006 wurde diese Lagerungssystematik bis auf das Regalfach heruntergebrochen. Nun



Reichenhainer Straße 39/41 mit Universitätsarchiv im Untergeschoss (Foto Stephan Luther)

war jedes einzelne Fach im Magazin eindeutig adressierbar. Dabei wurden neben den eingelagerten Signaturen auch der Umfang und eine kurze inhaltliche Beschreibung erfasst. Damit war das Archiv in der Lage, relativ genau die weitere Magazinplanung und -belegung vorzunehmen, aber auch Akten aufzufinden. Durch die vielfach notwendige Umlagerung von Beständen und den enormen Zuwachs an Archivgut war es absolut nicht mehr möglich, dies mit der Erfahrung des Archivars zu bewäl-

tigen. Seit 2008 wurden sechs neue Magazinräume an drei Standorten eingerichtet, da die Lagerungskapazität permanent erschöpft war.

Im August 2009 gab das Universitätsarchiv Überlegungen für den Neubau eines Archivs als Zuarbeit für einen Umbau der Aktienspinnerei an das Rektorat. Ein Jahr später wurde die Bedarfsanmeldung der Universität für den Umbau des Gebäudes zur Universitätsbibliothek mit Archiv im Ministerium eingereicht.

	A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O
1	Raum	Anlage	Regal	Zeile	Fach	Umszug	ZwA	Bestand	Teilbestand	Inhalt	Signatur-zusatz	Signatur von	Signatur bis	Verpackung	Ifrn
941	A01.016	EG	1	5	29	16785		106		Lehrerseminar Auerbach		23	28	Folio	0,11
942	A01.016	EG	1	5	29	16786		106		Lehrerseminar Auerbach		23	28	Folio	0,11
943	A01.016	EG	1	5	29	16787		106		Lehrerseminar Auerbach		23	28	Folio	0,11
944	A01.016	EG	1	5	29	16788		106		Lehrerseminar Auerbach		29	32	Folio	0,11
	A01.016	EG	1	5	29	20101		101		Gewerbschule Film 1-8 (Nr. 1-21); Bauschule Film 15 (Nr. 22-33); Maschinenbauschule Film 9-14 (Nr. 34-38)		1	38	A4-11	0,11
945	A01.016	EG	1	5	29	20102		106		Bauschule Film 16 Nr. 39 - 43, Gewerbezeichenschule Film 17-21 Nr. 44 - 55, Gewerbelehrerbildungsanstalt Film 22 Nr. 56 - 61, Hospitalanten Film 23 Nr. 62 - 63, Webschule Zittau Film 24 (Bestand 104) Nr. 1 - 3, Lehrerseminar Auerbach Film 25 (Bestand		1	63	A4-11	0,11
946															
947	A01.016	EG	1	5	29										
948	A01.016	EG	1	5	29										
949	A01.016	EG	1	5	29										
950	A01.016	EG	1	5	29										
951	A01.016	EG	1	5	29										
952	A01.016	EG	1	5	30	16507		106		Lehrerseminar Auerbach		20	20	A3	0,22
953	A01.016	EG	1	5	30										
954	A01.016	EG	1	5	30										
955	A01.016	EG	1	5	30										
956	A01.016	EG	1	6	31	18907		107		Stiftungsakten		1	31	Folio	0,11
957	A01.016	EG	1	6	31	18908		107		Stiftungsakten		1	31	Folio	0,11
958	A01.016	EG	1	6	31	18909		107		Stiftungsakten		1	31	Folio	0,11
959	A01.016	EG	1	6	31	18910		107		Stiftungsakten		1	31	Folio	0,11
960	A01.016	EG	1	6	31	18911		107		Stiftungsakten		1	31	Folio	0,11
961	A01.016	EG	1	6	31	18912		107		Stiftungsakten		1	31	Folio	0,11
962	A01.016	EG	1	6	31	18913		107		Stiftungsakten		32	57	Folio	0,11
963	A01.016	EG	1	6	31	18914		107		Stiftungsakten		32	57	Folio	0,11
964	A01.016	EG	1	6	31	18915		107		Stiftungsakten		32	57	Folio	0,11
965	A01.016	EG	1	6	31	18916		107		Stiftungsakten		32	57	Folio	0,11
966	A01.016	EG	1	6	31	18917		107		Stiftungsakten		32	57	Folio	0,11
967	A01.016	EG	1	6	31	18918		107		Stiftungsakten		32	57	Folio	0,11
968	A01.016	EG	1	6	32	18919		107		Stiftungsakten		58	89	Folio	0,11
969	A01.016	EG	1	6	32	18920		107		Stiftungsakten		58	89	Folio	0,11
970	A01.016	EG	1	6	32	18921		107		Stiftungsakten		58	89	Folio	0,11
971	A01.016	EG	1	6	32	18922		107		Stiftungsakten		58	89	Folio	0,11
972	A01.016	EG	1	6	32	18923		107		Stiftungsakten		58	89	Folio	0,11
973	A01.016	EG	1	6	32	18924		107		Stiftungsakten		58	89	Folio	0,11
974	A01.016	EG	1	6	32	18925		107		Stiftungsakten		90	132	Folio	0,11
975	A01.016	EG	1	6	32	18926		107		Stiftungsakten		90	132	Folio	0,11
976	A01.016	EG	1	6	32	18927		107		Stiftungsakten		90	132	Folio	0,11
977	A01.016	EG	1	6	32	18928		107		Stiftungsakten		90	132	Folio	0,11
978	A01.016	EG	1	6	32	18929		107		Stiftungsakten		90	132	Folio	0,11
979	A01.016	EG	1	6	32	18930		107		Stiftungsakten		90	132	Folio	0,11
980	A01.016	EG	1	6	33	18931		107		Stiftungsakten		133	134	Folio	0,11

Überarbeitete Lagerungssystematik mit der Aufnahme einer Umzugsnummer (Grafik Universitätsarchiv Chemnitz)

Der Planungsauftrag erging dann am 20. Juli 2011, auf dessen Grundlage im Jahr 2012 ein Architektenwettbewerb durchgeführt wurde. Sieger in diesem Wettbewerb wurde unter 26 eingereichten Arbeiten eine Bietergemeinschaft der Architekten Lungwitz, Heine, Milder (Dresden) und Rabe (Berlin), die später unter der Bezeichnung „ARGE Aktienspinnerei“ den Umbau vorantrieb. Im April 2014 begannen erste vorbereitende Abbrucharbeiten und im Juni 2015 erfolgte der offizielle Baustart. Im März 2020 wurde das Gebäude fertiggestellt.

Grundlage für Wettbewerb und Ausführung war die historisch vorgegebene Kubatur der „Alten Aktienspinnerei“, welche 1857 als komplett in Eisen- und Steinbauweise ausgeführter moderner Industriebau errichtet wurde. Bereits um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert gab die Chemnitzer Aktienspinnerei das Gebäude als Betriebsstandort auf und es kam in das Eigentum der Stadt Chemnitz. Seitdem hatte das Gebäude eine Vielzahl von Nutzern und erfuhr damit einhergehend mannigfache Um- und Überbauungen.

Mit dem Beginn der Planungen für den Umbau der „Alten Aktienspinnerei“ für die Universitätsbibliothek und das Archiv gingen auch die Umzugsplanungen des Archivs in eine neue Phase. Bis dahin waren alles lediglich Planspiele. Für die Bauplanungsphase war es unbedingt notwendig, genaue Kenntnis vom Bestandsumfang und den jährlichen Zuwächsen zu haben. Mit der in Angriff genommenen Lagerungssystematik war das Archiv in der Lage, quasi auf Knopfdruck relativ genaue Zahlen zu liefern. Die umfangreiche Haupttabelle wurde hierfür mit entsprechenden Pivot-Abfragen ausgewertet. Es konnte damit z. B. in der erzeugten Pivot-Tabelle ausgewiesen werden, wie viel laufende Meter je Bestand oder Teilbestand vorhanden waren, oder wie viele lfm je Magazinraum eingelagert waren.

Das Universitätsarchiv setzte sich zu Beginn der konkreten Umzugsplanungen das Ziel, mit einem komplett neuverpackten Archivbestand umzuziehen. Es war zwar zu diesem Zeitpunkt ein Kartonierungsgrad von ca. 95% erreicht. Vor allem bei Überformaten gab es jedoch erhebliche Lücken. Aber auch im Formatbereich DIN A4 waren nicht archivgerechte Verpackungen vorherrschend. Deshalb wurde Ende 2016 beschlossen, die im Betrieb vollzogenen Verpackungsarbeiten in einem Verpackungsprojekt zu bündeln. Es wurde an das Rektorat der Universität ein Antrag auf Bereitstellung von zusätzlichen finanziellen Mitteln für Verpackungen und zusätzlichem Personal gestellt. Die Mittel für die Materialien wurden relativ unproblematisch bewilligt und die notwen-



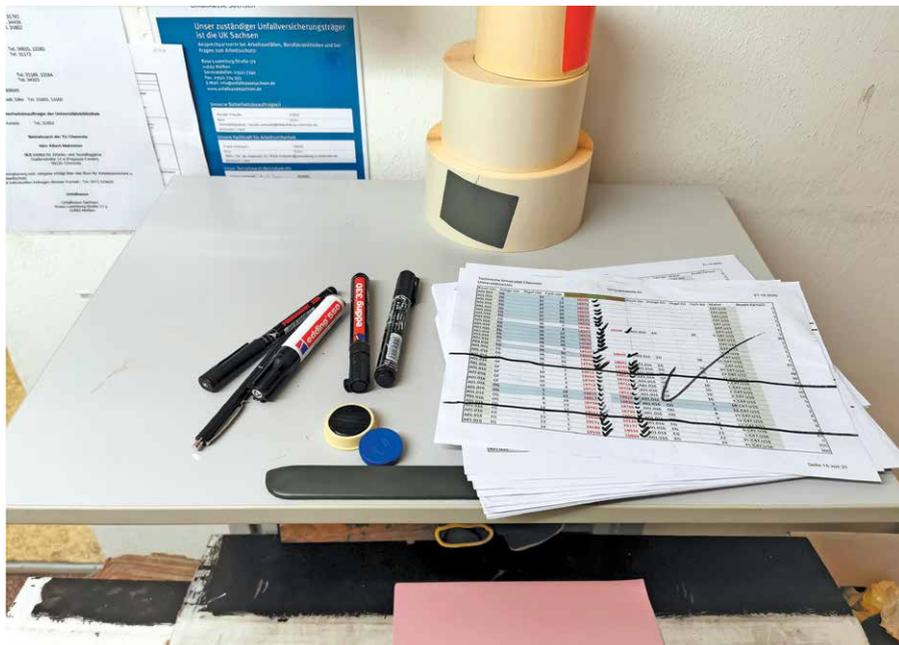
Stephan Luther, Leiter des Universitätsarchivs im Hauptmagazin des Archivs in der „Alten Aktienspinnerei“ (Foto Johanna Luther)

digen Kartonagen beschafft. Zusätzliches Personal konnte allerdings nur in geringem Umfang zur Verfügung gestellt werden. Ab August 2017 wurde eine Mitarbeiterin aus der Universitätsbibliothek mit einer halben Stelle für diese Aufgaben in das Universitätsarchiv umgesetzt. Diese Mitarbeiterin war bereits seit längerer Zeit mit einem geringen Stundensatz im Archiv beschäftigt und musste nicht langwierig in Arbeitsprozesse des Archivs eingearbeitet werden. Trotzdem wurde verstärkt, wie auch in der Vergangenheit, auf Hilfskräfte für Verpackungsarbeiten gesetzt. Ab März 2020 konnte eine weitere Mitarbeiterin der Universitätsbibliothek stundenweise für diese Arbeiten bewilligt werden. Außerdem wurden zwei Praktikanten für jeweils sechs Wochen im Archiv eingestellt. Allerdings mussten durch die Restriktionen im Zuge der Coronapandemie diese Hilfen eingestellt werden und das Archiv ging komplett in den Lockdown. Spätestens damit war klar, dass sich das Archiv von dem Ziel mit einem komplett neuverpackten Bestand umzuziehen, verabschieden musste. Für die verbleibende Zeit galt es nun Prioritäten festzulegen, welche Unterlagen neu verpackt werden sollten. Auf jeden Fall sollte das gesamte Archivgut, welches bisher unverpackt war, in entsprechende Behältnisse gebracht werden.

Parallel zur mechanischen Neuverpackung des Archivgutes wurde die Lagerungssystematik dahingehend überarbeitet bzw. verfeinert, dass die Formate der jeweiligen Kartonagen nun mit erfasst und auch nacherfasst wurden. Dazu wurde eine Liste mit den vorhandenen Verpackungen inkl. der Maße erstellt. So war

eine gewisse Einheitlichkeit bei der Erfassung gewährleistet. Nur mit dieser einheitlichen Erfassung war es möglich, mittels der vorhin erwähnten Pivot-Funktion entsprechende Abfragen zu gestalten, um die Anzahl der jeweiligen Kartonagen zu erfassen und im Blick zu behalten. Mit dieser recht aufwändigen Aktion erhielt das Archiv aber eine genaue Information über die Anzahl der umzuziehenden Verpackungseinheiten und auch deren Formate.

Im Sommer 2018 hatte die ARGE Aktienspinnerei die Magazinplanungen abgeschlossen. Für das Universitätsarchiv war ein Magazinraum mit einer elektrisch fahrbaren doppelstöckigen Anlage vorgesehen. Leider ergaben mangelhafte Absprachen im Planungsprozess nicht in allen Fällen auf die Verpackungsgrößen abgestimmte Fachbreiten und -höhen in der aufgestellten Anlage. Dies verursachte erhöhte Anforderungen an die Planung der Magazinbelegung. Im Herbst 2018 konnte das Universitätsarchiv auf die Unterstützung eines Archivreferendars des Sächsischen Staatsarchivs während seines Praktikums zurückgreifen. Dieser bekam die anspruchsvolle Aufgabe, die künftige Magazinbelegung auf der Grundlage der vorhandenen Daten mit allen einzufügenden Prämissen zu planen. Im Rahmen dieses Praktikums erfolgte noch einmal ein Abgleich der Lagerungssystematik. Für die Planung galt als Vorgabe, dass neben der Beachtung der Formate die bisher an unterschiedlichen Standorten gelagerten Bestände zusammengeführt und in die entsprechende Reihung gebracht werden sollten. Im Ergebnis entstand eine Grobplanung, die später sehr gut für die Feinplanung im Sommer 2020 genutzt



Umzugsliste, mit Erledigtvermerken der Umzugsfirma (Foto Stephan Luther)

werden konnte. Im Zuge dieser Arbeiten wurde in Abstimmung mit der Bibliotheksleitung und der Verwaltung der Universität entschieden, im 500m entfernten Hauptgebäude zwei größere Archivräume für das Zwischenarchiv einzurichten. Diese Magazinräume befinden sich in unmittelbarer Nähe zu den abgehenden Bereichen.

Als ab Frühsommer 2020 der endgültige Umzugstermin feststand, wurde auf der Grundlage der vorhandenen Lagerungssystematik an der Erstellung einer Umzugsliste für das Unternehmen gearbeitet, mit der vom Regal ins Regal umgezogen werden sollte. Zu diesem Zeitpunkt wurden von der Lagerungs-

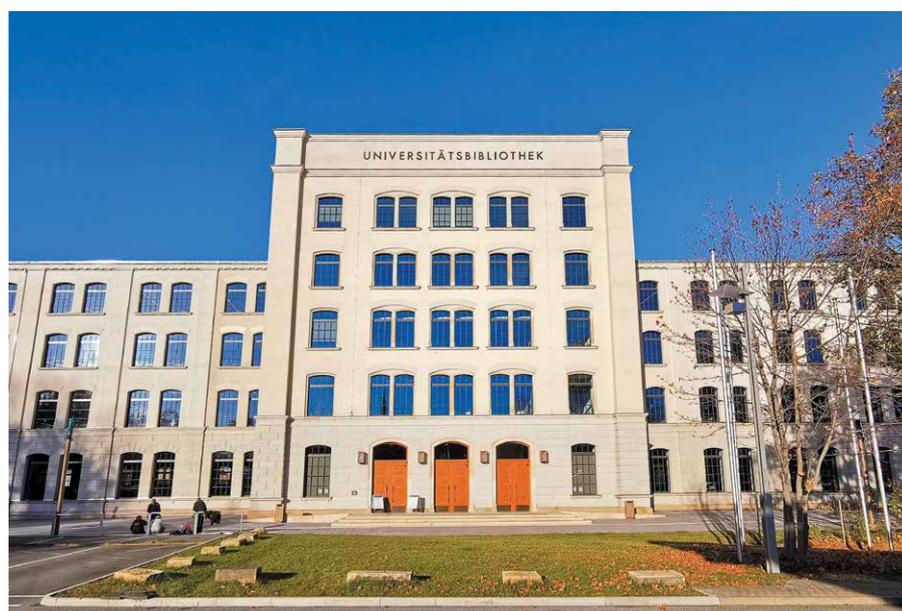
systematik neben den Bestandsnummern und Signaturen, die Raum- und Fachnummern, die laufenden Meter sowie die Art der Verpackung erfasst. Bereits im Vorfeld hatte der Archivarleiter mit einem externen IT-Spezialisten abgeklärt, dass aus dieser Liste mit Hilfe von Funktionen im Programm automatisiert eine neue Liste generiert werden kann, die nun für jeden Datensatz nicht mehr nur das Fach, sondern jeden einzelnen Karton erfasst. Jede dieser Verpackungseinheiten bekam vom Programm eine eindeutige Umzugsnummer zugeteilt. Es wurden knapp 30.000 solcher Umzugsnummern erstellt. Mit der Unterstützung von Hilfskräften wurden sämtliche Kartons mit einem Etikett, welches diese

Umzugsnummer aufwies, versehen. Gleichzeitig wurde in den neuen Magazinen eine Regal- und Fachbodenbeschriftung wie im alten Archiv vorgenommen. Mit der durch die Unpivot-Funktion in Excel erstellten Umzugsliste wurden die Bestände virtuell in die neuen Magazine eingelagert. Gleichzeitig entstand eine Liste mit der Umzugsnummer, dem alten und neuen Standort.

In einer Besprechung mit den Vorarbeitern des Umzugsunternehmens wurde diese Liste unmittelbar vor dem Umzug genau besprochen und während des Umzugs mit kleineren Aktualisierungen auch umgesetzt. Zur Unterstützung und Kontrolle waren am alten und am neuen Standort Mitarbeiter des Universitätsarchivs mit Laptops und der Umzugstabelle sowie der Lagerungssystematik alt und neu im Einsatz. Bis auf ganz wenige Ausnahmen ist das Konzept aufgegangen und die Bestände wurden dort eingelagert, wo sie auch sein sollen. Natürlich müssen nun noch Nachbesserungsarbeiten an der neuen Lagerungssystematik vorgenommen werden, aber sie ist schon jetzt vollumfänglich nutzbar.

Die Einschränkungen der Corona-Pandemie behinderten die Vorbereitungen sowie den Umzug selbst, aber nun auch den Betrieb. Seit 2014 ist das Universitätsarchiv eine Abteilung der Bibliothek, um im Vorgriff auf die gemeinsame Unterbringung Synergieeffekte zu erzeugen. Im neuen Gebäude sollen der Sonderlesebereich gemeinsam benutzt werden und die Archivgutausgabe erfolgt über eine gemeinsame Theke mit der Bibliotheksauskunft. Die Universitätsbibliothek ist als eine 24/7-Einrichtung konzipiert und wird damit bei regulärem Betrieb rund um die Uhr die gesamte Woche geöffnet sein. Das Bibliothekspersonal wird von Montag bis Freitag von 08:00-20:00 Uhr und am Samstag von 10:00-13:00 Uhr die Auskunftstheke besetzen. So lange kann auch das Archiv die Ausgabe und Rückgabe der vorbestellten Akten anbieten. Eine Benutzungsberatung kann jedoch nur zu den normalen Dienstzeiten des Archivpersonals erfolgen.

Insgesamt kann eingeschätzt werden, dass die Nutzer in einem modernen und schön eingerichteten Haus mit gutem Service sitzen werden. Das Universitätsarchiv freut sich schon darauf, endlich die ersten Benutzer begrüßen zu dürfen.



Frontansicht der Universitätsbibliothek in der „Alten Aktienspinnerei“ (Foto Stephan Luther)

Stephan Luther
(Universitätsarchiv Chemnitz)

Ein Archiv geht online – Die Lebenswelten der Grafen von Lehndorff-Steinort als digitale Edition

Zahlreiche vernichtete Gutsarchive stehen beispielhaft für den Verlust historischer Identität und des kulturellen Erbes ganzer Adelslandschaften nach 1945. Heute wissen wir, dass vieles aus den Archiven von Adelsfamilien gesichert werden konnte. Auch das Archiv der ostpreußischen Grafenfamilie von Lehndorff ist, wenn auch geteilt, erstaunlich umfangreich erhalten. Heute befindet sich die Überlieferung an verschiedenen Standorten: im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin-Dahlem (GStA PK), im Staatsarchiv Leipzig sowie im Archiwum Państwowe w Olsztynie (Staatsarchiv Allenstein). „Baupläne der Rittergüter (Groß-)Steinort und Stawken im Kreis Angerburg, Provinz Ostpreußen, Regierungsbezirk Gumbinnen“ (<https://lebenswelten-lehndorff.bbaw.de> wie auch alle weiteren Zitate), die in das Hauptstaatsarchiv Dresden gelangt waren, wurden inzwischen an das Staatsarchiv in Leipzig abgegeben. Weitere Briefe und Dokumente sowie Bücher der gräflichen Bibliothek in Steinort (Sztynort) wurden der Stiftung Deutsches Historisches Museum, Berlin/Standort: Ostpreußisches Landesmuseum übergeben. Ausführlicher, als hier möglich, beschreibt ein Aufsatz im Herold-Jahrbuch

2020 (NF Bd. 25) die spannende Geschichte und Überlieferung des Familienarchivs und dessen Rezeption in der Forschung.

2016 nahm an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) im Zentrum Preußen-Berlin das Forschungsprojekt „Lebenswelten, Erfahrungsräume und politische Horizonte der ostpreußischen Adelsfamilie Lehndorff vom 18. bis in das 20. Jahrhundert“ seine Arbeit auf, das sich der schriftlichen Hinterlassenschaft dieser Familie mit dem Ziel zuwandte, durch eine wissenschaftliche Online-Edition am Beispiel der Grafen von Lehndorff ein quellenfundiertes Bild vom Leben und Handeln des ostpreußischen Adels in der Neuzeit zu vermitteln. Gefördert wurde das Projekt durch die Staatsministerin für Kultur und Medien.

Inzwischen abgeschlossen, steht mit der Online-Edition von mehr als 1.200 Quellen (<https://lebenswelten-lehndorff.bbaw.de>) nicht nur erstmals umfangreiches Material für eine Kulturgeschichte dieser ostpreußischen Adelsfamilie zur Verfügung. Zugleich ist damit das an verschiedenen Standorten befindliche

Archiv virtuell wieder zusammengeführt und durch die wissenschaftliche Erschließung in einen bislang nicht verfügbaren Gesamtzusammenhang gestellt. Einleitende Texte geben Einblicke in das Projekt, den Untersuchungsgegenstand und die Fragestellungen, aber auch in die Überlieferungslage der Quellen und die Editionsprinzipien. Zusätzlich aufgenommen wurden Abbildungen wie Baupläne, Karten, Gemälde, Fotos, die eine Ergänzung der schriftlichen Überlieferung darstellen. Eine Bibliographie der themenspezifischen Literatur sowie der Zugriff auf die Findmittel in Leipzig und Olsztyn und auf ein durch die Bearbeiterin erstelltes, vorläufiges Verzeichnis des Berliner Bestandes wurden auf der Website implementiert. Eine Vielzahl von Recherche- und Auswertungsmöglichkeiten und verschiedene Register ermöglichen ein komfortables Arbeiten mit den Dokumenten und Briefen.

Die im 15. Jahrhundert mit der „Großen Wildnis“ in Masuren belehnten Lehndorffs hatten seit dem Mittelalter an der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung des Landes entscheidenden Anteil. Seit dem 16. Jahrhundert zu den bedeutendsten Gutsbesitzern Ostpreußens gehörend, verfügten sie am Ende des 19. Jahrhunderts über einen Grundbesitz von ca. 9.000 Hektar in den Kreisen Angerburg (Węgorzewo) und Rastenburg (Kętrzyn). Ausbildungen an angesehenen Bildungseinrichtungen und ausgedehnte Bildungsreisen hatten ihnen über Jahrhunderte den Weg zu Karrieren im Militär, in der Diplomatie und Verwaltung geebnet. Zu verschiedenen Zeiten hatten die Lehndorffs Verbindungen zu den Höfen in Kopenhagen, Amsterdam, Warschau, St. Petersburg und Berlin. Ihre verwandtschaftlichen Beziehungen reichten mit Brandenburg, dem Herzogtum Magdeburg und Pommern weit in andere Regionen hinein. Überregionale Kulturbeziehungen verbanden sie mit Polen, dem Baltikum und mit Russland. In Berlin, im liberalen Königsberg, aber auch in Schloss Steinort, dem Sitz der Familie, pflegte man einen intensiven Umgang mit Künstlern, Schriftstellern und Wissenschaftlern, engagierte sich in historischen, Kunst- und vaterländischen Vereinen. Über Jahrhunderte waren die Lehndorffs als Patrimonialherren und als Kirchen- und Schulpatrone eng mit der Entwicklung der Dörfer und Vorwerke verbunden, nahmen Anteil an lokaler Wirtschaft und Kultur und engagierten sich für zahlreiche soziale

The screenshot shows the website interface for 'Lebenswelten Lehndorff'. At the top, there is a navigation bar with links for 'Über diese Edition', 'Dokumente', 'Bilder', and 'Register', along with a search icon. The main heading reads 'Lebenswelten, Erfahrungsräume und politische Horizonte der ostpreußischen Adelsfamilie Lehndorff vom 18. bis in das 20. Jahrhundert'. Below this, it states 'Forschungsvorhaben an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften' and 'Bearbeitet von Gaby Huch'. The page features three main content boxes: 'Dokumente' (Documents), 'Über diese Edition' (About this edition), and 'Suche' (Search). The 'Suche' box includes a search input field and a 'Suchen' button. A 'Zitierhinweis' (Citation information) box is also present at the bottom right of the main content area.

Über die Website des Projektes gelangt man zu den Dokumenten, Bildern, Registern.



Schloss Steinort in Masuren, hier auf einer Aufnahme vom Sommer 2019, war der Stammsitz der Lehndorffs. (Foto Gaby Huch)

Einrichtungen. Über 500 Jahre hinterließen sie so ihre Spuren im ostpreußischen Masuren, in Königsberg, in Berlin und an vielen anderen Orten in- und außerhalb Preußens.

Der Wunsch nach Rechtswahrung, um durch Urkunden als Besitztum Familienbesitz und Erbsprüche zu sichern, war es wohl, der zur Herausbildung von Adelsarchiven führte. Mit dem Beginn der Frühen Neuzeit kam das Streben nach Erinnerung, das Wissen um die Herkunft und die Leistung des Geschlechts als Grundlage adliger Selbstvergewisserung, sozialer Abgrenzung und ständischer Repräsentation hinzu. Zugleich entwickelte sich die Überlieferung inhaltlich über familiäre Belange hinaus. Wo der Adel Herrschaftsrechte wie Gerichtsbarkeit, Polizeigewalt, Steuereinnahmen oder Befugnisse wie das Kirchenpatronat wahrnahm, ging es nicht ohne Schriftlichkeit. Die enge Verbindung zwischen Familie und Gut fand in der im 19. Jahrhundert entstandenen Wortschöpfung „Gutsarchiv“ ihren Niederschlag.

Die im Archiv der Grafen von Lehndorff-Steinort überlieferten Briefe und Aufzeichnungen dokumentieren die Geschichte der Familie über den Zeitraum vom 13. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Jede Generation hat hier ihre Spuren in Urkunden, Briefen, Manuskripten und Büchern hinterlassen. Schon in der Mitte des 18. Jahrhunderts wies diese Sammlung eine geordnete Struktur auf. Private Korrespondenz und Briefe zur Verwaltung der Güter, Testamente und Erbaueinandersetzungen, königliche Edikte und amtliche Schreiben, Statistiken und Inventare, Denkschriften, Instruktionen, Zeitschriftenartikel und Tagebücher bilden heute in vielfältiger Weise das Leben und Wirken der Familie auf dem Gutsbesitz Steinort in Ostpreußen, in Königsberg und Berlin vom

18. bis in das 20. Jahrhundert ab. Sie berühren Besitz und Familienbeziehungen, politische, militärische, ökonomische, soziale Tätigkeiten sowie kulturelle, genealogische und religiöse Themen. Der umfangreiche Briefwechsel kündigt von den reichen verwandtschaftlichen und persönlichen Beziehungen zu bedeutenden und einflussreichen Persönlichkeiten der jeweiligen Zeit.

Die Teilung des Archivs lässt sich bis heute nicht in allen Details erklären. Aufzeichnungen gingen verloren oder wurden später bewusst vernichtet. Schon am Beginn des 20. Jahrhunderts waren die wertvollsten historischen Archivalien des Familienarchivs zur Ostpreußischen Landschaft nach Königsberg verbracht worden. Die Akten der Ostpreußischen Generallandschaft wurden später Depositem des dortigen Staatsarchivs. Ende 1944 teilte das Lehndorff-Archiv das Schicksal der Königsberger Archivalien und gelangte nach Grasleben. Von hier kam es über das Zonenarchivdepot in Goslar in das Deutsche Zentralarchiv Potsdam (DZA, später: Zentrales Staatsarchiv (ZStA) Potsdam) und wurde spätestens im Sommer 1953 unter der Bezeichnung „Rittergutsarchiv Lehndorff Steinort Ostpreußen“ teilweise verzeichnet. Im Dezember 1983 wurden die Archivalien mit anderem „Archivgut von ostwärts Oder/Neiße“ vom ZStA Potsdam in das dem Ministerium des Innern unterstehende Archivdepot Barby gebracht. Nach dessen Auflösung wurde der Bestand 1991 dem GStA PK übergeben, wo er durch eine vorläufige Findkartei verzeichnet und der XX. HA (Historisches Staatsarchiv Königsberg), Rep. 54 Gutsarchive unter der Bezeichnung „Gutsarchiv Lehndorff-Steinort“ zugeordnet wurde, dann aber in Vergessenheit geriet. Erst bei Recherchen für das Projekt im Bundesarchiv in Berlin stellte sich heraus, dass neben der be-

kannten Überlieferung in Leipzig und Olsztyn ein weiterer Teil des Guts- und Familienarchivs Lehndorff überliefert sein muss, der durch die Bearbeiterin gemeinsam mit Archivaren im GStA PK wieder aufgefunden wurde. Mit einem Umfang von 6,5 lfm Akten in 953 Verzeichniseinheiten und weiterem unverzeichneten Material im Umfang eines Archivkartons liegt in Dahlem nicht nur mehr als ein Drittel des ursprünglichen Lehndorff-Archivs, sondern auch der wertvollste Teil, zu dem die den Besitzstand dokumentierenden Urkunden sowie Eheverträge, Mitgiften, Vormundschaften, Testamente, Erbteilungen etc. gehören. Die älteste Pergament-Urkunde über den Besitz von Taberlack datiert bereits in das Jahr 1397. Der überwiegende Teil der Akten ist dem 16. bis 18. Jahrhundert zuzuordnen.

Wann und unter welchen Umständen die Archivalien aus Steinort auf die Burg Kriebstein in Sachsen kamen, ist aktenmäßig nur zum Teil zu belegen. Derzeit ist davon auszugehen, dass die nach Kriebstein und von hier in das Staatsarchiv Leipzig gelangten Archivalien und das Bibliotheksgut das Schicksal des Inventars teilten und im Dezember 1944 nach Kriebstein sowie in die Wechselburg gebracht wurden. Vom 4. bis 8. Dezember 1944 war Alfred Rohde, Direktor der Königsberger Kunstsammlungen und Kenner ostpreußischer Kunstgüter im Familienbesitz, persönlich nach Sachsen gereist, um Kriebstein und die Wechselburg in Augenschein zu nehmen. Zuvor hatte der Leiter des ostpreußischen Provinzialdenkmalamtes im Auftrag von Gauleiter Erich Koch wegen der Unterbringung „unersetzlicher Kunstschätze von hohem Denkmalwert aus der Provinz Ostpreußen“ beim Reichsstatthalter vorgefühlt. Der Lehndorff-Besitz und das Vermögen aller am 20. Juli 1944 Beteiligten war unmittelbar nach dem 20. Juli 1944 durch das Reichsjustizministerium eingezogen worden. Alle künstlerisch wertvollen oder museal geeigneten Einzelobjekte sowie Literatur- und Schriftgut standen seitdem unter „Führervorbehalt“. Nachdem im Oktober 1944 die Verwaltung des eingezogenen Besitzes vereinfachend der Staatspolizei bzw. den Regierungspräsidenten übertragen worden war, ist eine Mitwirkung des Gauleiters Koch ebenso wie eine Beteiligung des Außenministers Joachim Ribbentrop, der im Juni 1941 den linken Flügel des Lehndorff-Schlusses in Steinort als Feldquartier beschlagnahmt hatte, an der Verbringung nach Kriebstein vorstellbar. Auch eine Beteiligung von Carl von Lorck, ab 1927 und noch 1945 als Jurist am Oberlandesgericht in Königsberg tätig, zugleich Kunsthistoriker und bester Kenner der Schlösser Ostpreußens, ist nicht auszuschließen. Nach seiner Eheschließung mit Anni Freiin von Schrötter, der Enkelin Anna

von Lehndorffs, hatten beide ihren Wohnsitz auf dem Seehof-Steinort. Lorck saß damit gewissermaßen an der Quelle.

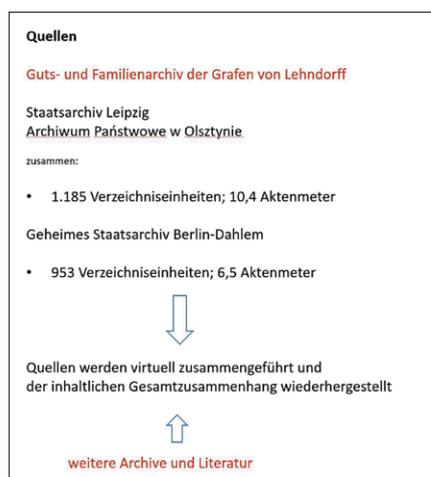
Am 24. Dezember 1944 trafen Eisenbahnwaggons mit Kulturgut in Sachsen ein, in denen sich auch Inventar der Familie Lehndorff aus Schloss Steinort befand. Zwischen Ende März und 8. Mai 1945 sollen die Lehndorff-Kisten in Kriebstein in den dortigen Wohnturm gebracht worden sein. Die Wechselburg im Landkreis Rochlitz wurde im Januar 1945 belegt. Auch hier befand sich nach Kriegsende Lehndorff-Besitz, darunter zwei eiserne Truhen mit Archivalien.

Nachdem die Sächsische Landesverwaltung der UdSSR zur Erfüllung von Reparationsverpflichtungen im Frühjahr 1946 Kunstgegenstände aus enteigneten Schlössern angeboten hatte, wurden am 17. und 18. Mai 1946 mehr als 1.700 Kunstgegenstände „aus dem Besitz Lehndorff-Lorck“ im Auftrag der Landesverwaltung Sachsen inventarisiert und geschätzt. Die Archivalien wurden nicht in die Taxierung einbezogen und in einem (unbekannten) Gutshof im Kreis Döbeln eingelagert und Anfang 1966 vom Kreismuseum Döbeln an das Staatsarchiv Leipzig übergeben. Aufgrund der umfangreichen genealogischen Sammlung wurde der Bestand der neu gegründeten Zentralstelle für Genealogie überwiesen.

Die Truhen aus der Wechselburger Kirche wurden erst am 16. November 1948 geöffnet. Dabei stellte man fest, „dass das aus Steinort, Kr. Angerburg/Ostprenußen stammende Gut aus dem Besitz des Grafen Lehndorff stammt, der am 20. Juli 1944 beteiligt war und deshalb samt der gesamten Familie ausgerottet wurde.“ Mit Ausnahme von „Pergamentbänden mit handgeschriebenen Aufzeichnungen persönlicher Art in französischer Sprache“ und der „Urkunde mit der reichsgräflichen Ernennung und dem Wappenbrief und dem doppelseitigen kaiserlichen Metallsiegel“ wurde der Inhalt als wertlos eingeschätzt. Die Akten sollten dem Stadtarchiv zur Weiterleitung an das Landesarchiv übergeben, wertlose Briefe vernichtet werden. Inwieweit das erfolgte, ist unbekannt. Am 18. Dezember 1975 nahm der damalige Leiter der Zentralstelle für Genealogie von dem stellvertretenden Leiter der Staatlichen Archivverwaltung im Ministerium für Inneres der DDR fünf „Schachteln“ des Familienarchivs in Empfang – möglicherweise das Schriftgut aus den eisernen Truhen? Wo sich das Material in der Zwischenzeit befand, ist bisher nicht bekannt. 1963 war in die Richtlinien für die Bestandsabgrenzung zwischen den Staatsarchiven der DDR der Passus aufgenommen worden: „Die Bestände, die zerrissen sind und

zur Zeit in verschiedenen Archiven aufbewahrt werden, sind zu vereinen.“ Warum diese Richtlinie nicht angewendet wurde, ist nicht zu beantworten. Im Staatsarchiv Leipzig wurde aus den Akten der Bestand 21950 Familienarchiv Lehndorff gebildet. Die Erschließungsarbeiten an den chronologisch und sachlich ungeordneten Archivalien wurden 2001 abgeschlossen. 2003 wurden die Akten schutzverfilmt, da der Erhaltungszustand aufgrund der langjährigen unsachgemäßen Aufbewahrung bereits schlecht war. Im Kontext der 2004 begonnenen Erstellung eines neuen Findbuches wurde der Bestand nochmals überarbeitet und neu klassifiziert. Heute umfasst der Bestand in Leipzig 6 lfm in 528 Archivalieneinheiten. Den Schwerpunkt bilden Akten aus dem 18. und aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Das in den Kriegsjahren unversehrt gebliebene Schloss Steinort wurde 1945 durch die Rote Armee besetzt. Bereits 1945 hatte die Litauische Akademie der Wissenschaften eine Expedition in Königsberg und in den umliegenden Gutsgehäusern und Schlössern gezielt nach litauischen Drucken suchen lassen. In einem Rundschreiben vom 24. Februar 1946 hatte auch das polnische Ministerium für Landwirtschaft und Bodenreform angeordnet, dass Gutsarchive an die Archivabteilung auszuliefern resp. am Ort sicherzustellen seien. 1947 wurde Ostpreußen im Auftrag der Warschauer Archivverwaltung bereit, um alle hinterlassenen Archivalien und Registraturen in Kirchen und Herrenhäusern sicherzustellen. Der in Steinort verbliebene Archiv-Rest wurde 1948 in das Staatsarchiv Olsztyn gebracht und dort als Bestand „Archiv des Grafen-Geschlechts Lehndorff zu Steinort/Kreis Węgorzewo“ (Akt Podworskich Rodu Hr. Lehndorff 382/I) verzeichnet. Er umfasst 4,5 lfm in 657 Archivalieneinheiten. Seit Mai 2016 stehen die Akten fast vollständig als Digitalisate zur Verfügung. Der Schwerpunkt des Aktenbestandes in Olsztyn liegt deutlich im späten 18. und im 19. Jahrhundert.

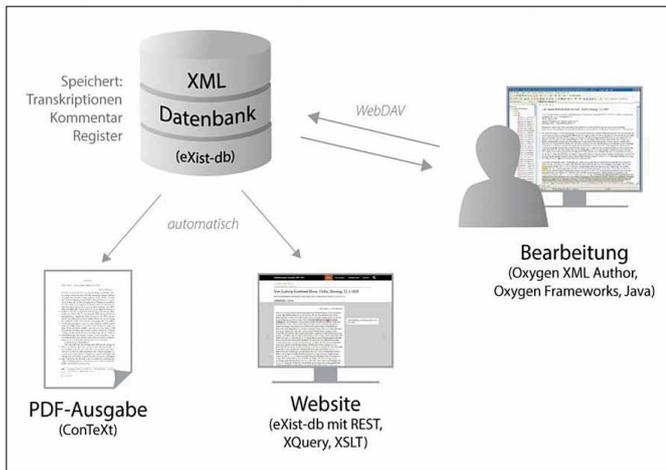


Die Quellen des Projektes

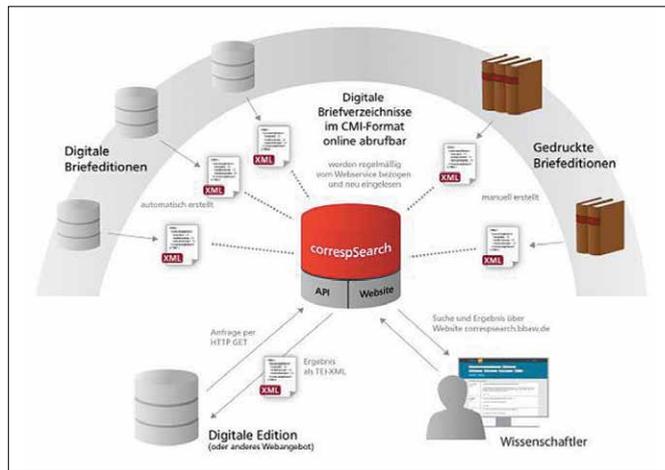
Einen solchen Quellenbestand wieder zusammenzuführen – wenn auch für einen definierten Zeitraum und unter einem abgegrenzten Thema – war eine Herausforderung, die als Printedition nicht zu realisieren gewesen wäre. Dafür entwickelte die Digital Humanities-Abteilung TELOTA („The Electronic Life Of The Academy“) der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften unter Mitarbeit von Frederike Neuber, Stefan Dumont und Philipp Linß Forschungssoftware, mit der das Projekt digital erarbeitet und präsentiert werden konnte. Auf diese Weise wurde die Edition für Wissenschaftler und Interessierte auf der ganzen Welt elektronisch nutzbar gemacht und die Fachkommunikation unterstützt.

Von der Erfassung der Daten bis zur Online-Publikation wurde das Projekt in der durch TELOTA entwickelten digitalen Arbeitsumgebung ediarum (<https://www.ediarum.org>) erstellt. Die digitale Modellierung basiert auf den Koordinierungsrichtlinien der Text Encoding Initiative (TEI) und dem Basisformat des Deutschen Textarchivs (DTA-Bf), einem schematisierten Subset der TEI, das ebenfalls an der BBAW entwickelt wird. Zentrale Softwarekomponenten sind die XML-Datenbank eXistdb, in der die Dokumente gespeichert sind, und der Oxygen XML Author, in dem die Quellen ediert werden. Die Bearbeitung erfolgt dabei nicht in einer XML-Codeansicht, sondern in einer benutzerfreundlichen Autoransicht, die u. a. eine Werkzeugleiste integriert, über die man per Knopfdruck Auszeichnungen vornehmen kann. So können z. B. Hervorhebungen in Manuskripten markiert oder Sachanmerkungen eingegeben werden. Auch Personen- oder Ortsnamen können mit der entsprechenden TEI-Auszeichnung versehen und gleichzeitig über eine komfortable Auswahlliste mit dem jeweiligen Eintrag im zentralen Personen- bzw. Ortsregister verknüpft werden. Der gesamte Text kann dadurch einfach und schnell mit TEI-konformen XML ausgezeichnet werden.

Neben der eigentlichen Arbeitsumgebung in Oxygen XML Author, wurde auf Basis der XML-Daten eine Website mit den Programmiersprachen XQuery und XSLT erstellt, die intern als „Vorschau“ der edierten Dokumente diente. Die öffentliche Website wurde bereits früh als Beta-Version freigeschaltet. Die Software Digilib (MPI für Wissenschaftsgeschichte) wurde zur Anzeige von Faksimiles verwendet. Damit wurde für die digitale Edition auf Lösungen zurückgegriffen, die bereits für andere an der BBAW herausgegebene Editionen (schliermacher-digital.de, edition-humboldt.de, actaborussica.bbaw.de etc.) erarbeitet wurden.



Wie funktioniert ediarum? <https://www.bbaw.de/bbaw-digital/telota/forschungsprojekte-und-software/ediarum>



Wie funktioniert correspSearch? <https://www.bbaw.de/bbaw-digital/telota/forschungsprojekte-und-software/correspsearch>

Durch die Erfassung der Metadaten und Texte nach den Richtlinien der TEI und des DTA-BF sowie die Anbindung der Edition an den Webservice correspSearch (<https://correspsearch.net>) sind verschiedene Möglichkeiten für die Vernetzung mit anderen Editionen gegeben. correspSearch ist ein ebenfalls an der BBAW durch TELOTA entwickelter Webservice, mit dem Verzeichnisse digitaler und gedruckter Briefeditionen nach Absender, Empfänger, Schreibort und Datum projektübergreifend durchsucht werden können. Der Webservice aggregiert Daten im Correspondence Metadata Interchange-Format (CMIF), das auf der TEI-Erweiterung correspDesc der TEI-Arbeitsgruppe zur Kodierung von Korrespondenzen

basiert. Die Personen- und Ortssuche basiert dabei auf Identifikatoren aus Normdateien wie der Gemeinsamen Normdatei der Deutschen Nationalbibliothek oder der geographischen Datenbank GeoNames, mit deren Hilfe Personen und Orte eindeutig und projektübergreifend identifiziert werden können.

Die digitale Edition stellt nicht nur eine Schnittstelle zur Aufnahme der Daten in correspSearch bereit, sondern auch eine BEACON-Schnittstelle (bestehend aus GND-Nummern der Personen im Register), die beispielsweise von der Deutschen Biographie genutzt wird. Grundsätzlich umfasst die Publikation der digitalen Edition also nicht nur die Bereitstellung der

Webseite, sondern auch die Verfügbarmachung der dahinterliegenden Daten. Neben den bereits erwähnten Schnittstellen sind die vollständigen XML-Datensätze der Dokumente und Register einerseits über ein GitHub-Repository verfügbar und andererseits im digitalen Repository zenodo (<https://doi.org/10.5281/zenodo.3842854>) integriert, wo sie über eine DOI zitierbar sind. Durch Bereitstellung unter Creative Commons-Lizenz (CC BY 4.0) ist die Edition ein aktiver Beitrag zur „Open Science“-Bewegung in der Wissenschaft.

Gaby Huch/Frederike Neuber
(Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften)

Die Arbeitsumgebung ediarum. Durch die Verknüpfungen ergeben sich direkte Verzweigungen in die Anmerkungen und Register.

Die Überlieferung der Staatlichen Fachstelle für Büchereiwesen Bautzen im Staatsfilialarchiv Bautzen

Zu Beginn der 1920er Jahre gab es in Bautzen fünf Büchereien, die, mehr oder weniger, öffentlich zugänglich waren. Dazu zählten die von Dr. Gregorius Mättig 1650 gestiftete (historische) Rats- oder Stadtbibliothek im Gewandhaus, die ebenfalls historische, 1681 gestiftete Bibliothek im Gersdorffschen Palais, die Volksbücherei mit Lesehalle des Vereins Volkswohl am Kornmarkt, die Vereinigte Teichnitzer und Bautzener Volksbibliothek im Vereinshaus des Vereins Christlicher Junger Männer (CVJM) sowie die Bibliothek der 1847 gegründeten sorbischen Wissenschaftsvereinigung Mačica Serbska im Wendischen Haus. Weitere Bibliotheken, die jedoch nur einem sehr eingeschränkten Nutzerkreis zur Verfügung standen, waren in den Schulen, den Kirchen beider Konfessionen, bei Vereinen, Behörden und Firmen zu finden. Außerdem hatten in der Stadt mehrere private Leihbüchereien ihren Sitz.

Am 1. November 1922 übernahm Studienrat Kurt Marx die nebenamtliche Betreuung der Stadtbibliothek. 1923 löste sich der Verein Volkswohl auf. Die von ihm betreute Volksbücherei mit Lesehalle ging in städtische Trägerschaft über. Marx übernahm deren Leitung und forcierte ihre Erneuerung und Umgestaltung. Im selben Jahr wurde er auch mit der Betreuung der Gersdorffschen Stiftsbibliothek betraut. 1925 bezogen alle drei Bibliotheken neue Räumlichkeiten in der ehemaligen Domschule an der Petrikirche. Am 17. Februar 1925 fand die feierliche Eröffnung der „Städtischen Büchereien“ statt. Die historischen Bestände der Ratsbibliothek und der Gersdorffschen Bibliothek bildeten seitdem historisch abgeschlossene Bestände. Marx löste alle neueren Werke aus beiden heraus und ordnete sie der Volksbücherei zu. Als Anhänger der Volksbüchereibewegung ließ er zudem den überwiegenden Teil der finanziellen Mittel für Neuerwerbungen in die Erweiterung dieses Bestandes fließen. Die Bewegung hatte sich im 19. Jahrhundert entwickelt. Ihr Anliegen war die Schaffung eines dichten Netzes von Volksbüchereien, um damit die Volksbildung zu heben; Bücher- und Lesehallen entstanden. Nach Ende des Ersten Weltkrieges lebte die Volksbüchereibewegung neu auf. Ihr großes Vorbild war das amerikanische Bibliothekswesen. Auch Marx nahm Mitte der 1920er Jahre immer wieder darauf Bezug. Für ihn war die Bücherei die alleinige Einrichtung, bildungswillige Menschen an ein

gutes Buch heranzuführen. Dies vermittelte er auch dem Kreisausschuss, dessen Mitglieder er am 18. März 1927 durch die Stadtbücherei führte. In seiner Rede stellte er die Aufgaben der modernen Bücherei vor. Er referierte über die Anforderungen an das Personal und dessen Verantwortung beim Bestandsaufbau und im Ausleihbetrieb. Dazu ging er auch auf die Charakteristik eines im Sinne der Volksbildung wertvollen Buches ein. Die Führung war ein kleiner Abschnitt des langen Verhandlungsweges zwischen dem sächsischen Innenministerium, der Landesstelle für freies Volksbildungswesen und dem Stadtrat Bautzen über die Errichtung einer Kreisfachstelle für Büchereiwesen in der Oberlausitz. Dieser begann 1925 und endete mit der Einrichtung der Fachstelle für Büchereiwesen in Bautzen zum 1. Oktober 1928. Eine Bedingung der Landesbehörde war, die bis dahin nebenamtliche Anstellung des Büchereidirektors in eine hauptamtliche umzuwandeln. Finanzielle Beihilfe wurde in Aussicht gestellt. Marx verließ darum zum 30. September 1928 den Schuldienst und übernahm die Leitung der neuen Einrichtung; gleichzeitig blieb er Direktor der Städtischen Büchereien.

Die Fachstelle war für die Errichtung, Unterhaltung und den Betrieb von Büchereien in den Schulorten der Kreishauptmannschaft Bautzen zuständig. Zu ihren Aufgaben gehörten auch die Beschaffung und Verwaltung der Geldmittel zum Betrieb der Büchereien sowie die bibliotheksfachliche Betreuung der überwiegend nebenamtlich tätigen Büchereimitarbeiter. Sie trug vom 1. April 1929 bis Ende April 1934 den Namen Amtliche Sächsische Kreisberatungsstelle für das volkstümliche Büchereiwesen, Bautzen und war zunächst der Zentralstelle für volkstümliches Büchereiwesen in Leipzig unterstellt. Mit der Verordnung des sächsischen Ministeriums für Volksbildung vom 18. März 1934 über die Neuordnung des Volksbüchereiwesens wurde die Sächsische Landesfachstelle für Volksbüchereiwesen in Dresden errichtet. Sie unterstand dem Ministerium für Volksbildung, Landesstelle für nationalsozialistische Erwachsenenbildung. Der Landesfachstelle waren die staatlichen Kreisfachstellen für Volksbüchereiwesen in Dresden, Leipzig, Bautzen und Schwarzenberg untergeordnet.

Sie standen in ständiger Verbindung mit den Volksbüchereien ihres Bezirkes und deren Trägern. Innerhalb ihres Arbeitsbereiches üb-

ten sie die der Landesfachstelle zustehenden Befugnisse nach deren Weisungen aus. Sie sorgten durch fachliche Beratung und Überwachung für den richtigen Bestandsaufbau, zweckmäßige Betriebsformen und gute Arbeitsweise. Die Kreisfachstellen waren der Landesfachstelle unmittelbar unterstellt und dieser für ihre gesamte Arbeit verantwortlich.

Territorial blieb die Staatliche Kreisfachstelle für Volksbüchereiwesen Bautzen auch nach der Auflösung der Kreishauptmannschaft Bautzen 1932 für die vier Amtshauptmannschaften Bautzen, Kamenz, Löbau und Zittau zuständig.

Ab November 1937 wurde das Volksbüchereiwesen reichseinheitlich dem Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung unterstellt. Dieses gab am 26. Oktober des Jahres eine Richtlinie für das Volksbüchereiwesen heraus. Mit Verordnung vom 28. Juni 1939 wurden in Sachsen für die Kreisfachstellen neue Dienststellenbezeichnungen eingeführt. Demnach sollte die Behörde ab 30. Juni Staatliche Fachstelle für Büchereiwesen des Regierungsbezirkes Bautzen heißen. Da es zu dieser Zeit jedoch gar keinen Regierungsbezirk Bautzen gab, erfolgte kurze Zeit später die Änderung in Staatliche Fachstelle für Büchereiwesen des Regierungsbezirkes Dresden-Bautzen (für die Kreise Bautzen, Kamenz, Löbau, Zittau) Sitz Bautzen. Das war eindeutig so lang für Stempel und Siegel, so setzte sich die Kurzform Staatliche Fachstelle für Büchereiwesen Bautzen durch. Weitere Fachstellen gab es in Auerbach, Chemnitz, Dresden und Leipzig.

In den grenznahen Gebieten wurden die Fachstellen für Volksbüchereiwesen durch den Grenzbüchereidienst e.V., Sitz in Berlin mit Geld- und Sachmitteln, zumeist Bücherspenden, unterstützt. Die Bautzener Kreisfachstelle unterhielt rege Korrespondenz mit dem Verein, welcher deren Tätigkeit umfangreich förderte. Weiter arbeitete sie mit der Wendenabteilung der Kreis- bzw. Amtshauptmannschaft Bautzen, den Amtshauptmannschaften Bautzen, Kamenz, Löbau und Zittau, der NSDAP und dem Bund Deutscher Osten eng zusammen.

Ihren Sitz hatte sie in Bautzen An der Petrikirche 7. Ein Kanzleizimmer stand der Fachstelle dort zur alleinigen Verfügung. Das Di-

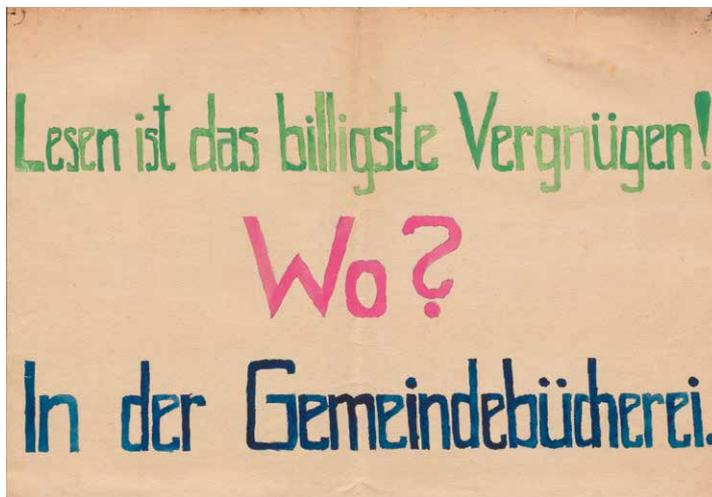
rektionszimmer und der Lagerraum wurden gemeinsam mit den Städtischen Büchereien genutzt. Der geplante Umzug in „erweiterte Räume“ wurde kriegsbedingt verschoben.

Die Personalausstattung der Einrichtung blieb Zeit ihrer Existenz eher schlecht. In einer Beschwerde an die Landesfachstelle in Dresden schrieb Marx im Juni 1937: „Ich bin je zur Hälfte mit der Leitung der Städtischen Büchereien Bautzen und mit der Leitung der Staatlichen Kreisfachstelle für Büchereiwesen Bautzen beauftragt. Daneben leite ich noch das Stadtarchiv Bautzen (seit 1. Mai 1929) und das Staatliche Zweigarchiv der sächsischen Oberlausitz in Bautzen (seit 1932). Diese Berufsarbeit spielt sich in 3 verschiedenen Gebäuden ab.“ Im Brief berichtete er über alle Aufgaben die aus Zeitgründen „nur unzulänglich und flüchtig“, häufig auch „unpünktlich“ erledigt werden konnten. Schließlich beendete er seinen Brief mit der ausdrücklichen Bitte, eine weitere bibliothekarische Kraft und eine technische Hilfskraft einzustellen. Bis zu seiner Einberufung zur Wehrmacht am 25. August 1939 wurde ihm dies jedoch nicht gewährt. Bis dahin waren der Fachstelle wenigstens Bibliotheksschüler als Praktikanten zeitlich befristet zugeteilt. Während seines Militärdienstes blieb Marx Leiter aller vier ihm anvertrauten Anstalten. Aus dem Felde stand er mit seinen Vertreterinnen in

Bautzen in Kontakt. Die Büroarbeiten der Fachstelle erledigte die Kanzlistin Katharina Kunath, die Fachaufgaben die Bibliothekarin Ilse Triest. Da diese jedoch auch den Bestand der Stadtbücherei zu betreuen hatte, übernahm Katharina Kunath zunehmend auch bibliothekarische Facharbeiten. Für die Erledigung technischer Arbeiten waren Hilfskräfte angestellt. Zum 1. April 1944 wurden der Bibliothekarin Hiltrud Henker die stellvertretende Leitung der Fachstelle und alle damit verbundenen Aufgaben übertragen. Die Verwaltungsarbeiten blieben Aufgabe von Katharina Kunath. Nach fünfzehn Jahren Dienstzeit unter Marx und fünf Jahren „Alleinverwaltung“ konnte sie sich mit der neuen Situation und Leiterin nicht abfinden. Schnell kam es zu Verwerfungen und schließlich beendete Fräulein Kunath aus gesundheitlichen Gründen „auf besonderes Gesuch“ zum 4. September 1944 ihre Tätigkeit in der Fachstelle. Ihre Stelle wurde durch Abordnung der Bibliothekarin Ruth Schaldach von der Landesfachstelle nachbesetzt. Nach

ihrer Eheschließung kehrte Ruth Föllmer geb. Schaldach nach Dresden zurück. Im Oktober 1944 übernahm ihre Stelle Käthe Seibicke geb. Conrad. Sie stammte aus Ostpreußen und wurde im November 1944 beurlaubt, um ihre Sachen von dort bergen zu können. Vertretungsweise trat Ende November 1944 die Bibliothekarin Eva Köhler ihren Dienst in Bautzen an. Im März 1945 wurde die Evakuierung der Kreisfachstelle in das Schloss Großharthau geplant, jedoch bis Kriegsende nicht umgesetzt. Am 28. Juli 1945 berichtete Käthe Seibicke der Landesfachstelle über den Zustand der Kreisfachstelle. Demnach mussten die Angestellten am 18./19. April 1945 aus Bautzen fliehen. Bei den Kämpfen um die zur Festung erklärten Stadt erlitt das Büchereigebäude einige Schäden. Größere Verluste am Buchbestand waren jedoch nicht entstanden. Hiltrud Henker floh

Ohne all dieses Wissen, standen Grit Richter-Laugwitz für das Stadtarchiv und Anja Moschke für das Staatsfilialarchiv 2007 auf dem Dachboden der Stadtbibliothek Bautzen und betrachteten die dort abgestellten Kisten. Darin lagerte das Schriftgut der Bibliothek, welches an das städtische Archiv abgegeben werden sollte. Nach der ersten Sichtung und Bewertung wurden 1,3 lfm der Akten als archivwürdig in das Stadtarchiv übernommen. Der Rest, reichlich 6 lfm, war augenscheinlich anderer Provenienz. Vom 26. Mai bis 27. Juni 2012 erfolgte die Durchsicht dieses Schriftguts mit dem Ziel, Provenienzen zu ermitteln, Anbieterslisten zu erstellen und Bewertungsvorschläge einzubringen. Dabei wurden drei Provenienzen aus dem Zeitraum Mitte der 1920er Jahre bis Mitte der 1950er Jahre ermittelt: a) Staatliche Fachstelle für Büchereiwesen Bautzen, b)



Werbeplakat, entworfen vom Schüler Petrick für die Gemeindebücherei Königswartha, undatiert (Staatsfilialarchiv Bautzen (SächsStA-B), 50614 Staatliche Fachstelle für Büchereiwesen, Nr. 31)

zu ihren Eltern nach Leipzig. Sie hatte bereits im Februar 1945 die wichtigsten Verwaltungsakten, Durchschriften unbezahlter Rechnungen, Planungen für Büchereibearbeitung und Buchauslieferungen 1944/45 sowie ein Dienstsiegel dorthin ausgelagert. Käthe Seibicke trat am 23. Mai 1945 ihren Dienst in Bautzen wieder an. Gemeinsam mit Eva Köhler begann sie, die Arbeit der Fachstelle fortzusetzen. Nach der Entlassung von Kurt Marx hatte zum 1. November 1945 Dr. Jakob Jatzwauk dessen Amtsgeschäfte übernommen. Hiltrud Henker kehrte nicht nach Bautzen zurück. Sie schied auf eigenen Wunsch aus dem Bibliotheksdienst aus. Nachdem auch Käthe Seibicke entlassen worden war, verblieb Eva Köhler als alleinige Angestellte der Kreisfachstelle in Bautzen. Zum 1. April 1946 übernahm die Kreisbibliothek Bautzen alle Aufgaben der Kreisfachstelle. Sie unterstand dem Kreisrat, später dem Rat des Kreises Bautzen. 1955 wurde sie mit der Stadtbibliothek Bautzen zur Stadt- und Kreisbibliothek Bautzen zusammengelegt.

Stadt Bautzen (Stadtbibliothek und Stadtarchiv) und c) Rat des Kreises Bautzen. Zudem fand sich auch eine Materialsammlung, die Kurt Marx zugeordnet wurde. Das Schriftgut lagerte in ungeeigneten Kartons unterschiedlicher Größe und war zum Teil sehr stark verschmutzt. Eine Ordnung war nicht zu erkennen. Einzelne Akten lagen in gehetzter Form vor. Ein Großteil des Schriftgutes befand sich noch in Stehordnern oder war herausgehftet und, unter Zerstörung der inneren Aktenordnung, in die Kartons verpackt worden. Ein Aktenplan oder ähnliches Ordnungsschema konnte nicht gefunden werden. Jedoch gab es einzelne nummerierte Akten. Diese waren wohl für ein Forschungsprojekt von Felicitas Marwinski (geb. 1937, gest. 2019, Bibliothekarin in Weimar mit dem Forschungsschwerpunkt Geschichte des Bibliothekswesens) Ende der 1970er Jahre verpackt und zur Einsichtnahme nach Weimar geschickt worden. Diese Nummerierung weist einige Lücken auf, deren Ursache nicht ermittelt werden konnte. Bei der ersten Sichtung (auf dem Dachboden) erhielt jede Kiste eine Nummer, loses Schriftgut wurde in Kisten verpackt, die ebenfalls nummeriert wurden. Danach erfolgte die grobe Erfassung in einer vorläufigen Excel-Liste. Diese Liste und der Arbeitsbericht mit kurzer Behörden-geschichte bildeten die Grundlage bei der Entscheidung über die zuständige Abteilung des Sächsischen Staatsarchivs. Da es sich bei der Fachstelle um eine staatliche Behörde mit Zuständigkeit für das Territorium der sächsischen Oberlausitz handelte, wurde im August 2012 entschieden, den Bestand im Staatsfilialarchiv Bautzen zu archivieren. Also erfolgte im Juni

2015 die Umlagerung der Unterlagen vom Dachboden in das Magazin des Archivs. Die bereits ermittelten Fremdprovenienzen wurden den zuständigen Archiven (Stadtarchiv Bautzen und Kreisarchiv Bautzen) übergeben. In der Datenbank AUGIAS wurde ein neuer Bestand angelegt. Die Zuordnung zur Tektonikgruppe 02.04 Behörden und Einrichtungen des Deutschen Reiches erfolgte wegen der zuletzt geltenden reichseinheitlichen Unterstellung der Fachstellen unter das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung.

Im Schriftgut der Provenienz Staatliche Fachstelle für Büchereiwesen fand sich Schriftwechsel mit den übergeordneten Stellen, mit Kooperationspartnern sowie mit den unterstellten Gemeindebüchereien und deren Trägern. Die wenigsten Akten hatten einen Akzentitel. Die Korrespondenz mit den Gemeindebüchereien war nach Orten alphabetisch abgelegt. Auf Grund der Gleichförmigkeit der Akten lag zunächst nahe, nur einzelne Akten zu übernehmen. Ein Bewertungsmodell sollte erarbeitet werden. Daher startete die Bestandsbearbeitung im Sommer 2019 mit der Vorsortierung der Ortsakten. Die meisten dieser Akten beginnen 1927/28 mit einem Bericht über die Besichtigung der Büchereien, gefolgt von Korrespondenz zum Aufbau des Buchbestandes. Seit Januar 1933 erfolgte dann der systematische Bestandsumbau mit nationalsozialistischen Werken. Außerdem belegen diese Akten die räumliche und personelle Ausstattung der Büchereien sowie die Säuberung der Buchbestände nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Für die Büchereien in den sorbischen Gemeinden kann die angestrebte Verdrängung der sorbischen Sprache und Kultur belegt werden.

Weiter enthalten die Ortsakten Informationen zum Bau und zur Einrichtung von Büchereien und Büchereizimmern sowie zur Öffentlichkeitsarbeit. Sie sind zum Teil mit Skizzen, Plänen, Plakaten, Druckschriften und Fotografien illustriert. Zudem sind Personalsachen der meist nebenamtlich tätigen Büchereileiter enthalten. Überwiegend enden die Ortsakten 1946 mit Angaben zum Zustand der Bücherei und zur neuen Büchereileitung. Hinweise über den Umgang mit den 1945 enteigneten Schlossbibliotheken finden sich in den Akten zu Cunewalde, Niedergurig und Sohland a. d. Spree. Neben den Büchereien der Gemeinden und Landstädtchen ist auch der Aufbau von städtischen Volksbüchereien in Kamenz, Löbau und Zittau dokumentiert. In diesen bedeutenden Oberlausitzer Städten existierten, wie in Bautzen, ansehnliche wissenschaftliche Ratsbibliotheken. Am Ende der Sortierarbeiten fiel die Bewertungsentscheidung, alle Ortsakten



Volksbücherei Kamenz im Lessinghaus, 1931, Fotograf unbekannt (SächsStA-B, 50614 Staatliche Fachstelle für Büchereiwesen, Nr. 87)

als archivwürdig zu übernehmen. Ein Grund für die komplette Übernahme ist die Singularität des Bestandes innerhalb des Sächsischen Staatsarchivs. Insgesamt sind für 192 Gemeinde- und Stadtbüchereien Akten überliefert. Sie belegen die Individualität jeder einzelnen Bücherei und sind eine gute Quelle für die Geschichte des lokalen Bildungswesens.

Im Sommer 2020 konnte die Bestandsbearbeitung fortgesetzt werden. Alle archivwürdigen Sachakten wurden während der Verzeichnung fein bewertet und die reichlich vorhandene Mehrfachüberlieferung dabei kassiert. Zum Kassationsgut gehören auch die jahrgangsweise überlieferten Rechnungsbelege, Liefer Scheine und Frachtbriefe, welche insgesamt 1 lfm umfassten.

Bei der Erschließung mussten in vielen Fällen die innere Ordnung der Akten wieder hergestellt und neue Titel gebildet werden. Viele Einzelsachakten erstrecken sich teilweise über einen sehr langen Zeitraum oder enthalten Schriftverkehr zu mehreren, oft weit voneinander abweichenden Sachverhalten. Daher wurde eine tiefe, benutzerfreundliche Erschließung vorgenommen. Für die meisten Akten gibt es Enthält-Vermerke mit Informationen zum Akteninhalt. Für die Ordnung des Bestandes wurde eine Klassifikation erstellt. Neben der Erschließung erfolgte die technische Bearbeitung des Archivgutes. Nach Abschluss aller Arbeiten umfasst der Bestand 50614 Staatliche Fachstelle für Büchereiwesen 4,1 lfm Archivgut zur Geschichte des Oberlausitzer und des sächsischen Bibliothekswesens (online www.archiv.sachsen.de).

Während des Bombardements auf Dresden am 13. Februar 1945 brannte die Landesfach-

stelle, die ihren Sitz in der Theaterstraße 11 in Dresden hatte, komplett aus. Vier Tage später schrieb die kommissarische Leiterin Käthe Brückler eine Postkarte mit einem kurzen Lebenszeichen. Sie ging am 20. in Bautzen ein. In einem weiteren Schreiben vom 23. teilte sie dann mit: „Die Dienststelle ist völlig ausgebrannt, so vollkommen, dass wir nichts aufzuräumen haben. Bücher, Akten, Möbel – alles ist zu Asche verbrannt. Ich hätte nie geglaubt, dass unsere gesamte Einrichtung so absolut vernichtet werden könnte.“ Damit kommt dem Bestand eine weitere, sehr wichtige Bedeutung zu: Er ist, zumindest anteilig, Ersatz für die verloren gegangene Überlieferung der übergeordneten Behörde.

In diesem Jahr besteht der Archivverbund aus Stadtarchiv und Staatsfilialarchiv Bautzen seit 20 Jahren. Ebenso lange haben der Verbund und die Stadtbibliothek Bautzen mit öffentlicher Bibliothek, historischem Altbestand und der Gersdorffschen Stiftsbibliothek in den ehemaligen Landständerhäusern an der Bautzener Schloßstraße ihren Sitz. Diese räumliche Nähe, die gute Zusammenarbeit zwischen Archivarinnen und Bibliothekarinnen, deren serviceorientiertes Handeln für die Benutzenden aller Couleur, haben beide Einrichtungen bis heute zu weit über Bautzen und die Oberlausitz hinaus bekannten und geschätzten Informations- und Wissensvermittlungsorten werden lassen. Wie die Archivalien des Bestandes nun bezeugen, reichen die Wurzeln dieser Verbindung bis zur Personalunion unter Kurt Marx zurück.

Anja Moschke
(Archivverbund Bautzen,
Staatsfilialarchiv Bautzen)

Warnsignal und Öffentlichkeitsersatz – Die Geheimberichte der Staatssicherheit an die SED im Bezirk Karl-Marx-Stadt

Der 10. bundesweite Tag der Archive fand am 7. März 2020 unter der Überschrift „Kommunikation. Von der Depesche bis zum Tweet“ statt. Austragungsort waren unter anderem die Räume des Chemnitzer Staatsarchives, in denen ganz unterschiedliche Medien der Informationsvermittlung wie Amtsbücher, Urkunden oder Telegramme vorgestellt wurden. Ein Thema war dabei auch eine besondere Form der Kommunikation im staatlichen Bereich der DDR, aus der ein interessanter Quellenbestand hervorgegangen ist: die schriftlichen Geheimberichte der Staatssicherheit an die SED-Führung. Diese Dokumente als Zeugnisse einer bestimmten Informationspolitik der kommunistischen Geheimpolizei sollen in diesem Artikel am Beispiel des Bezirks Karl-Marx-Stadt in den achtziger Jahren genauer betrachtet werden.

Kommunikation – also der vielfältige Austausch von Informationen und Botschaften zwischen einem Sender und einem Empfänger – fand zwischen der Staatspartei und dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) auf allen staatlichen Ebenen hauptsächlich in mündlicher Form statt. Auf zentraler Ebene zwischen Erich Honecker und Erich Mielke, auf Bezirksebene zwischen Siegfried Lorenz, dem 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung in Karl-Marx-Stadt, und Siegfried Gehlert, dem Leiter der MfS-Bezirksverwaltung. Die hier besprochene formalisierte Form der Kommunikation von Seiten der Staatssicherheit in Form regelmäßiger schriftlicher Parteiinformationen diente als Ergänzung und Grundlage dieser Spitzengespräche. Mit Hilfe dieser Schriftstücke können wir heute zumindest einen Teil der Abstimmungen auf höchster Ebene rekonstruieren.

Vier Fragen sollen im Folgenden beantwortet werden: Warum gab es diese Dossiers überhaupt? Welche Themen griffen sie auf? Welche Vorgaben mussten beim Verfassen der Berichte beachtet werden? Und welche übergeordnete politische Funktion kam ihnen zu?

Schaut man sich zunächst die Entstehung des Stasi-eigenen Berichtswesens an, gelangt man schnell zum Volksaufstand vom 17. Juni 1953. SED-Chef Walter Ulbricht hatte damals die Offiziere der drei Jahre zuvor etablierten Geheimpolizei ermahnt, genauer auf die Lage in

den Industriebetrieben und auf die allgemeine Stimmung in der Bevölkerung zu achten, um ähnlich riskante Entwicklungen in Zukunft schneller zu erkennen. Ernst Wohlweber, von 1953 bis 1957 der zweite Minister für Staatssicherheit (Juli 1953 bis November 1955 im Range eines Staatssekretärs), rief daraufhin eine sogenannte „Informationsgruppe“ ins Leben, um regelmäßige Lagebilder für die Parteiführung zu erstellen. Das Berichtswesen kann damit als unmittelbare Folge der Junikrise verstanden werden. Die ersten beiden Berichte erschienen, als die Unruhen noch im vollen Gange waren, am Abend des 17. Juni 1953.

In der Folgezeit lässt sich eine rasche Professionalisierung der neu etablierten Informationsarbeit beobachten. Bestanden die „Lagebilder“ der Stasi zunächst noch aus eilig zusammengestellten Zitaten von „Werk tätigen“, „Großbauern“ oder „Hausfrauen“ ohne jede Einordnung oder Zusammenfassung, entstanden schon bald richtige geheimpolizeiliche Analysen und Gutachten. Mit diesem Qualitätssprung ging auch ein institutioneller Ausbau der zu Beginn nur achtköpfigen Informationsgruppe einher. Im Laufe der sechziger Jahre ließ Werner Irmiler, der strategische Kopf und ab 1965 auch offizielle Leiter des Berichtswesens, in allen operativ tätigen Hauptabteilungen, Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen eigene Auswertungs- und Informationsgruppen einrichten. An der Spitze dieses hierarchischen Informationssystems installierte er die „Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe“ (ZAIG), die sich schnell zum wichtigsten Stabsorgan des Ministers entwickelte. In diesem „Gehirn der Stasi“ flossen alle wichtigen Informationen zusammen und wurden für die eigenen operativen Dienststellen aufbereitet. Die Analysetätigkeit der ZAIG war also hauptsächlich auf die praktische Überwachungsarbeit des MfS bezogen.

Allerdings ging eine Auswahl der Informationen auch nach draußen – an ausgewählte Vertreter der SED-Führung und des Ministerrates sowie an die 1. Sekretäre der Kreis- und Bezirksleitungen der SED. Damit handelte es sich bei den Berichten der ZAIG auch um eine Form der Informationsdienstleistung gegenüber der Staats- und Parteiführung. Drei Merkmale wies diese besondere Form der Kommunikation auf: Zum einen verlief sie

verdeckt und streng bilateral. Kein SED-Funktionär sollte über die vertraulichen Berichte mit einem Kollegen sprechen. Es bestand die Pflicht zur Geheimhaltung und Rückgabe. Eine offene Beratung der Themen in den Kreis- und Bezirksleitungen oder im Politbüro der SED war damit unmöglich. Es ist zu vermuten, dass die Berichte vor allem als Grundlage für informelle Vier-Augen-Gespräche zwischen Honecker und Mielke bzw. Lorenz und Gehlert dienten.

Durch diese betonte Geheimhaltungspraxis lud die Stasi ihre Berichte mit einer besonderen Bedeutung auf – eine weitere Eigenheit dieser schriftlichen Kommunikation. Eine Information mit einer MfS-Adresse im Dokumentenkopf und dem Vermerk „Streng geheim“ strahlte die Aura von Brisanz und Exklusivität aus – auch wenn die Verfasser der Berichte nicht selten die Informationen anderer Berichtssysteme einfach kopierten. Oft kam es vor, dass die Empfänger der Berichte über die geschilderten Sachverhalte längst durch alternative Informationsquellen etwa der Industrieministerien, Planorgane oder des FDGB im Bilde waren.

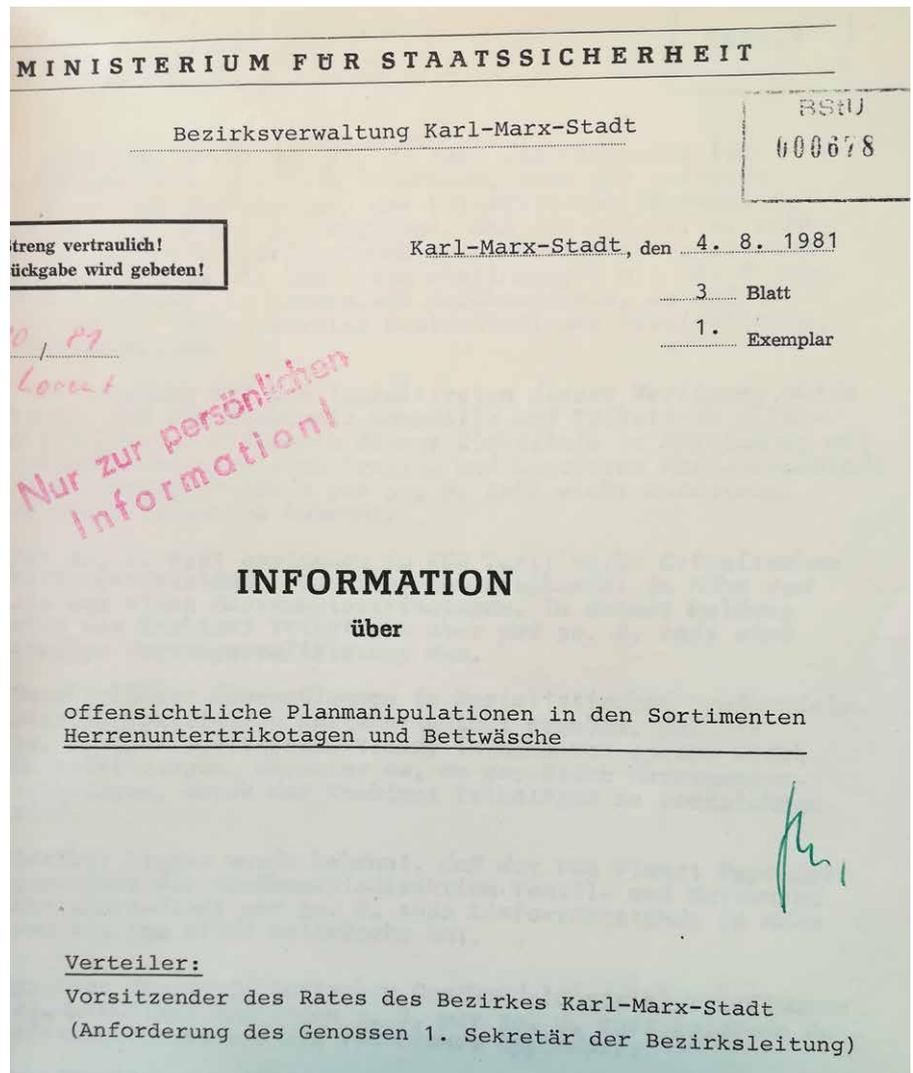
Und schließlich betrieb das MfS eine einseitig und gezielt gelenkte Kommunikation. Mielke und die Stasi-Chefs auf Kreis- und Bezirksebene entschieden ganz bewusst, welche Berichte sie mit welchen Themen und welchem Tonfall an wen versendeten. Auf diese Weise versuchten sie, spezifische geheimpolizeiliche Sichtweisen und Interessen zu lancieren. Es ist keine Übertreibung, die Parteiinformationen als Instrument einer gezielten politischen Einflussnahme zu verstehen – eine Art „Berichtspolitik“ der Staatssicherheit.

Über welche Sachverhalte wurde in diesen Geheiminformationen konkret gesprochen? Da die SED-Führung nur selten ein bestimmtes Thema vorgab, berichtete die Stasi über alles, was sie selbst für sicherheitspolitisch relevant hielt – etwa spektakuläre Fluchten von Chefärzten, Großereignisse wie Kirchentage oder Messen, schwere Havarien in der Industrie, Straftaten sowjetischer Soldaten, Debatten in den Führungsgremien der evangelischen Kirche oder Treffen von politisch auffälligen Personenkreisen etwa bei den Punk- und Blueskonzerten in der Ostberliner Erlöserkirche. Die Themenvielfalt war enorm. Im Mittelpunkt standen vor allem Aktionen der

unabhängigen Friedens- und Umweltgruppen, Synoden und Konferenzen der evangelischen Kirchenleitungen, Meinungen der Bevölkerung zu politischen Ereignissen sowie Vorfälle in der Industrie. Was erstaunlicherweise fehlte, waren Debatten und Meinungsbilder aus den Kultur- und Bildungseinrichtungen, etwa die Lage an Theatern, Universitäten oder im Kulturbund. Auch die Aktivitäten und Gremiensitzungen der Blockparteien und Massenorganisationen wie der FDJ, der LDPD oder des FDGB fehlen. Eine schlüssige Erklärung für diese Nichtbeachtung lässt sich nicht so einfach finden. Immerhin besaßen diese Institutionen gerade in Hinblick auf die politische Stabilität der DDR eine nicht unwesentliche Bedeutung.

Trotz dieser thematischen Offenheit war es den Stasi-Offizieren nicht möglich, völlig frei und ungezwungen über die verschiedenen Sachverhalte zu berichten. Stattdessen mussten einige Regeln beachtet werden: So sollten die Auswerter zwar rechtzeitig und schonungslos auf kritische Entwicklungen aufmerksam machen und konkrete Handlungsempfehlungen formulieren. Diese Hinweise durften sich allerdings nicht wie Kritiken an Spitzenfunktionären oder Parteibeschlüssen lesen. Die Stasi war auch nicht befugt, den für die Sachverhalte zuständigen Organen – etwa der Plankommission oder einem Industrieministerium – Vorgaben zu machen.

Um Missstände und Unzufriedenheiten trotzdem deutlich ansprechen zu können, entwickelten die Offiziere im Laufe der Zeit eine spezifische Berichtstechnik: So wurden bei einem Standardbericht der Stasi gleich zu Beginn erstmal ein paar positive Aussagen vorangestellt, etwa eine erfolgreiche Umsetzung von Planvorgaben oder die Unterstützung der Politik von SED und Sowjetunion durch eine „über große Mehrheit der Werktätigen“. Im zweiten Schritt führten die Verfasser dann einige „Unklarheiten“ oder „schwankende Meinungen“ an und ordneten diese bestimmten Milieus und Berufsgruppen zu – zum Beispiel technischen Angestellten, Kulturschaffenden oder parteilosen Bauern. In diesem Zusammenhang wiesen sie auch auf nicht erreichte Ziele, Konflikte oder Zwischenfälle hin. Am Ende präsentierten sie schließlich dezidiert „feindliche Aussagen“ einiger „hinlänglich bekannter“ Personen, womit im Regelfall prominente Regimekritiker, kirchliches Personal, Handwerker, Großbauern oder Mitglieder unabhängiger Friedens- und Menschenrechtsgruppen gemeint waren. Ein Stimmungsbericht der Stasi über die Reaktionen der Bevölkerung auf die Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion vom 10. Januar 1983 zeigt dieses Muster sehr deutlich: Gleich zu Beginn werden „Meinungsäußerungen aus



Bericht der Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt über die Lage in den Industriebetrieben aus dem Jahr 1981 (BStU, BV KMSt AKG 12547 Bl. 678)

politisch progressiven Personenkreisen“ über den Friedenswillen der Warschauer Vertragsstaaten hervorgehoben. Anschließend folgt der Hinweis, dass bestimmte Personenkreise – vor allem Rentner und kirchlich gebundene Kreise – auch „Pessimismus“ verbreiten würden. Am Ende werden schließlich „einige wenige feindlich-negative Kräfte“ aufgeführt, die „der Sowjetunion unterstellen, hemmungslos aufzurüsten und militärische Überlegenheit anzustreben“.

Diese dreigliedrige Abstufung vom „Positiven“ zum „Negativen“ stellte eine über Jahre einstudierte Informationsstrategie dar. Sie ermöglichte der Stasi, gegenüber der SED-Führung auch ungünstige Entwicklungen und abweichende Meinungen zu dokumentieren, ohne sich dabei den Vorwurf der Parteifeindlichkeit einzuhandeln. Die Historikerin Uta Stolle spricht bei dieser Methode von einem „sozialen Klassentheater“, da die Offiziere bestimmte „positive“ oder „negative“ Aussagen stets ganz bestimmten „progressiven“ oder „feindlichen“ sozialen Gruppen zuordneten.

Auffällig ist, dass dieses „Klassentheater“ vor allem in den Informationen der zentralen Ebene aufgeführt wurde. Schaut man sich hingegen die Berichte aus den Kreisen und Bezirken an, fehlen häufig die umständlichen Umwege, Zuordnungen und Phrasen. Hier wurde eher Klartext gesprochen, was vermutlich an dem größeren Vertrauensverhältnis zwischen den Ersten Sekretären der SED und den Leitern der Kreisdienststellen und Bezirksverwaltungen lag. Das oft kollegiale Verhältnis auf lokaler Ebene ließ eine unbefangener Kommunikation zu, konnte allerdings mitunter auch dazu führen, dass einzelne Missstimmungen und Vorfälle lieber vertraulich behandelt und nicht an die nächst höhere Instanz weitergemeldet wurden.

Im Folgenden soll ein genauerer Blick auf diese lokale Berichtspraxis geworfen werden, und zwar am Beispiel der Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt. Auch hier war das Themenspektrum weit gefächert. Die Auswertungsoffiziere berichteten unter anderem über Planmanipulation bei der Herstellung von Bettwäsche im VEB Textilwerke Crimmitschau, eine schwere

Gasexplosion im Februar 1982 im Kombinat Schwarze Pumpe, Versorgungslücken im Centrum-Warenhaus Tietz in Karl-Marx-Stadt, die Überforderung der Brikettfabriken in der Lausitz oder das kirchliche Friedensseminar in Königswalde bei Zwickau.

Trotz der thematischen Vielfalt lassen sich zwei Schwerpunkte feststellen: Die angespannte Versorgungslage im Bezirk und der prekäre Zustand der Industriekombinate. Schauen wir zunächst auf das Thema Versorgung, das in den Berichten der Bezirksverwaltung einen ungewöhnlich großen Raum einnahm. Ursache dafür war das selbst für DDR-Verhältnisse ausgesprochen knappe Angebot in den Kaufhallen und Fachgeschäften des Bezirks, was vermutlich an der hohen Bevölkerungsdichte des Großraums Karl-Marx-Stadt mit seinen zahlreichen Neubaugebieten lag. Für die SED-Führung waren die Versorgungsengpässe politisch hoch Brisant, da sie ihre Herrschaftslegitimation seit den frühen siebziger Jahren vor allem auf das Versprechen von Wohlstand und sozialer Sicherheit aufbaute.

Wie oben bereits angedeutet, weisen die Ausführungen der Stasi auf Bezirksebene eine deutliche Sprache auf. Von „böartigen Reaktionen zum derzeitigen Angebot an Winterschuhen und -stiefeln“ ist zum Beispiel in einem Bericht vom November 1981 die Rede. „Wiederholt wird dabei zum Ausdruck gebracht, dass die Bereitstellung dieser Artikel gegenwärtig, insbesondere in der unteren und mittleren Preisgruppe, in keiner Weise ausreicht“, so die Stimmung laut Stasi. „Es könne doch nicht wahr sein, dass kurz vor Winterbeginn kaum saisongerechtes Schuhwerk erhältlich sei und in den entsprechenden Regalen teilweise Sandalen angeboten würden.“ Am Ende des Berichts heißt es: „Kritisiert wird besonders von Frauen, dass, wenn schon Stiefel angeboten würden, diese meist aus dünnem Leder mit „Pfennigabsätzen“ wären. Oft wird die Frage aufgeworfen, ob die Hersteller überhaupt wüssten, dass es im Winter kalt sei.“

Ähnliche Zustände schildert die Karl-Marx-Städter Bezirksverwaltung auch zum Angebot von Gemüse, Obst, Hosen, Schulbedarf oder Haushaltstechnik. Über den Mangel an Kfz-Ersatzteilen und die langen Wartezeiten bei neuen PKW heißt es zum Beispiel im Februar 1989: „Völliges Unverständnis bringen die Bürger den zum Teil extrem langen Anmeldefristen für technische Durchsichten in Kfz-Werkstätten entgegen. So bemängelten Kunden und Werk tätige im VEB Kfz-Instandsetzungsbetrieb „Elan“ Karl-Marx-Stadt, dass diese Anmeldezeiten beim Typ Wartburg „W 353“ gegenwärtig bei rund 700 Tagen lägen“.

Ähnlich schonungslos, und oft noch deutlich detaillierter, lesen sich die Dossiers zur Lage in den Industriebetrieben – das zweite zentrale Thema der westsächsischen Bezirksverwaltung. Besonders eindrucksvoll beschreiben die Offiziere im Januar 1983 die Zustände im Motorräderwerk Zschopau. Der zwölfseitige Mängelreport wurde sogar an die Stasi-Zentrale in Berlin gesendet und von dort an den ZK-Sekretär für Wirtschaftsfragen Günter Mittag und an den Minister für Maschinen- und Fahrzeugbau Günther Kleiber weitergereicht. Der Leser wird gleich auf der ersten Seite mit akuten Missständen konfrontiert: Von 60.000 Motorrädern, die für den Westexport vorgesehen waren, ließen sich im Jahr 1982 gerade einmal 12.000 verkaufen, so die Stasi. Der Grund: Korrosion an Rohren, Speichen und Bremscheiben, dazu Lackschäden, defekte Kolben und verschmutzte Chromteile. „Offensichtlich wird der Prozess der Qualitätssicherung nicht umfassend beherrscht“, mutmaßte die Bezirksverwaltung. Nicht selten versuchte der Betrieb Motorräder auszuliefern, die gar nicht vollständig waren. Es fehlten unter anderem Spiegel, Blinker, Rückleuchten oder Hupen. Eine Zufallskontrolle am Bahnhof Zschopau offenbarte, „dass von 24 kontrollierten Maschinen, die kurz vor der Verladung nach Frankreich standen, keine mehr im NSW-exportfähigen Zustand war“. [NSW = Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet] Als besonderen Problembereich des MZ-Werkes machte die Stasi die Galvanikanlage aus. Dieser Werksteil war laut Bezirksverwaltung „soweit verschlissen, dass keine Havariesicherheit mehr gegeben ist und damit eine potenzielle Gefahr für Leben und Gesundheit der im Raum Zschopau lebenden Bürger besteht“. Eine Betriebsgenehmigung gab es für diesen Werksabschnitt schon seit einigen Jahren nicht mehr. Dass trotzdem gearbeitet wurde, nahmen die zuständigen Behörden nur noch „duldsam zur Kenntnis“, so der Bericht. Um den Exportbetrieb wieder fit zu machen, formulierten die Stasi-Offiziere am Ende ihrer Information ein paar allgemein gehaltene Empfehlungen: Sie wünschten sich Auflagen und strengere Kontrollen durch die Ministerien für Fahrzeugbau und Umweltschutz und beauftragten Staatssekretär Harry Möbis, im Ministerrat zuständig für die Koordinierung der betrieblichen Sicherheitsbeauftragten, mit der Einsetzung einer Expertengruppe, um alle Schwächen der Motorräderproduktion noch einmal eingehend zu untersuchen.

Schaut man sich die Berichte zum Stiefelangebot, zu Kfz-Werkstätten und zum Zustand der MZ-Motorräder zusammen an, wird deutlich, dass die Parteiinformationen der Stasi im Bezirk Karl-Marx-Stadt ganz unterschiedliche Themen aufgriffen und im Ton sachlich, aber

sehr direkt formuliert waren. Sichtbar wird ebenfalls, dass die Berichte ganz grundsätzlich – und zwar auf allen Ebenen – drei Funktionen erfüllten: Zum einen dienten sie dem MfS und der SED als eine Art „geheimpolizeiliche Demoskopie“, um allgemeine Stimmungslagen und Aufreger in der Bevölkerung zu registrieren. Die Rolle des Öffentlichkeitsersatzes war notwendig, da in der DDR klassische Stimmungsanzeiger wie öffentliche Debatten, Demonstrationen oder Umfragen fehlten.

Darüber hinaus verbanden die Dossiers Warnungen und Handlungsempfehlungen zu einer Art vertraulicher Politikberatung. Die Stasi setzte das Politbüro darüber in Kenntnis, an welchen Stellen es gefährlich klemmte und wie man darauf reagieren könnte.

Schließlich erlaubte die schriftliche Kommunikation der Stasi auch, wie oben bereits erwähnt, ihre eigenen Interessen zu artikulieren. Versteckt hinter Aussagen von Bürgern oder sachlich anmutenden Beschreibungen von Zwischenfällen transportierten die Offiziere ihre eigenen Meinungen und Bedenken über bestimmte Entwicklungen. Nicht wenige der zum Teil dramatisch formulierten Berichte können als Aufrufe zum Handeln gegenüber der SED-Führung interpretiert werden.

Aufgrund dieser grundsätzlichen Bedeutung besitzen die Dokumente des Stasi-Berichtswesens für die heutige Zeitgeschichtsforschung einen hohen Quellenwert. Dem DDR-Historiker bieten sie – trotz einiger ideologisch bedingten Wahrnehmungsverzerrungen – ein vielseitiges Bild von den politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Problemen der einzelnen Jahrzehnte. Aus diesem Grund publiziert das Stasi-Unterlagen-Archiv die Berichte der zentralen Ebene jahrgangsweise in Form einer Edition. Zehn Bände sind bereits erschienen, die über eine Online-Datenbank frei zugänglich recherchierbar sind (www.ddr-im-blick.de). Da die Berichte der unteren Dienststellen – also der Kreisdienststellen und Bezirksverwaltungen der Stasi – oft noch konkreter und anschaulicher formuliert sind, lohnt sich eine zusätzliche Sichtung dieses Bestandes mit Hilfe eines Forschungsantrags beim Stasi-Unterlagen-Archiv. Die Ausweitung des laufenden Editionsprojektes auf diese weniger bekannten Berichte der lokalen Ebene wäre ein lohnenswertes Vorhaben für die Zukunft.

Mark Schiefer
(Der Bundesbeauftragte für die
Unterlagen des Staatssicherheits-
dienstes der ehemaligen DDR,
Außenstelle Chemnitz)

Ausbildungsoffensive in Permanenz – 20 Jahre FaMI-Ausbildung im Sächsischen Staatsarchiv

Separierung in Einzelzimmern, Lehrgespräche per Telefonkonferenz, Erschließungsübungen im Home-Office: Seit März 2020 ist im Zeichen von „Corona“ vieles anders für die aktuell sechs FaMI-Auszubildenden des Sächsischen Staatsarchivs. Am Ende des Berichts wird darauf zurückzukommen sein.

Seit einigen Jahren mehren sich die Stimmen, dass das deutsche Archivwesen eine „Ausbildungsoffensive“ brauche. Das Staatsarchiv Leipzig (Abteilung 3 des Sächsischen Staatsarchivs) leistet dazu schon seit 20 Jahren einen andauernden Beitrag. Im Juni 1998 wurde der staatlich anerkannte Ausbildungsberuf Fachangestellte/r für Medien- und Informationsdienste geschaffen; zu den fünf möglichen Fachrichtungen gehört auch die Fachrichtung Archiv. Kurz darauf initiierte das damalige Referat Archivwesen im Sächsischen Staatsministerium des Innern (SMI) die

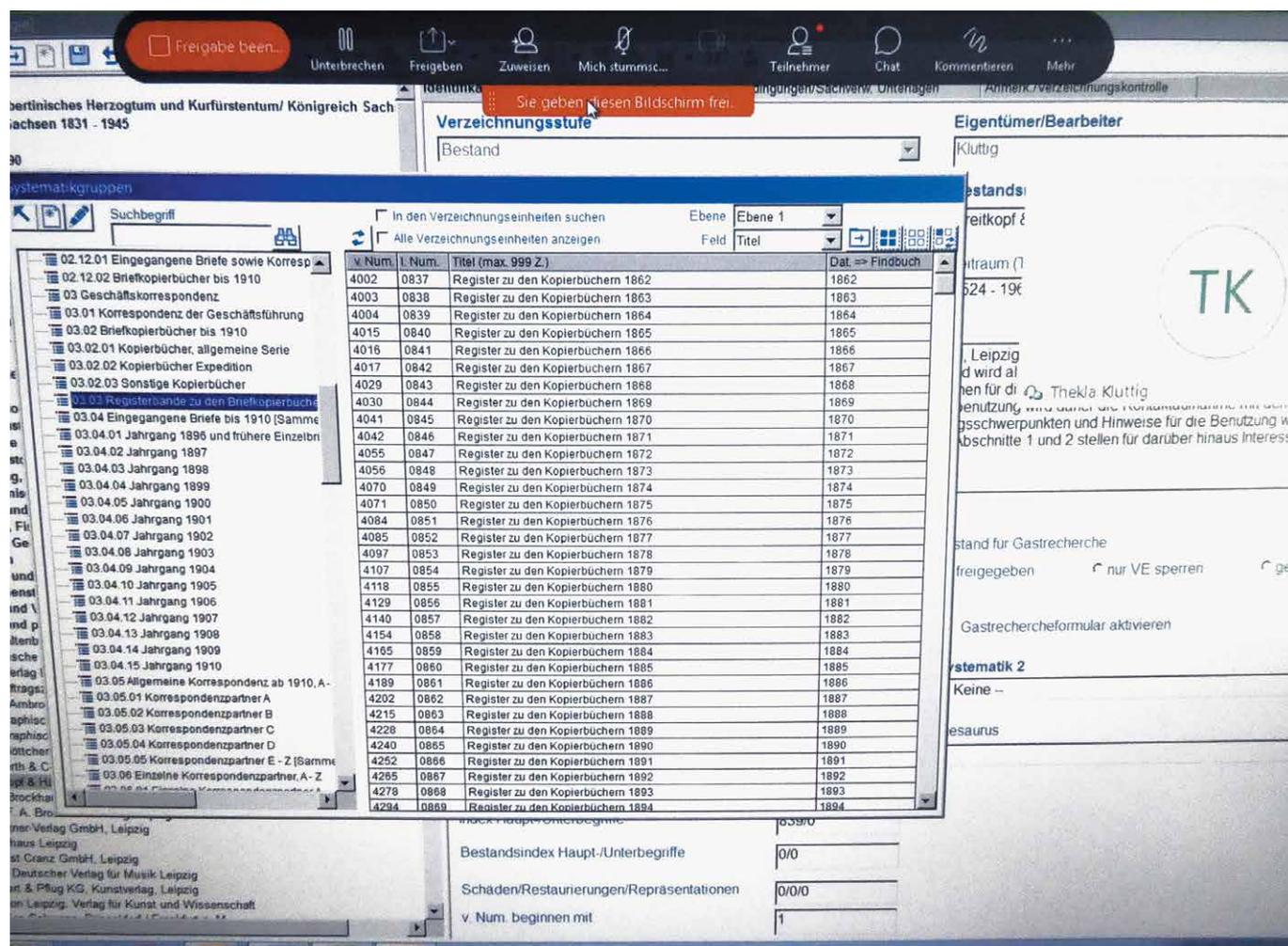
FaMI-Ausbildung im Bereich des staatlichen Archivwesens; als Ausbildungsort wurde das Staatsarchiv Leipzig festgelegt.

Im Jahr 2000 erfolgte die Einstellung der ersten drei Auszubildenden, aktuell laufen der 13. und der 14. Lehrgang im zweiten bzw. dritten Lehrjahr mit zusammen sechs Auszubildenden. Insgesamt begannen 42 Auszubildende (27 weiblich, 15 männlich) die FaMI-Ausbildung im Staatsarchiv Leipzig. Zwei kündigten aus persönlichen Gründen ihre Ausbildung, 34 beendeten sie bisher erfolgreich. Davon erreichte die überwiegende Mehrheit bei den Abschlussprüfungen gute bis sehr gute Ergebnisse.

Am Beginn der Ausbildung vor 20 Jahren stand die Neuorientierung: Da es sich um ein neues Berufsbild handelte, konnte auf keine Erfahrungen zurückgegriffen werden. Auch die

vor 1990 vom Staatsarchiv Leipzig durchgeführte Ausbildung zum Archivassistenten, eine dreijährige Fachausbildung in der DDR, eignete sich kaum als Vorbild: Die zu vermittelnden Lerninhalte in einem fachrichtungsübergreifenden Beruf, veränderte Standards, technische Weiterentwicklungen und weitere Faktoren erforderten einen grundsätzlichen Neubeginn der Ausbildung.

Zunächst waren die Vorgaben des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) umzusetzen. Dazu gehörten die Anerkennung des Staatsarchivs Leipzig als Ausbildungsstätte durch die zuständige Stelle nach BBiG und der Nachweis der Ausbildereignung der Ausbildungsleiterin. Danach wurden die organisatorischen und inhaltlichen Vorbereitungen zur Ausbildung der vom SMI bzw. der Sächsischen Archivverwaltung vorgegebenen Zahl von drei Auszubildenden getroffen.



Lehrgespräch zur Recherche in Kopierbüchern per WebEx-Konferenz (Foto Thekla Kluttig)

Mit der Personalauswahl für die Einstellung der ersten Auszubildenden wurden die Weichen gestellt. Da eine hohe Bewerberzahl zu erwarten war, wurde ein dreistufiges Bewerbungsverfahren eingeführt. Es besteht aus der Vorauswahl anhand der eingegangenen Bewerbungen, einem schriftlichen Auswahltest und – zeitlich versetzt mit einem kleineren Personenkreis – den Vorstellungsgesprächen inklusive einer kleinen praktischen Übung. Inhaltlich wurde die Ausbildung auf der Grundlage der Ausbildungsverordnung vorbereitet. Verantwortlich für den gesamten Ablauf der Ausbildung ist die Ausbildungsleiterin. Sie koordiniert die Ausbildungsabschnitte in den drei Referaten des Staatsarchivs Leipzig, veranlasst Praktika u. a. in Kommunalarchiven und hält den Kontakt zur Berufsschule. Die Ausbildung beginnt mit einem intensiven Einführungsabschnitt. Hier werden neben grundlegenden Kenntnissen über rechtliche Grundlagen, Behördenstruktur, IT einschließlich Archivsoftware, organisatorischen Regelungen und allgemeinen Verhaltensregeln erste Kenntnisse im Umgang mit dem Archivgut vermittelt. Die Sensibilisierung der Auszubildenden für die Bedeutung von konservatorischen Maßnahmen und für die Einzigartigkeit von Archivgut ist die Grundlage einer erfolgreichen Ausbildung. Die Entwicklung von Verständnis, dass die technische Bearbeitung die Grundlage für die Erhaltung des Archivgutes ist, gehört zu den entscheidenden Lernerfolgen im ersten Ausbildungsjahr.

Bereits zu Beginn der Ausbildung werden die Auszubildenden kurz in den Benutzerdienst eingeführt. Der Einführungsphase folgen Ausbildungsabschnitte in der technischen Bearbeitung, im Benutzerdienst und erste Erschließungsarbeiten. Die Einführung in die Erschließung beginnt mit einfacher Verzeichnung. Hierfür eignen sich besonders gut Personenakten, im günstigen Fall mit handschriftlichen Unterlagen zur Entwicklung paläographischer Kenntnisse. In der Folgezeit werden die Anforderungen sukzessive erhöht und je nach individuellem Lernfortschritt und zur Verfügung stehenden Beständen werden im zweiten bzw. dritten Ausbildungsjahr komplette Bestandserschließungen einschließlich Vorbereitungen, technischer Bearbeitung und (digitaler) Findbucherstellung durchgeführt. Ziel ist die Freigabe der Verzeichnungs- inkl. Bestandsinformationen für die Online-Recherche.

Im Benutzerdienst wird der Umgang mit den verschiedenen technischen Geräten erlernt. Ist damit ein sicherer Umgang erreicht, wird die inhaltliche Beratung der Benutzer vermittelt. Am Ende der Ausbildung können die Auszubil-

denden weitgehend selbstständig im Benutzerdienst arbeiten und einfache Benutzerberatungen ausführen. Durch die Einbeziehung in die Bearbeitung schriftlicher Anfragen vor allem zu den viel nachgefragten Beständen und Bestandsgruppen werden die Kenntnisse über Recherchetechniken und Überlieferungslage parallel ausgebaut.

Im Verlauf der Ausbildung werden die Auszubildenden an Bewertungsverfahren beteiligt und nehmen an Behördenbesuchen teil. Von Vorteil ist dabei, dass das Sächsische Staatsarchiv selbst im Mai 2018 auf die vollständig elektronische Vorgangsbearbeitung und Aktenführung umgestellt hat.

Da es sich um einen fachrichtungsübergreifenden Beruf handelt, ist sicherzustellen, dass die Azubis praktische Fähigkeiten in den übrigen Fachrichtungen erwerben können. Aus Sicht des Sächsischen Staatsarchivs ist es innerhalb einer dreijährigen Ausbildung nicht realisierbar, praktische Ausbildungsabschnitte in allen fünf Fachrichtungen zu absolvieren. In Sachsen wird der Schwerpunkt auf die Fachrichtungen Archiv und Bibliothek gelegt. Darauf ist auch der Berufsschulunterricht an der Gutenbergschule in Leipzig ausgerichtet. Zur Vermittlung berufsspezifischer praktischer Inhalte werden Praktika in Bibliotheken und anderen Archivsparten durchgeführt. Hier ist insbesondere die über viele Jahre andauernde sehr gute Zusammenarbeit mit der Deutschen Nationalbibliothek (DNB) am Standort Leipzig zu nennen. Die Azubis der Fachrichtung Archiv können ihr Bibliothekspraktikum in der DNB absolvieren. Azubis der Fachrichtung Bibliothek kommen gern ins Staatsarchiv Leipzig, um sich berufspraktische Kenntnisse im Archibereich anzueignen. Praktika der Azubis des Sächsischen Staatsarchivs in anderen Archivsparten finden vorwiegend in kommunalen Archiven statt. Auszubildende in der Fachrichtung Archiv aus anderen Ausbildungseinrichtungen kommen ins Sächsische Staatsarchiv, um ihre berufspraktischen Kenntnisse zu erweitern.

Neben den berufsspezifischen fachlichen Inhalten werden im Sächsischen Staatsarchiv auch die Schlüsselkompetenzen der Azubis entwickelt. Gruppenprojekte erfordern Selbstorganisation, Kommunikations- und Teamfähigkeit der Azubis. Regelmäßig werden Vorträge über Inhalte des Berufsschulunterrichts, über absolvierte Praktika und besondere Projekte gehalten. Die Vorträge finden vor unterschiedlichen Zuhörerkreisen statt und erfordern von den Azubis genaue Vorbereitungen, sprachliche Darstellung und Kommunikation mit den Zuhörern.

Ein besonderes Highlight für die Azubis ist der Ausbildungsabschnitt im Archivzentrum Hubertusburg des Sächsischen Staatsarchivs. Hier werden neben Informationen über Bestandserhaltungsverfahren vor allem Kenntnisse bei der Erschließung und Verwahrung von audiovisuellen Medien erworben. Durch Exkursionen werden auch die Standorte des Sächsischen Staatsarchivs in Dresden, Chemnitz, Freiberg sowie das Staatsfilialarchiv Bautzen als Teil des Archivverbundes Bautzen kennengelernt. Und auch die Einbeziehung in die Öffentlichkeitsarbeit, z. B. durch die Mitgestaltung von Führungen, gehört zur Ausbildung.

Zu Beginn der Ausbildung im Staatsarchiv Leipzig wurde nicht für den eigenen Bedarf ausgebildet. Erst ab dem Jahr 2012 konnten FaMI-Azubis übernommen werden. Zurzeit sind sieben selbst ausgebildete FaMI an den verschiedenen Standorten des Sächsischen Staatsarchivs beschäftigt. Mehrere FaMI wurden in anderen staatlichen Archiven und in kommunalen Archiven eingestellt, einige FaMI schlossen nach dem Ende der Ausbildung ein Studium an. Nur wenige orientierten sich nach der Ausbildung beruflich um.

Die FaMI-Ausbildung wird in den kommenden Jahren verstärkt auf den Umgang mit digitalem Archivgut sowie digitale Formen der Benutzung und der Öffentlichkeitsarbeit auszuweiten sein. Das betrifft die Novellierung der Ausbildungsverordnung als rechtliche Grundlage, den berufstheoretischen Unterricht an der Gutenbergschule und vor allem die praktische Ausbildung einschließlich der technischen und personellen Voraussetzungen.

Eine qualitativ hochwertige Ausbildung von sechs Auszubildenden in zwei verschiedenen Jahrgängen zu gewährleisten, ist auch für einen Ausbildungsbetrieb in der Größe des Staatsarchivs Leipzig eine anspruchsvolle Aufgabe. Dies zeigte sich besonders seit März 2020, seit dem die pandemiebedingten Einschränkungen des Dienstbetriebs einschließlich der konsequenten Umsetzung des Hygiene-Konzepts viele Veränderungen und permanente Flexibilität bei Auszubildenden wie Auszubildenden erforderten. Da findet die Einführung in die Nutzung der Verzeichnungsmasken des Archivinformationssystems dann mit dem Videokonferenzsystem WebEx statt – wo ein Wille ist, findet sich auch mancher Weg.

Birgit Giese/Thekla Kluttig
(Sächsisches Staatsarchiv,
Staatsarchiv Leipzig)

Ein Bewertungsmodell Liegenschaftsunterlagen

Zu den Hauptaufgaben des Sächsischen Staatsarchivs gehören das Erfassen, Bewerten und Übernehmen von Unterlagen aus dem staatlichen Bereich, um sie zu verwahren, zu erschließen und für die nächsten Generationen nutzbar zu machen. Für den in der Fachsprache als Überlieferungsbildung bezeichneten Tätigkeitsbereich gibt es Bewertungsmodelle als geeignete archivische Hilfsmittel. Sie steuern das Aussonderungsverfahren von Unterlagen anbietungspflichtiger Stellen. Anwendung finden sie als bundesweit geltende archivübergreifende Bewertungsempfehlungen wie beispielsweise die „Leitlinien zur einheitlichen Archivierung von Geobasisdaten“ oder zur Begutachtung gleichförmig gearteter Unterlagengruppen mehrerer Behörden in der Zuständigkeit eines Archivs.

Das Sächsische Staatsarchiv und der Staatsbetrieb Geobasisinformation und Vermessung Sachsen (GeoSN) verabschiedeten am 4. Dezember 2020 ein gemeinsam erarbeitetes Bewertungsmodell für Liegenschaftskatasterunterlagen im Freistaat Sachsen. Es dient dazu, die in der sächsischen Vermessungsverwaltung seit den 1830er Jahren bis heute geführten staatlichen Unterlagen des Liegenschaftskatasters zu analysieren und auf ihre Archivwürdigkeit hin zu beurteilen. Es enthält Regelungen, um v. a. das Verfahren der Anbietung, Bewertung und Übernahme zwischen den verwahrenden und nach dem Sächsischen Archivgesetz anbietungspflichtigen Stellen, den seit der Kommunalisierung zuständigen unteren Vermessungsbehörden der Landkreise und Städte, dem GeoSN und dem Sächsischen Staatsarchiv zu koordinieren.

Kern des Modells ist eine umfangreiche und vollständige Zusammenstellung der vermessungstechnisch relevanten Karten, Risse und Amtsbücher, die nach zeitlichen und formalen Kriterien geordnet und mit Angaben zur Funktion und Entstehung sowie weiteren inhaltlichen Merkmalen versehen wurden. Um ein Verständnis über die Art und Funktion der diversen Unterlagengruppen in einem großen zeitlichen Rahmen und den unterschiedlichen Ausprägungen zu entwickeln, um damit Bewertungsentscheidungen treffen zu können, war es notwendig, Kenntnisse über die Entstehung der Unterlagen, die Veränderungen der Behördenstrukturen der staatlichen Vermessungsverwaltung und über die technische Realisierung der Vermessungsarbeiten zu gewinnen. Dazu wurden Literatur und Vermes-

sungsvorschriften ausgewertet sowie die originalen Materialien geprüft u. a. für Unterlagen aus ehemals preußischen und thüringischen Landesteilen. Grundlegende Kenntnisse über die Entwicklung des Vermessungswesens, die Verflechtung mit der Grundsteuererhebung, der Führung des Grundbuches als auch der Dokumentation der Bodennutzung spielten bei der Erfassung der einzelnen unterschiedlichen Karten, Amtsbücher und Akten eine Rolle. Aufnahme fanden weiterhin Unterlagen, die für die Fortführung des Liegenschaftskatasters von Relevanz waren bzw. sind, wie die der Kameral- und Forst-, Gewässer- und Eisenbahnvermessungen. Die Übersicht der Vermessungsunterlagen bietet nun mit etwa 200 Einzelpositionen, angefangen bei der Messtisch-/Menselblättern der Grundsteuervermessung von 1835/1841 bis zum heutigen digital (ALKIS) geführten Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystem eine differenzierte Aufstellung. Sie gewährt den am Aussonderungsprozess Beteiligten Unterstützung, stellt zudem eine Transparenz des Bewertungsprozesses gegenüber der Öffentlichkeit sicher und gibt Aufschluss über die Vielfalt und Funktion des Karten-, Buch- und Zahlenwerkes der staatlichen Vermessung. Ein Beispiel aus der Zeit der Fortführung des sächsischen Grundsteuerkatasters erlaubt einen kleinen Einblick in das Bewertungsmodell. Um die Veränderungen in den Flurbüchern, vor allem bei Dismembration (Zergliederung) oder bei der Neubildung von Flurstücken zu visualisieren, wurden darüber ab 1843 von den beauftragten Landmessern Handzeichnungen zu den betreffenden Ortslagen gefertigt. Diese Beiblätter zu den Flur(buch)croquis enthalten das Messgebiet, Grenzlinien sowie die Figur und Lage der abzutrennenden Teile und wurden zumeist zusammengefasst und in einem separaten Umschlag im oder beim Flurbuch aufbewahrt. Die anfänglich unmaßstäblichen Lageaufnahmen wurden 1851 mit der „Anweisung für die Steuerbehörden zur Instandhaltung der Flurbücher und Grundsteuerkataster“ durch exakte geometrische Darstellungen oder durch die Erstellung einer Menselblattkopie ersetzt. Ab 1924 wurden diese als „Auszug aus der amtlichen Flurkarte“ mit der gleichen Funktion geführt. Aus den Rechtsvorschriften lassen sich nicht nur die Funktionen der jeweiligen Vermessungsunterlagen nachvollziehen, sondern gleichfalls viele Informationen zu Inhalt, Ausführung und Material finden. Am Beispiel eines Beiblattes von 1886 lassen sich

sowohl Bearbeitungsvermerke (Stempel und Registrandennummer des Kreissteuerrates, Datum der Ausfertigung der Menselblattkopie, Abraunung durch Grenzmarken inklusive deren Abstände), zeichnerische Vorgaben (Ausführung der Veränderungen in roter Tinte und Verwendung vorgegebener Maßstäbe) als auch die jeweils zuständigen Behörden ermitteln, die im Gegensatz zu den Unterlagen, die teilweise über mehrere Jahrzehnte geführt wurden, ständigen Veränderungen unterworfen waren. Das Bewertungsmodell zeigt besonders eindrucksvoll, dass nicht nur das Einzelstück für sich eine rechtlich und historisch relevante Aussagekraft besitzt, sondern erst der funktionale Zusammenhang zwischen den Karten, Rissen und Amtsbüchern und deren inhaltlich enge Verzahnung ein großes Ganzes bilden. Die wesentlichen Veränderungen im Gesamtsystem Liegenschaftskataster, als heutigem amtlichen Verzeichnis der Grundstücke, lassen sich über einen sehr langen Zeitraum bis zu seinen historischen Anfängen zurückverfolgen. Dem zeitlich hohen Aufwand der Erstellung des Bewertungsmodells steht der zu erwartende Nutzen gegenüber. Der liegt darin, dass die existenten Unterlagen nach ihrer Art, dem Format, Zustand und dem Gesamtumfang für alle Gemarkungen erfasst sind und die eingangs erwähnte Prüfung der Archivwürdigkeit zum größten Teil bereits abgeschlossen ist. Soweit die zahlreichen bewahrenswerten Originale nach ihrer Digitalisierung für die tägliche Arbeit der Vermesser nicht mehr benötigt werden, sollen sie somit unproblematisch ihren Weg ins Staatsarchiv finden. Im Ergebnis werden die Karten, Amtsbücher sowie die elektronischen Daten der Vermessung in absehbarer Zukunft eine in sich geschlossene repräsentative Überlieferung im Staatsarchiv bilden, die unter optimalen Bedingungen den Erhalt der wertvollen Quellen für die historische Orts-, Wirtschafts- und Sozialgeschichtsforschung sicherstellt und zugleich die nahezu zweihundertjährige Geschichte der Vermessung in Sachsen flächendeckend dokumentiert.

Kurzlink

Modell zur archivischen Bewertung der Liegenschaftskatasterunterlagen im Freistaat Sachsen, siehe [lsnq.de/BewertungsmodellLika](#)

Frank Lehmann
(Sächsisches Staatsarchiv,
Hauptstaatsarchiv Dresden)

Sächsisches Archivblatt

Mitteilungen des Sächsischen Staatsarchivs

Heft 1/2021

Titelbild:

Mitglieder des Landtags 1901/1902, u. a. Kommerzienrat Hermann Ehret – s. auch Beitrag von Norman Grimm in diesem Heft (Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 10692 Ständeversammlung des Königreichs Sachsen, Nr. 16170, Bl. 26)

Adressen

Sächsisches Staatsarchiv

Behördenleitung sowie Zentrale Aufgaben, Grundsatz

Besucheranschrift: Archivstraße 14, 01097 Dresden

Postanschrift: PF 100 444, 01074 Dresden

Telefon +49 351/8 92 19-710, Telefax +49 351/8 92 19-709, E-Mail poststelle@sta.smi.sachsen.de

Sächsisches Staatsarchiv

Archivzentrum Hubertusburg

Hubertusburg Gebäude 71-79

04779 Wermisdorf

Telefon +49 34364/8 81-100, Telefax +49 34364/8 81-112, E-Mail poststelle-w@sta.smi.sachsen.de

Sächsisches Staatsarchiv

Hauptstaatsarchiv Dresden

Besucheranschrift: Archivstraße 14, 01097 Dresden

Postanschrift: PF 100 444, 01074 Dresden

Telefon +49 351/8 92 19-710, Telefax +49 351/8 92 19-709, E-Mail poststelle-d@sta.smi.sachsen.de

Sächsisches Staatsarchiv

Staatsarchiv Leipzig

Schongauerstraße 1, 04328 Leipzig

Telefon +49 341/2 55 55-00, Telefax +49 341/2 55 55-55, E-Mail poststelle-l@sta.smi.sachsen.de

Sächsisches Staatsarchiv

Staatsarchiv Chemnitz

Elsasser Straße 8, 09120 Chemnitz

Telefon +49 371/9 11 99-210, Telefax +49 371/9 11 99-209, E-Mail poststelle-c@sta.smi.sachsen.de

Sächsisches Staatsarchiv

Bergarchiv Freiberg

Schloßplatz 4, 09599 Freiberg

Telefon +49 3731/4 47 54-0, Telefax +49 3731/4 47 54-99, E-Mail poststelle-f@sta.smi.sachsen.de

Archivverbund Bautzen

Staatsfilialarchiv Bautzen

Schloßstraße 10, 02625 Bautzen

Telefon +49 3591/53 48 72, Telefax +49 3591/53 48 17, E-Mail archivverbund@bautzen.de

Im Internet finden Sie uns unter:

www.archiv.sachsen.de

Informationen über die Bestände des Sächsischen Staatsarchivs (SAX.Archiv) unter:

<https://www.archiv.sachsen.de/unsere-bestande-4000.html>

Die Daten werden vierteljährlich aus der Erschließungsdatenbank des Staatsarchivs aktualisiert.



Impressum

Herausgeber:

Sächsisches Staatsarchiv, Archivstraße 14, 01097 Dresden
Telefon: +49 351/8 92 19-842
Telefax: +49 351/8 92 19-709
E-Mail: poststelle@sta.smi.sachsen.de

Redaktionsbeirat:

Dr. Peter Hoheisel (Bergarchiv Freiberg)
Raymond Plache (Staatsarchiv Chemnitz)
Birgit Richter (Staatsarchiv Leipzig)
Dr. Peter Wiegand (Hauptstaatsarchiv Dresden)

Redaktion:

Dr. Peter Hoheisel (Bergarchiv Freiberg) / Michael Merchel (Zentrale Aufgaben, Grundsatz)
E-Mail: michael.merchel@sta.smi.sachsen.de

Satz: Sittauer Mediendesign

Druck: Druckerei Friedrich Pöge e. K., Leipzig

Redaktionsschluss:

2. Juni 2021

Bezug:

Diese Publikation erscheint halbjährlich und kann beim Sächsischen Staatsarchiv als Druckexemplar oder in elektronischer Form kostenfrei bezogen werden. Sie steht darüber hinaus zur Ansicht und zum Download unter <https://publikationen.sachsen.de/bdb/> zur Verfügung.

Verteilerhinweis:

Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung.

Copyright

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.

Bildnachweis

Wo möglich, haben wir die Inhaber aller Urheberrechte der Illustrationen ausfindig gemacht. Sollte dies im Einzelfall nicht ausreichend gelungen oder es zu Fehlern gekommen sein, bitten wir die Urheber, sich bei uns zu melden, damit wir berechtigten Forderungen im marktüblichen Umfang umgehend nachkommen können.